

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 1,00 M., vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei im Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgehaltene Kolonne
jede ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Beiträge
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 13. Oktober 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat September gingen bei dem Unterzeichneten
folgende Parteibeträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 900,— (darunter
Honorar für Zeitung des Sängerkorps am 6. 9. auf dem Berl.
Vod 10,—, Ungenannt —50, Hebersch. von der Landpartie
d. Bez. 130—135 8,—, Baurischelei von Adle, Girschnerstr. 108
19,55), 4. Kreis Südost 1000,— (darunter Kranzüberich. v. Personal
der Möbelfabr. von Kihling 8,—, Vierprocente v. d. Maurern
am Bau Linkstr. 2 2,50, Einleger der Firma S. Mittag 5,—),
4. Kreis Ost 2000,— (darunter Werkstatt Thomas, König-
straße 28 9,—, Tischler der Möbelfabrik Aug. Warschauerstraße
29,60, Tischlerei Halle, Fruchtstr. 35, trotz Klebinder und Konf.
30,—, Geburtstagsf. Steinemünderstr. 39 2,80, Werkstatt Köhler,
Pallfadenstr. 77/78 20,—, die lustigen Geburtstagslieder 3,65,
S. 32 3,—), 5. Kreis, Wahlverein 500,— (darunter Regel-
klub Walze 5,10, Rauchklub „Dhne Jwang“ 30,—, Liquidations-
kommission des aufgelösten Rabatt-Sparvereins Königsbor
1. Quittung 250,—, gef. bei Kauf, Abschiedsfeier eines Genossen 10,—)
6. Kreis 5500,— (darunter Vierprocente von den Töpfern bei
Wilmensschmidt, Bau Triftstraße 9,—, gef. zum Wiegensfest bei Fr.
Bergmann 18,9. 03 4,80, Möbelfabrik Köhling, Friedenstr. 48,
Vierprocente 60,—, von dem Laubendestiger Bankow, R. A. 4,40,
Unzug vom sechsten nach dem fünften Wahlkreise, durch Fr. W.
5,—, J. Jas. Hanter 5,—, A. B. Ritter 1,—, Püper-
kolonne Albert Rogel II Schieb 12,—), Berlin, diverse Bei-
träge: Vierprocente der Möbelschleierei von Thomas, Adalbertstr. 69
80,—, für verlorene und wiedergewonnene Rechte 10,—, Die
Möbelfabrik v. Jethen, Friedenstr. 98 5,—, vom Personal der Firma
Roder, Stallstraße 9 15,40, R. A. in Friedenau, nicht gebrauchte
Agitationsgelder 34,45, Hebersch. der Landpartie v. Sch. u. Co. 5,—,
E. M. Salzafer 3,—, Dr. L. A. 100,—, R. u. S. 10,—,
Siliane Berlin III, Metallarbeiter 10,—, Dampferpartie der Maurer
des Ostens, v. Hebersch. 50,—, gesammelt durch P. 10,85, Summa
60,85, Hebersch. der Kranzpende von der Firma S. D. 1,70, S. A.
Munition zum Kampfe für Wahrheit und Recht 4,—, Die Kontor-
buch-Arbeiter v. Bedding 5,—, Gelmschens Geburtstagsfeier
2,65, sechs Gutmacher Königsstraße 25 15,—, von den
Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschafts-Wägerei 52,—,
R. A. 50,—, P. S. 50,—, von der Ehrengerechtheit Georg Brauer,
Alt-Stralau 11,15, Gesammelt v. d. Tabakfabr., Schliemannstr. 4,10,
Cigarrenfabr. H. Schulz, Friedrichsstraße, 8,20, vom H. Kaufe,
Brandenburgstr. 3,—, Berl. d. „Galvanoplastik“, Lindenstr., Handelsst.
Velle-Alliance, Aug. 8,80, Sept. 8,05, Sa. 16,85, Sparverein „Erich-
keit“ 10,—, Wachtel 5,—, Jule, Ritterstr. 3, Quartal 20,20,
Drei Püper, 6. Kreis 12,—, Arb. u. Arbeiterinnen der Buchdruckerei
„Vorw.“, Abt. Buchbinder 10,—, von Segnern des Faustrecht
1,53, Vierprocente v. d. Tischlern der Tischlerei Schäfer 7,—, Un-
bekannt, Wilhelmshavenstr. 1,25, Laubkolonie Schmidtsruh 34,40,
Hebersch. d. Kranz. Kalkmehlfabr. Manoline 2,80, von ein
paar streikenden Gurkistern, 1,10, Baurischelei, Röh. P.
Luisen-
ufer 12, obere Werkstatt 17,—, Gesammelt auf der roten Hochzeit
d. G. F., Friedrichsstraße durch W. 2,—, Raviel bezahltes Jahrgeld
der Grabensseer Patienten während der Reichstagswahl durch Ante
29,60, auf einer amerik. Aukt. bei Fr. Goype, Rixdorf 12,—,
Fr. Reichert, Monteur 1,15, Rote Einsegnung Friedrichshagen,
R. A. 3,35, M. G. 2,—, Tischler von Harris, u. Schelden,
Kronenstraße (Sechserkoffe) 5,—, Mitglieder der U. Dr. 4,55,
Vierprocente der Tischlerei Wolf, Waldemarstr. 27, 30,—, S. D. 3,
1903, 5,—, Gef. v. d. Kollegen der Firma Heine u. Co., Ritterstr. 11,
8,25, Güntenberg 75,—, Mitgl. des Verbandes deutscher Buchdrucker
im „Vorwärts“ 100,—, Abschiedsfeier bei Ritter Greife, Moabit, 6,15,
E. D. Guhrau 1,—, Bleisieg 1,—, Bleisieg Bierkaffe 2,—, Sa. 3,—,
Hebersch. der Depesche an den Parteitag von Genossen der Heißtätte
Grabowsee bei Dranienburg 9,—, Bamberg, Adalblg. 40,—,
Damen, v. socialdemokr. Verein 300,—, Bremen, von den Gen.
durch U. 300,—, Bern 50,—, Beilig, Genossen der Lungenheil-
stätte, W. I 12,85, Rugehude, v. d. Allen d. Weber 3,—, Beilig,
Hebersch. vom Telegramm nach Dresden, von Genossen im
Sanatorium v., durch Bergmann jr. 7,—, Breslau, socialdemokr.
Verein 50,—, Gummendorfer im Riesengebirge, Anzahlung
nicht gebrauchter Wahlgelder 250,—, Cottbus, P. 2 für zwei
Quartale 4,—, Elberfeld, socialdemokratischer Volksverein 1000,—,
Frankfurt a. M., Anzahlung von Wahlgeldern 1803,31, Fallens-
berg (Oberhsl.), 2,—, Fürth i. S., durch Sch. v. „Maulbeerbama“
13,—, Gotha, durch den Vertrauensmann 30,—, Greiz, Wahlkreise
Neuz. A. 2. 200,— (darunter von Julekroda 100,—), Hamburg, im
Monat September in der Expedition des „Vorw.“ eingegangen 281,65,
Ludenswald, Rufus 5,—, München, Waldläufer Juli-September
15,—, Reg. v. d. neuen Bezirksorganisation Lotze, durch A. Schl.
20,—, Rieburg a. S., vom Unterstützungsfonds der Glaser 25,—,
Rürnberg, S. u. R. 4,—, Oberhausen i. Rheinl., v. den Partei-
genossen 20,—, Posen, Anzahlung von Wahlgeldern 29,13, Rahn-
dorf, E. P. 3,—, Reichenbach i. Schl., socialdemokratischer Wahl-
verein 10,—, Remscheid, Jakob im Quadrat durch E. W. 10,—,
Röhgenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3,—, Rixdorf, Metallarb.
Vortrag 8,—, Strahburg i. E., Altvater 5,—, Solingen, durch das
Kreiskomitee 40,— (dar. vom Volksverein Solingen 15,—, desgl.
Wald 20,—), Weigelsdorf, Kr. Reichenbach i. Schl., socialdemokr.
Wahlverein 20,—, Warnemünde 50,—, Württemberg 100,—, Zürich,
von den deutschen und östreich-ungarländischen Socialdemokraten in
der Schweiz für die deutschen Reichstagswahlen gesammelt, zweite
Rate 1000,—

Für den preussischen Landtagswahl-Fonds
gingen ein:

Berlin, 4. Wahlkreis (Südost) 200,— (darunter Tischlerei A. W.
Möblierer Ufer 90,—), Berlin, Mitglieder des Verbandes deutscher
Buchdrucker im „Vorwärts“ 100,—, Berlin, Redaktions-Abteilung
Allstet u. Co. 12,—, Wandsbed, vom socialdemokratischen Verein
200,—, Sa. 512,—,
In der Quittung Nr. 212 des „Vorwärts“ vom 11. Sep-
tember d. J. kommen zu den in den 5000 M. Parteibetrag des
v. Berl. Wahlkreises eingetragenen Einzelbeiträgen noch folgende Posten:
Püperkolonne Dertel 10,—, Bezirk 597 3,—,
Ferner muß es in der letzten Quittung unter den Berliner

diversen Beiträgen nicht heißen von Schubert und Werth 3,—,
sondern die 3 Komplizen von Schubert u. Werth 3,—,
Berlin, den 10. Oktober 1903.

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kreuzbergstr. 80.

Der Kampf um „die gute christliche“
Schule.

Vor wenigen Tagen hat das preussische Centrum seinen
Aufruf zu den Landtagswahlen veröffentlicht. Im allgemeinen
so nichtsagend wie möglich gehalten, rückt derselbe, um ein
von Windthorst geprägtes Schlagwort zu gebrauchen, den
„Kampf um die gute, christliche Schule“ in den Vordergrund.
Es ist im „Vorwärts“ bereits wiederholt auf die Eventualität
hingewiesen worden, das Centrum könne sich durch konfessionelle
Jugendstände zumal auf dem Gebiete der Unterrichtsgesetz-
gebung in Preußen für eine reaktionäre Kartellpolitik im Reich
gewinnen lassen. Dieser Gedanke liegt um so näher, als das
Centrum selbst, getreu seinem Grundsatze des politischen Auf-
handels, auf Möglichkeiten im Sinne der erwähnten mehrfach
deutlich genug hingewiesen hat.

Die grundsätzliche Stellung des Merkantilismus der modernen
Schule gegenüber ist von dem letzten Papst in allen Punkten
festgelegt worden. In seinem amtlichen Rundschreiben an den
katholischen Episkopat fordert er an den verschiedensten Stellen
den von Grund aus konfessionellen Charakter des Unterrichts
und der Wissenschaft überhaupt sowie das „von Natur aus“
gegebene Aufsichtsrecht der Kirche über beide, Grundsätze, die
nicht nur die heutige neutrale Simultanschule und das Laien-
inspektorat, sondern im letzten Ende die Lehrfreiheit und die
Freiheit der Wissenschaft selber verneinen. „Es kann keinem
Zweifel unterliegen“, heißt es z. B. in dem Erlaß über die
menschliche Freiheit, „daß nur die Wahrheit (d. h. aus dem
Kurialstil in gewöhnliche Sprache überfetzt: nur der katholische
Merkantilismus) die Geister belehren soll. In ihr finden die
intelligenten Geister ihr bevorzugtes Gut, ihr Ziel und ihre
Vollendung. Deshalb soll der Unterricht nur Wahr-
heit verkünden, mag er sich an Unwissende wenden
oder an solche, die bereits Kenntnisse haben. . . .
Darum ist es vor allem Pflicht des Lehrers, die Geister
vom Jertum (d. h. jeder nicht römischen und kirchlich nicht
approbierten Meinung) zu befreien und falschen Meinungen
gegenüber sie durch feste Grundsätze zu schützen. Hieraus
erhehlt, wie unvernünftig diese eben genannte Freiheit ist. . .
wenn jeder glaubt, nach Belieben, was ihm gutdünkt, lehren
zu dürfen; eine solche Füglosigkeit kann die Staatsgewalt
ohne Pflichtverletzung den Bürgern nicht gewähren.“ Ganz
im Sinne dieser Grundsätze hat Windthorst seine Opportunitäts-
taktik eingerichtet und für Haltung und Gleise des Centrums
in Preußen auf konfessionellem Gebiet und besonders mit
Bezug auf die Schul- und Unterrichtsfrage auf absehbare Zeit
die Norm gegeben. Den Wendepunkt in der preussischen
Schulpolitik bildete das Schulaufsichts-Gesetz vom Jahre 1872
in Verbindung mit den Fallischen Instruktionen, wodurch
nach Aufhebung der besonderen katholischen Abteilung im
Kultusministerium das Laieninspektorat grundsätzlich ein-
geführt und das staatliche Ober-Aufsichtsrecht über den Volks-
unterricht klar hingestellt wurde. Dagegen in erster Linie
richtete sich seitdem naturgemäß der Kampf des Centrums.
„Wenn ich von dem Kampfe um die Schule spreche, so heißt
das: ich will die Schule so, wie sie in den alten und neuen
Provinzen geordnet war bis zu dem Schulaufsichts-Gesetze,
wiedererkämpfen; den status quo ante (den Zustand) vor
dem Schulaufsichts-Gesetze will ich wiedererkämpfen, weiter
gehe ich nicht.“ Diese Worte, die Windthorst am
11. Mai 1888 im preussischen Abgeordnetenhaus sprach,
hat er in früheren und späteren Auslassungen in der
verschiedensten Weise variiert; in allen seinen zahl-
reichen Reden zum Kultusetat kehrt dieses Grundthema der
Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Ministerium,
der konfessionellen Schule und des Geistlichen-Inspektorats
wieder, wenn auch die Behauptung, über die Verhältnisse hin-
aus, wie sie vor dem Schulaufsichts-Gesetz lagen, sollten keine
Forderungen erhoben werden, andern Auslassungen gemäß
sehr mit einem Körnchen Salz zu versehen ist.

Die Klagen, die das Centrum alljährlich im preussischen
Abgeordnetenhaus zu erheben pflegt, sind bekannt. In erster
Linie sucht es eine gleichmäßige konfessionelle oder wie man es zu
nehmen liebt, eine „paritätische“ Verteilung der Staatsleistungen
und des Lehrer- und Inspektorenpersonals im Verhältnis der
Kopfszahl der katholischen und protestantischen Religion zu
erwirken, eine Tendenz, die ja auch sonst der Bourgeois-
neigung des Centrums, seinen Glaubensgenossen nach Mög-
lichkeit zur einträglichen Futterrippe am öffentlichen Tisch zu
verhelfen, entspricht. Wie man sich unentwegt für die kon-
fessionelle und gegen die neutrale Schule und das Laien-
inspektorat nach Kräften ins Zeug zu legen versteht, davon hat
unlängst das für die Regierung des Grafen Bülow so glorreich
verlaufene Kulturkämpfchen des Trierer Bischofs Aorun ein
krasses Beispiel geliefert. Daß gerade hier die Farben mög-
lichst dia aufgetragen werden, daß man sich auf dem
Gebiete der Schule mit Vorliebe als den festen Turm
im sozialen Kampfe anpreist, daß man den modernen Unter-
richt, aber beileibe nicht die auch von unsren Merkantilen
geübten Schandthaten des Kapitalismus für alle Uebel der

Zeit verantwortlich macht, liegt in der Natur der Sache. Ich
habe die Ueberzeugung und ich spreche sie aus, daß Ihre
moderne Schule die Leute unzweifelhaft zunächst in den
vulgärsten Liberalismus und von dem vulgärsten Liberalismus
zunächst in den Socialismus und Kommunismus führt.“ (Wind-
thorst Abg.-S. 15. März 1876.) Hand in Hand mit diesem
wiederklingende Appell an die konservativen Ultras, daß in
dem Kampfe um die „gute christliche“ Schule die konfessionellen
Unterschiede notwendig zu Schweigen hätten, daß jedes wahr-
haft gläubige Protestantenherz, dem es um Kreuz und
Christentum ernst sei, von rechts wegen auf kirchliche Seite
treten müßte.

Wie die Auslassung der „Kreuz-Zeitung“ unmittelbar nach
dem Wahlerfolge der Socialdemokratie am 16. Juni, nach
müßte unter dem Druck der Zeitverhältnisse den Kampf
zwischen Bitterberg und Rom vertagen, beweist, beginnt man
dem ständigen Appell von seiten des Centrums erste
Bedeutung beizumessen. Es gilt dies um so mehr, als das
Centrum von jeher den Rückschlag, welchen die Schul- und
Kirchenpolitik auf die allgemeine Politik notwendig haben
müßte, bald offen, bald versteckt angedeutet und betont hat.
Zum Belege nur zwei Beispiele aus dem Beginn und dem
Ende von Windthorsts parlamentarischer Thätigkeit im Centrum.
„Wenn es wirklich darum zu thun ist, das Ziel der Schule zu
erreichen, . . . wenn man wirklich eine gute christliche Schule,
so möchte ich lieber sagen, herstellen will, dann ist es nötig,
daß wir die bestehenden und erlassenen Verordnungen gründlich
revidieren, daß wir die Schulleitung und Schulbeaufsichtigung
in capite et membris (an Haupt und Gliedern) reformieren.
Wenn wir das in Eintracht mit einander thun und
eine gute christliche Schule wiederherstellen, dann . . . kam . . .
das Ziel erreicht werden, daß wir auch vermittelst
der Schule die Gegensätze aufheben und aus-
gleichen, die jetzt uns noch trennen, und wir
alle uns brüderlich die Hände reichen.“ (Abg.-S.
14. März 1870.) „Wollen Sie dauernden Frieden und wollen
Sie ein gemeinsames Ringen gegen die Mächte des Umsturzes
— wir sind bereit dazu. Aber wir müssen unsere Beschwerden
los sein, sonst können wir nicht marschieren und nur die
freie Kirche und die christliche Schule werden mit Erfolg
die Umsturzparteien besiegen, die heute uns zu übermühen
drohen.“ (Aus der Rede genannt „Windthorsts Testament“
vom 18. April 1890.) Als das Centrum Ende der siebziger
Jahre sich bereit finden ließ, die Schutzkolonialpolitik Bismarcks im
Reiche zu unterstützen, konnte es, der Logik der Thatsachen
vertrauend, der Erwartung Ausdruck geben, daß dieser Schritt
auch auf andern Gebieten seine Früchte zeitigen werde. Um-
gekehrt trifft naturgemäß die Logik der gleichen Mutmaßung zu,
daß die Regierung Konzessionen auf dem Gebiete der konfessionellen
und der Unterrichts-Gesetzgebung gegenüber — und lägen
sie zunächst nur auf dem Gebiete der Personalpolitik — um so
eher Gegenleistungen beanspruchen wird, als das Centrum
selber in diesen Fragen ja nach der Unterstützung der Konser-
vativen, und zwar des reaktionärsten Flügels derselben, un-
ablässig gerufen hat.

Es hieße die Klagen verschleiern, wollte man den Satz als
wahr unterstellen, das Centrum werde sich gegebenenfalls mit
einer Schulgesetzgebung begnügen, wie sie unter Friedrich
Wilhelm IV. für Preußen in Frage kam. Die auf die
allgemeine Verdimmung abzielenden Auslassungen der
Mallinrodt und Reichensperger, das Sturmlaufen
gegen den „größten Mangel im jetzigen Schulwesen,
daß eine Masse von Kenntnissen, die tabellarisch festgesetzt sind,
den Kindern in den Kopf gebracht werden“, sind sattem be-
kannt. Aber hinter der sogenannten „konfessionellen“ Schule
steht mehr als nur dies. Es lauert dahinter zunächst die
Aufhebung des Schul- und damit für die Mehrzahl der Be-
völkerung die tatsächliche Aufhebung des Unterrichtszwanges
nach belgischem Muster, wo das kirchliche Ministerium, so-
bald es den Liberalen im Regiment folgte, 4000 Lehrer auf
das Pflaster warf, analog den Verhältnissen im verflorenen
Kirchenstaat, wo es keine öffentliche Schule, dafür aber
Bettler in einer Anzahl gab, wie sie im gleichen Verhältnisse
zur Bevölkerung in keinem andren civilisierten Lande der
Welt anzutreffen waren. Ganz in diesem Sinne scheute sich
selbst Windthorst nicht, am 4. Juni 1883 im preussischen Ab-
geordnetenhaus die Worte zu sprechen, die man als Motto
über die ganze volksbeglückende Thätigkeit des preussischen
Centrums setzen könnte: „Es ist schon von dem Abg. v. Ham-
merstein darauf hingewiesen worden, wie sorgfältig und vor-
sichtig eine Schulverwaltung vorgehen muß, die auf dem
Prinzip des Schulzwanges steht, wie das in unserm Lande
der Fall ist. Ich persönlich erkläre unterhohlen, daß ich den
Schulzwang unhaldbar finde (Unruhe), unhaldbar finde.
(Sehr gut! im Centrum.) Das wird nicht morgen und über-
morgen erkannt werden, das weiß ich, aber die Wahrheiten
müssen zunächst ausgesprochen, die Thesen müssen angeschlagen
werden, nachher werden sie, wenn sie in Wahrheit beruhen,
auch zur Geltung kommen.“ Die Aufhebung des Schul-
zwanges aber ist gleichbedeutend mit der freien Privatschule,
wie das von Centrums Seite ja gleichfalls wiederholt und
deutlich ausgesprochen worden ist. Auch hier bilden die belgischen
und die französischen Zustände eine bedeutungsvolle Analogie, wo ins-
besondere die religiösen Orden und Kongregationen auf Grund
eines geradezu fabelhaften Reichthums in mancher Beziehung

ein förmliches Schulmonopol sich zu sichern verstanden haben. Der gleiche Gedanke der „freien Wirksamkeit der Orden gegen die Mächte des Umsturzes“, wie man hier zu Lande die Sache euphemistisch zu nennen liebt, wird ja auch von den deutschen Ultramontanen mit Emphase betont. In der That würde er die Krone des Systems, die Entfesselung der Orden und Kongregationen bedeuten, um sie auf die Volksschule loszulassen.

Was der heutige Hitzakurs mit seinen katholisierenden Tendenzen noch alles zeitigen wird, läßt sich nicht im entferntesten absehen. Daß jedenfalls auf der Centrumsseite die ernste Neigung besteht, mit der Volksschule Schacherpolitik zu treiben, daran kann nach dem Gesagten kaum ein Zweifel bestehen. Freilich ist es ausgeschlossen, daß dahingehende Tendenzen auf die Länge der Dauer von Erfolg begleitet sein können. Schule und Wissenschaft sind in der Gegenwart als die unerläßlichen, gewissermaßen als die wichtigste Grundlage des gesamten Produktionsprozesses und der technischen und intellektuellen Leistungsfähigkeit des modernen Arbeiterstandes zu sehr Grundfaktoren der gesellschaftlichen Wirtschaft selber geworden, als daß sich an ihnen die Prinzipien der heutigen Gesellschaft ungestraft und ohne sich eines Tages an ihren Senkern bitter zu rächen, verletzen ließen. Wie die Gesellschaft das Recht besitzt, Produktion und Wirtschaftsweise ihrer Existenzbedürfnisse entsprechend zu gestalten, so fällt ihr nicht nur das Recht, sondern auch die absolute Pflicht zu, vermöge einer planmäßigen Organisation jene Summe von Kenntnissen, von Wissen und Erfahrung an die kommende Generation zu übermitteln, die erst zur Uebernahme der gesellschaftlichen Erbschaft Grundlage und Befähigung legt. Daraus rührt das unbedingte Recht der Gesellschaft wie auf Bildung und Wissenschaft, so vor allem auf die Schule. Darin liegt ferner das Lebensinteresse, das das heutige Proletariat und nicht zum mindesten gerade das katholische an der modernen Schule nimmt und nehmen muß. Die preussischen Wahlen sind in erster Linie ein Kampf um die Schule, um die Herrschaft über die Hirne der heranwachsenden Generation. Es handelt sich darum, ob die Schule die Jugend zum verkrüppelten, unfähigen Werkzeug der herrschenden Klassen verderben oder zum freien, klaren und starken Baumeister des eignen Geschicks erziehen soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober.

Ministerielle Wahlen.

Gemeinhin werden Siegen Denkmäler geweiht. Im gegenwärtigen Deutschland bezieht sich der Großbetrieb der Denkmälerei nicht mehr mit Wahrzeichen des Triumphes, man errichtet auch Denkmäler der Niederlage.

Solch ein Denkmal der Niederlage ist am Sonntag in Posen enthüllt worden. Die Hauptstadt der Ostmark hat als Vorläufer des Kaiserthrones ein Bismard-Denkmal erhalten. Da der tote Bismard nicht mehr als Freund geachtet ist, dürfen jetzt auch Minister an Bismard-Ehrungen teilnehmen. Zwei Berliner ministerielle Intelligenzen, Herr v. Hammerstein und der Löhnung-Stürzer Rheinbaben, hielten Diner-Reden. Sonst waren noch die üblichen Salafisten da, die im Abgeordnetenhaus Hunderte von Millionen bewilligen, mit denen dann — zu Zwecken der Germanisation — zu höchsten Preisen Güter erworben werden von einer Volk-Arbeitsgesellschaft, deren Interessenten dieselben Germanisatoren sind.

Herr v. Hammerstein feierte Bismard als den Urheber der nationalpolitischen Gewaltspolitik und predigte dann die Bülowische Sammlung:

„Die markige Gestalt des großen Bismard möge in Deutschland die Kraft und den festen Willen verkörpern, hier auf dem in jahrelanger Arbeit zur deutschen Heimat gewordenen Boden stets Deutschlands Recht und Macht festzuhalten immerdar. Nach jenem Kaiserwort vom 4. September 1902 wollen wir Stammeigentümlichkeiten und Ueberlieferungen schonen und pflegen, aber dieselben gehören der Geschichte, der Vergangenheit an. Gegenwart und Zukunft dieses schönen Landes aber sind unser und liegen für alle Zeiten unter dem Schutze des preussischen Narz. Wie der eiserne Kanzler es einmal ausgesprochen, erhoffen und verlangen wir eine deutliche, wenn nicht deutsche Bevölkerung. . . Vertrauen Sie der Regierung, wie die Regierung auf Sie baut, auf ihre Beharrlichkeit und Festigkeit. Der Fürst Bismard hat es einmal gesagt, daß unser Groll in den traditionellen deutschen Verhältnissen des Kampfes und der Kritik gegen die eigene Regierung eine häufige Anwendung finde; lassen Sie von dieser üblen Tradition der unfruchtbaren Nörgerei, fählen und handeln Sie als die Pioniere des Deutschthums, und denken Sie an die Meinung des großen Kanzlers, daß Jesuitisierung in den eignen Reihen nur den Gegner unterstützt. . . Nicht die Konfessionen, nicht die politischen Parteien des Reiches dürfen hier für unser Verhalten entscheidend sein, sondern allein der nationale Gedanke, das heißt, strenge Gerechtigkeit gegen jedermann, auch gegen den Gegner, aber auch strenge Selbstdisziplin, einhelliges Zusammenhalten zu dem hohen vom großen Reichskanzler uns vorgezeichneten Ziele der Einheit, Macht und Größe des Vaterlandes.“

Was sich der Minister dabei gedacht hat, als er sagte, die politischen Stammeigentümlichkeiten gehörten der Vergangenheit an, ist unersichtlich. Wir dächten, die ganze Polenpolitik der Regierung beruht darauf, daß ihr die Stammeigentümlichkeiten der Gegenwart gefährlich scheinen. Jedes Volk hat aber das Recht auf seine Stammeigentümlichkeiten, zu denen zunächst die Sprache gehört, und man trägt diese weder durch Gewalt noch dadurch aus, daß man sie in Dinerreden der Vergangenheit überweist.

Herr v. Rheinbaben überbot seinen Kommerzkollegen noch durch Inhaltlosigkeit und byzantinischen Bombast:

Von Friedrich dem Großen bis Kaiser Wilhelm II. hat jeder unser Monarchen seinem Volke mit beispielloser Hingabe gedient und diese Hingabe hat es bewirkt, daß die Bande zwischen Monarchie und Volk so innig, so fest, so unzertrennbar wurden, wie nirgend. Gerade der Wehrer des Reichs durch den polnischen Raub, Friedrich Wilhelm II., ist ein Beweis für solch „beispiellose Hingabe“. Allerdings hatte Herr v. Rheinbaben dann noch einen letzten Augenblick, als er erklärte: „Es muß nicht jeder denken, daß die Welt nun gerade so sein müsse, wie er sie sich in seinem verehrten Kopfe vorgestellt hat.“

Gerade die polnische Welt ist das Gegenteil von dem, was sich in den verehrten Ministerköpfen spiegelt. Weder die ministeriellen Wahlen noch das Bismard-Denkmal können nur für einen Augenblick den jämmerlichen Zusammenbruch der antipolnischen Koninzen-Politik verdecken. Das Bismard-Denkmal in Posen ist genau so ein Wahrzeichen des Sieges der Germanisation durch Gewalt und Auslauf, wie die berühmte Bismard-Säule auf dem Burgberg bei Garzburg, auf der die Inschrift prangt: „Nach Canossa gehen wir nicht!“, ein Denkmal des Sieges Bismards über das Centrum ist. Spottmaler sind's eines bankrotten Systems. —

Vertagte Romreise.

Der Zar aller Reußen beabsichtigte dem König von Italien einen Besuch abzugeben. Die Ankündigung dieses Besuches erregte

aber im italienischen Volke lebhaften Protest, dem insbesondere die sozialistische Partei in der Kammer sowie durch ein Manifest Ausdruck gab. Das Manifest richtete sich natürlich nicht gegen die Person Nikolas, sondern gegen das politische System, dessen Repräsentant er ist. Jetzt wird gemeldet, daß der Protest der Sozialisten den vorläufigen Verzicht des Zaren auf den Besuch in Rom bewirkt hat.

Der „Bosnischen Zeitung“ wird aus Paris telegraphiert: „Die hiesige russische Pressagentur verbreitet folgende Mitteilung: Der Besuch des Zaren im italienischen Hof ist vertagt. Die Ursache ist die andauernde Hegelei der Sozialistenpartei, die zwar ohnmächtig ist, feindselige Kundgebungen hervorzurufen, aber gleichwohl das Russenvolk und den Kaiser selbst tief verhetzt. Die Romreise des Zaren gilt für unmöglich, so lange diese Hegelei nicht aufgehört hat. In ihrem Hauptorgan, dem „Figaro“, fügt die russische Agentur zu dieser halbamtlichen Mitteilung noch Erläuterungen hinzu, worin es u. a. heißt: Der Besuch ändert nichts an den guten Beziehungen zwischen Rom und Petersburg. Der Kaiser konnte nicht gegen die Stimmung angehen, die das Treiben der italienischen Sozialisten in ganz Rußland hervorrief. Anshand wünscht er nunmehr, daß die Hegelei eines glücklicherweise winzigen Teils des italienischen Volkes je eher aufhöre, damit der Zar recht bald die Reise unternehmen könne, die ihm am Herzen liegt.“

Und aus Petersburg wird dem „L.A.“ gemeldet: „Die bedeutendsten russischen Messingblätter schloßen an die Thatsache, daß der Besuch des Zaren in Rom einstweilen aufgeschoben sei, ernste Betrachtungen. Die „Komoje Wremja“ schreibt, wer die italienische Presse in der letzten Zeit verfolgt habe, wundere sich nicht über den allerhöchsten Entschluß. Bei dem erwarteten Gegenbesuch des Zaren sei von den Anhängern des Sozialismus und der republikanischen Partei eine feindselige Manifestation bei der Begrüßung beabsichtigt, die Sozialisten im Parlament hätten schon lange dafür geeifert, obwohl die Besonnenen in den freien Parteien dies Vorgehen verurteilt und energisch dagegen protestiert hätten. Der aufgeschobene Besuch finde lediglich hierin seinen Grund. Die Beziehungen beider Herrscherhäuser seien dieselben herzlichsten, und es sei keine Störung in diesen Beziehungen vorgekommen. Doch scheine ein Teil des italienischen Volkes die einfachsten Regeln der Gastfreundschaft vergessen zu haben zum Schaden der ganzen Nation.“

Der Protest der italienischen Socialdemokratie hat eine Wirkung erzielt, die in der Geschichte der modernen Monarchenreisen noch nicht zu verzeichnen war. Der mächtigste Herrscher Europas scheut sich, den Besuch an einem Königshof zu unternehmen, da er erkennen muß, daß das Volk des Landes, in das er zu reisen sich anschickt, nicht geneigt ist, ihn so zu empfangen, wie Monarchen gewöhnt sind, empfangen zu werden.

Natürlich ist es nur eine Lächerlichkeit, wenn die russischen Pressagenten in Paris es so darstellen, als sei „das Russenvolk“ verletzt durch die ungeselligen Absichten der italienischen Bevölkerung und als habe der Zar der Stimmung, die „in ganz Rußland“ herrsche, nachgeben müssen. Dieses „ganze Rußland“ umfaßt höchstens die armenigen Zeitungen, die schreiben müssen, was die zarische Censur gebietet. Das russische Volk in seinen breiten Massen, so weit sie am politischen Leben teilnehmen, ist anderer „Stimmung“ und begreift dankbar die Demonstration der italienischen Socialdemokratie.

Die italienische Socialdemokratie hat durch die Abweisung des Zaren von der Schwelle ihres Landes den Gefühlen Ausdruck gegeben, welche in allen Ländern Westeuropas die Volksschichten und Parteien erfüllen, bei denen der Gedanke der Freiheit und Civilisation eine Stätte hat. —

Die sozialpolitische Agitation in England.

London, 10. Oktober. (Fig. Ver.)

Ueber die jetzt von den englischen Politikern entfaltete sozialpolitische Agitation berichtet die verschiedenen Telegraphenbureaus ziemlich ausführlich, denn die ganze Kulturwelt hat ein Interesse an dieser Frage. Es ist kein Zweifel, daß sich das Ausland an den englischen Freihandel gewöhnt und mit ihm als mit einer konstanten Größe gerechnet hat. Und wenn ein englischer Politiker zuweilen an den Freihandels-Theorien rüttelte, glaubte man allgemein, es mit unsichtbaren persönlichen Säckeln zu thun zu haben. Die Vorgänge der letzten Wochen haben diese Ansichten erschüttert. Valfours Broschüre hatte — trotz ihres streng wissenschaftlichen Charakters — einen Massenabsatz. Seine Rede in Sheffield hat die konservativen Elemente wieder geeinigt. Chamberlains Agitationstour gleicht einem Triumphzug. Seine Aufnahme in Schottland war für viele eine Ueberraschung. Die „Daily Mail“, die stark verbreitet ist und als eine gute Wetterfahne gilt, machte eine Saventung zu Gunsten Chamberlains. Gestern sprach Mr. Ritchie, der entschiedene Freihändler und frühere Finanzminister, in seinem Wahlkreis Grondon (im Südosten Londons); die Versammlung war stürmisch und die Opposition gegen ihn war unerwartet stark. Dies sind Zeichen der Zeit, die nicht unbeachtet bleiben können. Die englischen Freihändler mit ihrer Furcht vor Wiedervergeltung und fremden Angriffen erscheinen der Masse als Feiglinge. Dagegen erscheint Chamberlain als die Verkörperung der britischen Kampflust, als der Mann mit greifbaren Plänen und als der Missionar der Reichseinheit. Er kennt sein Volk wie selten ein Engländer. Die Kipling und Rhodes, die Regierungsjubiläum, die kolonialen Konferenzen, die Krönung, die letzten imperialistischen Kriege haben für Chamberlain den Boden bereitet, auf dem er jetzt sein Experiment machen will. Chamberlains Popularität ist in den letzten zwei Jahren ungemein gestiegen. Sein Aufstieg zum Schuttpatron Englands datiert seit seinem Redebuell mit dem deutschen Reichskanzler Grafen Bülow. Man muß mit Engländern viel verkehren, um die Bedeutung dieses Redebuells zu begreifen. Die englische Bourgeoisie — und in England ist noch alles Bourgeoisie — wird es Chamberlain nie vergehen, daß er den Mut hatte, Deutschland zu trogen und die Würde Englands zu wahren. Man kann sich in Deutschland kaum einen Begriff davon machen, wie tief diese Episode hier gewirkt hat.

Würde sich in England nicht die Idee festgesetzt haben, daß die Siege der deutschen Socialdemokratie am 16. Juni dem Vortrager zu verdanken wären, wir hätten hier schon den kolonialen Vorzugslarif. Der „Vortwärts“ sprach es noch am 18. Juni aus, daß die deutschen Arbeiter viel mehr gegen Chamberlains Pläne gethan haben, als die ganze europäische Diplomatie. Dies ist nach den zahllosen Kontroversen, die seitdem in der englischen Presse ausgedehnt worden, unzweifelhaft richtig. Die ultima ratio der englischen Freihändler ist der Hinweis auf den Wahlsieg der deutschen Socialdemokratie, obwohl doch die deutsche Socialdemokratie schon im Jahre 1877, als Deutschland noch ziemlich freihändlerisch war, zwölf Abgeordnete im Reichstag hatte. Nichtsdestoweniger wirkt dieser Hinweis, und Valfour ist vorläufig nicht geneigt, die Lebensmittel zu besteuern. Mr. Ritchie war gestern indistinkt genug, aus der letzten Kabinetsitzung zu plaudern. Er sagte Kipp und Klar, daß Chamberlain seinen Posten niederlegte, weil Valfour dem zum kolonialen Vorzugssystem notwendigen Lebensmittelsoll nicht zustimmen konnte. Valfour hat thatsächlich vor allem den Saug der heimischen Industrie im Auge. Aber es ist zweifellos, daß Valfour den Chamberlainschen Plänen vorarbeitet. Valfour ist der theoretische Revisionist des Freihandels. Er weiß nicht, wie weit ihn die Re-

vision führen wird. Aber Chamberlain, der Praktiker und harte Rechner, weiß es wohl. Deshalb bleiben sie Fremde.

Dann erweilt sich Valfour als ein parlamentarischer Führer von ungewöhnlichem Geschick. Als die Rede Chamberlains vom 15. Mai und die parlamentarische Debatte vom 28. Mai einen Riß in der konservativen Partei verursachten und die Regierung zu stürzen drohten, da rettete Valfour die Situation durch den Vorschlag, eine Untersuchung der wirtschaftlichen Lage Englands vorzunehmen. Die Partei gebildete sich und hielt zusammen. Mittlerweise erklärte sich Valfour für ein Kompromiß zwischen den konservativen Freihändlern und Schutzöllnern. Die Freihändler verließen das Kabinett; ebenso Chamberlain, um das Land für seinen Plan zu gewinnen. Das neue Kabinett ist einhellig und wird den Premierminister unterstützen. Die konservative Partei wird mitthun, so daß an eine baldige Parlamentsauflösung kaum gedacht werden kann. Wie die Lage sich jetzt darstellt, wird die nächste parlamentarische Tagung mit der sozialpolitischen Reform beginnen. —

Die Lage in Ostasien.

Die Nachrichten aus Ostasien lauten auch heute höchst bedrohlich. Einzelne Telegramme sprechen von der unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung. Die wichtigsten der Meldungen seien wieder gegeben:

Frankfurt a. M., 12. Oktober. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Shanghai gemeldet: Hier ist eine Nachricht aus Tschifu eingetroffen, daß die Japaner Kasampo auf Korea eingenommen haben. Man erwarte die offizielle Kriegserklärung.

London, 12. Oktober. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Kutschwang vom 9. d. M. gemeldet: Der hiesige russische Civil-Gouverneur hat bisher keine Instruktionen über die Zurückziehung der Truppen erhalten. Der chinesische Tao-tai von Kutschwang lehrte vor kurzem hierher zurück und versuchte Unterhandlungen einzuleiten über die Uebertragung der Regierung an die Chinesen. Als der russische Gouverneur ihn jedoch aufforderte, abzureisen, kam er dieser Weisung nach. Der russische kommandierende General, der kürzlich einen Urlaub nach der Heimat angetreten hatte mit der Absicht, in Rußland zu bleiben, hat für den Winter in Kutschwang ein Haus gemietet und lehrte mit seiner Familie zurück. Die russische Regierung erhält viele wertvolle Grundstücke zu lächerlich niedrigen Preisen von den chinesischen Zimmern infolge eines durch die russischen Beamten ausgeübten Druckes. Alle diese Umstände unterstützen die Vermutung, daß die Russen zu bleiben gedenken. —

London, 12. Oktober. („Bureau Laffan“.) Die Landung japanischer Truppen in Kasampo (Korea) hält sich, wie die „Daily Mail“ aus Shanghai meldet, innerhalb der Grenzen der japanischen Vertragsrechte, da die koreanische Regierung seiner Zeit in Verbindung mit dem Bau einer Zweiggleisbahn Japan dort ein Stück Land abtrat. Weitere Meldungen aus Ostasien, die den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Rußland und Japan ankündigen, liegen nicht vor. —

London, 12. Oktober. („Bureau Laffan“.) Die russische Flotte hat nach einer „Morning Post“-Meldung aus Tschifu vorgestern vor Arthur verlassen. Ihre Gesamtstärke beträgt neunzig Schiffe. In Port Arthur wurden eine Anzahl Feldgeschütze eingeschifft, über ihren Bestimmungsort ist nichts bekannt. Unter den Russen in Kutschwang ist die Cholera ausgebrochen. Weiter wird der „Morning Post“ von gestern in einer um 8 Uhr 50 Minuten abends ausgehenden Kabelbotschaft aus Tschifu gemeldet: Die Lage bleibt unverändert. In Port Arthur ist es ruhig, man glaubt aber, daß der Ausbruch von Feindseligkeiten unmittelbar bevorsteht. Es wird versichert, die Russen hätten den Freitag dieser Woche als Tag für den Beginn der Feindseligkeiten festgelegt. Die chinesischen Kaufleute verlassen das Haju-Khal. Sie treffen zahlreich in Tschifu ein. —

London, 12. Oktober. (B. G.) Trotz der beruhigenden Erklärungen, welche der japanische Gesandte in London gemacht hat, stimmen die Morgenblätter darin überein, daß die Lage im äußersten Osten als sehr kritisch zu betrachten sei. „Morning Reader“ berichtet, Japan habe alle Kohlenvorräte im Hafen von Hongkong aufgelassen. In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß Japan thatsächlich ein Ultimatum an Rußland gerichtet hat.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. Nach einer Meldung der „Frankf. Zeitung“ aus Petersburg wird aus Wladiwostok telegraphiert, daß infolge des Poststandes in einigen Provinzen Chinas zahlreiche vagierende Chinesen in der Mandschurei auftauchten, die sich mit den Tungusen verbinden und die Sicherheit der Mandschurei-Bahn bedrohen. Dadurch ergebe sich die Notwendigkeit, die russischen Truppen noch für unbestimmte Zeit in der Süd-Mandschurei zu belassen. So viel steht also fest, daß Rußland seine Truppen aus der Mandschurei seinem Versprechen gemäß nicht zurückgezogen hat, noch zurückziehen gedenkt.

Ob es darüber zum russisch-japanischen Kriege kommt, bleibt abzuwarten. —

Deutsches Reich.

Generalversammlung der Freisinnigen Vereinigung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen, über die wir in der Sonntagsnummer berichteten, machte Abg. Schrader Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen wegen des Zutrittes der National-socialen zu dem Wahlverein der Liberalen. Daran schloß er folgende Ausführungen:

Das Ergebnis ist ein durchaus befriedigendes. Der Freisinnigen Vereinigung sind zahlreiche wertvolle Mitglieder beigetreten und die zugetretenen national-socialen Mitglieder haben den Anschluß an eine parlamentarisch vertretene Partei gewonnen. Unter den bisherigen National-socialen sind viele hochangesehene Männer; sie haben unter ihrer Fahne zahlreiche jüngere Leute vereinigt. Ein großer Fonds von ernstem Willen, politischer Bildung und thatkräftiger Vegetation ist so gewonnen. Die National-socialen besitzen ferner an vielen Orten, an denen bisher eine Organisation der Freisinnigen Vereinigung nicht bestand, gut geleitete, thätige Vereine und verodständigen dadurch in wünschenswerter Weise den Parteiapparat. Weides leistet Gewähr dafür, daß die Thätigkeit der Partei auch in der Zwischenzeit bis zu den Wahlen mit Ernst fortgesetzt und auf eine Ausgestaltung ihrer politischen Ansichten und auf das Eindringen derselben in alle Teile des öffentlichen Lebens gerichtet sein wird.

Starrer Raumann legt in der Diskussion seinerseits dar, welche Gründe ihn veranlaßt haben, den Beitritt zum Wahlverein der Liberalen seinen Freunden zu empfehlen. Hauptächlich bestimmte ihn dazu die Stellungnahme der Freisinnigen Vereinigung bei der Notenvorlage, der Justizhausvorlage und dem Posttarif. Alle sociale Entwicklung baut sich auf Freiheit der Person und der Organisationen auf. Die National-socialen versprechen eifrige Mitarbeit an den Aufgaben der Zukunft.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich Dr. Kadwig, Charlottenburg, welcher dem Zusammenschluß mit gemischten Gefühlen gegenübersteht, Rechtsanwalt Brunswig-Neustrelitz, Rechtsanwalt Marcus, Berlin, Prof. Dr. Piehler, Nordhausen, Lehrer Pausch, Berlin und Dr. Barth, Berlin, die sämtlich den Anschluß mit lebhafter Freude begrüßen. Nach Beratung einiger Organisationsfragen wurde die Generalversammlung auf Sonntag vertagt. Am Sonntag wurde beraten über die Stellungnahme zu den preussischen Landtagswahlen. Das Referat des Abgeordneten Barth über dieses Thema bewegte sich in folgendem Gedankenverlaufe: Wir haben in Preußen eine feste reaktionäre Mehrheit, bestehend aus dem Centrum und den Konservativen. Die Politik der reaktionären Mehrheit bedroht auf das ernsteste unser ganzes geistiges und wirtschaftliches Kultur-

Leben. Der Liberalismus, selbst wenn alle seine Glieder sich zusammenschließen sollten, wäre nicht stark genug, unter dem herrschenden Dreiklassen-Wahlssystem diese Mehrheit zu brechen. Diefelbe kann nur erstickt werden, wenn an die Stelle des Dreiklassen-Wahlsystems das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht tritt. Aus dem reaktionären Landtage heraus ist eine entsprechende Reform nicht durchzuführen. Folglich muß durch eine populäre Bewegung diese Reform angebahnt werden. Diese populäre Bewegung kann nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sich die großen Massen der Arbeiter an derselben beteiligen. Deshalb ist die Voraussetzung jeder Kräftigung des Liberalismus in Preußen das Zusammenwirken mit den Arbeitern gegen die Reaktion. Von diesem Ausgangspunkt fortwährend, empfahl Dr. Barth allenfalls da, wo die Freisinnigen allein gegen die Reaktion bei den bevorstehenden preussischen Landtagswahlen nichts ausrichten könnten, ein Zusammenwirken mit der Socialdemokratie. Trotzdem wegen der ablehnenden Haltung der Freisinnigen Volkspartei der Zusammenschluß der ganzen Linken zur Bekämpfung der Reaktion kaum in irgend einem Wahlkreise Aussicht auf Verwirklichung zu haben scheint, sei es doch für eine Partei, die wie die Freisinnige Vereinigung zunächst nicht als Masse, sondern nur als ein Sauerzeug wirken könnte, der das Wort des Liberalismus wieder schmackhafter zu machen habe, nötig, der grundsätzlichen Frage offen ins Gesicht zu sehen, ob ein tatsächliches Zusammengehen des entschiedenen Liberalismus mit der Socialdemokratie gegen die Reaktionen liberalen Grundgedanken entsprechen. Dr. Barth bejahte diese Frage. Nur in der Gewinnung der wertvollen Volkskräfte, die in der Socialdemokratie stecken, für praktische nationale Arbeit in Reich, Staat und Gemeinde erblickt Redner eine befriedigende Lösung des socialdemokratischen Problems. An dieser Lösung müsse ein unbefangener Liberalismus Anteil nehmen.

Reichstags-Abgeordneter Dr. Baehne führte in seinem Korreferat etwa folgendes aus: Die Nationalliberalen und die Volksparteier haben zur Frage der Verständigung mit der Socialdemokratie keine Stellung genommen oder doch nur indirekt insofern, als sie den möglichen Erfolg aus eigener Kraft erreichen wollten. Sollte es der Freisinnigen Vereinigung nicht gelingen, die vorhandene Meinungsverschiedenheit zu überwinden, so ist das offene Eingeständnis dieser Thatsache noch immer einer Majorisierung der einen Gruppe durch die andre vorzuziehen. Keinesfalls darf der Parteitag dem Liberalismus ein Unfähigkeitssiegel ausstellen oder die Idee der Zusammenfassung aller Liberalen irgendwie entwerfen. Die Bevölkerungsteile, auf die wir uns stützen, haben wirtschaftliche und geistige Bedeutung genug, um wenn sie geschloffen und energisch vorgehen, ein Schwergewicht in die politische Waagschale zu werfen. Sie werden sich aufrufen, sobald sie die Ueberzeugung gewinnen, daß es sich wieder lohnt, Zeit und Kraft für die Partei zu opfern. Mit der Befestigung und Stämmung der Schichten, die den Liberalismus tragen, ist zu rechnen; auch in der Parteipolitik muß man Menschen und Dinge nehmen wie sie sind. Um einer einzigen Frage willen darf man nicht das Ganze zum Wiegeln oder Brechen bringen. Die principielle Entscheidung über die der Socialdemokratie gegenüber zu beobachtende Taktik ist überdies möglichst weit von nur geringer praktischer Tragweite. Doch weiß niemand, wie stark am Morgen noch dem Urwahltag die Socialdemokratie überhaupt sein wird, und welche Ansprüche sie demgemäß stellen darf. Die Rechnung mit den Reichstags-Wahlziffern führt zu höchst zweifelhaften Ergebnissen, da bei der Landtagswahl durch die Klaffen-einteilung und öffentliche Abstimmung alle Grundlagen verschoben sind. Für die Spannung, welche im Lande zwischen Liberalen und Socialdemokraten herrscht, sind die Gründe auf beiden Seiten zu suchen; man soll deshalb nicht immer nur den Liberalismus als engherzig und vorurteilsvoll schelten, sondern die Ueberrumpfung auch einmal gegen die Socialdemokratie richten. Was an Kommunismus von der Socialdemokratie bereits abgefallen sein mag, sie bleibt doch eine Massenpartei, eine einseitige Interessenvertretung der Arbeiterschaft, schon deshalb, weil darauf ihr Erfolg beruht. Der Liberalismus aber kann den Gesichtspunkt des Gesamtwohls nicht aufgeben, ohne sich selber aufzugeben. Hierzu tritt noch die Maßlosigkeit ihrer Agitation, die Bekämpfung aller Behovorlagen und vor allem der Freiheit, der darin liegt, daß sie event. der Reaktion die Mandate in die Hände spielen will, die dieser jetzt noch an der Mehrheit fehlen. Herr Dr. Baehne vergißt, daß der Frevler bei demjenigen Liberalismus liegt, der der Socialdemokratie das mindeste Recht verweigert und lieber zehn konserватiven den Eingang in das Abgeordnetenhaus öffnet als einem Socialdemokraten. Die Red. des Vorw. Ich ziehe hieraus — schon im Hinblick auf die Zukunft, die eine günstige Entwicklung bringen kann — nicht die Konsequenz, daß nun jede Verständigung mit der Socialdemokratie auszuschließen sei; ich will vielmehr diese Eventualität auf die dafür geeigneten Einzelfälle beschränken. Nicht so viel Zusammenwirken als irgend möglich, sondern nur so viel, als gerade nötig. Ich will limitieren, die lokalen Verhältnisse berücksichtigen und das sich bei den Urwahlen ergebende Stärkeverhältnis abwarten. Wie immer aber das Votum unserer Generalversammlung lauten mag, der Parteiverband darf nicht gelockert werden; wir wollen in altem Vertrauen und gegenseitiger Berücksichtigung zusammenhalten und zusammenwirken — sowohl um der Partei willen, als um des Vaterlandes willen, das den Liberalismus nicht entbehren kann.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt vom geschäftsführenden Ausschuss folgende Resolution vor:

Die Bekämpfung der konservativ-liberalen Reaktion betrachten wir als die Hauptaufgabe des entschiedenen Liberalismus auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Die reaktionäre Mehrheit hindert in Preußen jeden ernsthaften Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie widerstrebt sich der Befreiung der Schule von der kirchlichen Herrschaft ebenso wie der Hebung des Wirtschaftslebens durch den Ausbau unserer Wasserstraßen. Sie widerstrebt jeder Verstärkung des Einflusses der bauerlichen Bevölkerung auf die Kreis- und Provinzialverwaltung wie jeder freibilligen Ausgestaltung des Vereinsrechtes. Daneben ist sie unablässig und nicht ohne Erfolg bemüht, ihren Einfluß auf die Reichspolitik auszudehnen.

Die Macht der reaktionären Parteien kann nur gebrochen werden durch eine gründliche Reform des Landtagswahlrechts. Als eine befriedigende Reform ist allein der Erlass des Dreiklassen-Wahlsystems durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, wie wir es im Reiche haben, anzusehen. Daneben ist eine den veränderten Bevölkerungsverhältnissen angepaßte Neueinteilung der Wahlkreise eine unerlässliche Forderung der Gerechtigkeit.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen sich die liberalen Wähler in Stadt und Land zusammenschließen und mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten. Nur ein zugleich einheitliches und kraftvolles Vorgehen kann dem Liberalismus jetzt und in Zukunft die gebührende Stelle unter den Machtfaktoren des öffentlichen Lebens verschaffen.

Da, wo wir zur Zeit den Wahltag nicht aus eigener Kraft erringen können, ist — trotz der principuellen Gegensätze, die uns von der Socialdemokratie trennen — eine Verständigung auch mit dieser angezeigt. Unfremde Parteifreunden im Lande geben wir anheim, unter Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse und auf Grund des bei den Urwahlen hervorretretenden Stärkeverhältnisses in dahin zielende Verhandlungen einzutreten.

Nach längerer Diskussion, in der sich mehr Redner für den letzten Absatz der Resolution als gegen ihn aussprachen, wurde die ganze Resolution mit großer Mehrheit angenommen.

Zufügung Jona's begründet zum Schluß die von ihm eingebrachte Resolution:

Die Generalversammlung des Wahlvereins der Liberalen begrüßt den Beschluß der Deutschen Volkspartei, welcher ein Zusammenwirken aller Parteien der bürgerlichen Linken empfiehlt, mit großer Freude und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Verwirklichung jenes Gedanken in absehbarer Zeit sich werde ermöglichen lassen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen, damit erreichte die Generalversammlung ihr Ende.

Zu der obigen Resolution betreffend das Zusammengehen mit der Socialdemokratie schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Resolution den lokalen Organisationen völlig freie Hand läßt, sich über die lokale Wahl-taktik schlüssig zu werden. Damit wird auch die Socialdemokratie, die zunächst hoffärtig und großspurig sich der Barth'schen Taktik gegenüber aufgestellt hat, zu rechnen haben.

Das ist blanke Erfindung. Wir haben im Gegenteil die Aeußerungen Dr. Barth's in dieser Frage stets anerkannt citiert, und die Resolution, die von der Generalversammlung angenommen ist, entspricht den Anforderungen, die von unserer Seite an die Liberalen gestellt wurden. Es liegt nun im eignen Interesse der Liberalen in den eignen Wahlkreisen, der Aufforderung der Generalversammlung wirklich nachzukommen.

An die falsche Adresse.

In den „Hamburger Nachrichten“ wird gegen die Presse der Sor-wurf erhoben, Deutschlands Interessen durch öffentliche Erörterung militärischer Neuerungen zu schädigen. Unter Bismarck's Regierung sei das anders gewesen, da sei Deutschland mit seinen Rüstungen dem Ausland um fünf Jahre voraus marschiert. Mit dieser Aus-laffung sollen die Millionenforderungen der Zukunft a priori ge-rechtfertigt, als eine Notwendigkeit vindiziert werden, hervorgegangen aus der öffentlichen Erörterung. Das ist nichts weniger als eine Falschung der öffentlichen Meinung, darauf berechnet, die anti-nationale Geschäftspolitik der Nordwerkzeug-Patrioten zu verleiern. Was die „Hamburger Nachrichten“ als Wirkung der öffentlichen Er-örterung über militärische Neuerungen hinstellen, geschah in Wirklich-keit seitens der interessierten Fabrikanten. Diese unterrichten das Ausland nicht nur über Neukonstruktionen, sondern versuchen auch, wenn das „liebe Vaterland“ nicht genügend be-willigungslustig ist, das Ausland zum Ankauf zu ver-anlassen, damit dann das teure Vaterland folgen muß. Die Firma Krupp unterhält zum Beispiel in der ganzen Welt, bei allen Regierungen, ganz gleich ob es Monarchien oder Republiken sind, ein Heer von Agenten, das die Aufgabe hat, den resp. Ländern gegen gute Zahlung die Priorität in den diversen neuen und alternativen Vaterlands-Verteidigungsmitteln zu offerieren. Ueber die Organisation dieses Agenten-Heeres heißt es im General-regulativ der Firma Krupp:

Die Firma ernennt und bestellt zur Wahrnehmung ihrer Interessen nach außen hin Vertreter (Agenten), welche in folgende vier Klassen zerfallen:

I. Hauptagenten mit der Bezeichnung „Bevoll-mächtigte der Firma Krupp“.

II. Agenten. Ihnen wird mit Rücksicht auf den ihnen angewiesenen engeren und weniger einträglichen Ge-schäftskreis bedingungsweise gestattet, neben der ihnen übertragenen Agentur der Firma Krupp noch andre Agenturen zu führen. Diefelben dürfen natürlich mit den Geschäfts-interessen der Firma nicht kollidieren.

III. Unteragenten. Diese werden für einzelne Länder, Städte und kleine Geschäftskreise in den Gebieten der unter I und II aufgeführten Hauptagenten bestellt.

Die vierte Klasse der Agenten umfaßt diejenigen, welche die Produkte der Firma auf eigene Rechnung verlaufen. Auch diese Agenten sind auf der ganzen Welt verbreitet, auch sie sorgen dafür, daß keine neueste Erfindung im preussisch-deutschen Militär-kabinett verstaubt. Soweit das Geschäftsinteresse einen Ver-kauf der besten Angriff- oder Abwehr-Waffen verbietet, verkauft man die Lizenz zur Nachahmung der Verfahren und Konstruktionen. So war es beispielsweise ja auch bei der berühmten Riefelstahl-Panzerplatte. Deutschland hatte sich noch nicht „geschützt“ mit der neuen Platte, da war die Lizenz zur Fabrikation in Frankreich schon verkauft, und französische Instrukteure wurden auf dem Krupp'schen Werk in die Geheimnisse des Verfahrens eingeweiht. Die Verhandlungen in der Zolltarifkommission brachten auch noch aus Tages-sicht, daß das Ausland die schützenden Platten billiger aus Deutsch-land bezieht, als Vaterland. Auf dem Krupp'schen Werk waren ausländische Vertreter mit Erproben der Rüllaufgeschäße be-schäftigt, da wurde das teure Vaterland noch flott bedient mit „groß-artigen“ Schnellenergeschüssen, welche — sich sofort als längst übertriften erwiesen, nachdem die Aemrierung der Artillerie mit dem vornehmsten Krupp-Geschütz beendet war. Nun sollen wir als alternatives Instrument der Vaterlandsverteidigung das Rohrrüllauf-Geschütz bekommen; ist dessen Einführung beschlossen, dann erproben Ausländer die jüngstgebornene Konstruktion, seien es Panzerplatten, Geschosse oder Geschütze. So spielt der Nordwerkzeug-Patriotismus das Ausland gegen das Vaterland aus — und die Millionen fließen! —

Soldaten-Erzieher! Der Mithandlung Untergebener in fünfzehn Fällen angeklagt ist der Unteroffizier Schwank von der 1. Comp. Battr. Gren.-Reg. Nr. 6 in Posen. Er hatte sich deshalb am 9. Oktober vor dem Kriegsgericht der 10. Division zu verantworten. Der Angeklagte hatte als Bataillonstambour die Ausbildung der Reservepionelle zu leiten. Bei den Uebungen nun hat er fünf seiner Untergebenen mit Trommelstöcken geschlagen, sie mit Füßen getreten und einige von ihnen eine Viertelstunde lang Laufschritt machen lassen, bis sie nicht mehr konnten und niedersinken. Als sie wieder aufstanden, hat der Angeklagte sie wieder auf den Kopf und gegen die Ohren geschlagen. Ferner hat er sie, wenn sie auf sein Geheiß Laufschritt machen mußten und an ihm vorüber-lamen, mit dem blanken Seitengewehr geschlagen. In einem weiteren Falle hat er auf dem neu errichteten Truppenübungsplatz Weihen-burg bei Posen einen der Pionelle, weil er glaubte, daß dieser sich im Gerede gerührt habe, mit einem Stod Hiebe über den Kopf versetzt zu Boden geworfen, auf ihm gekniet und dann noch weiter auf ihn eingeschlagen. Der Angeklagte entschuldigt sich damit, daß er diese „Uebungen“ im Interesse des Dienstes vorgenommen habe. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Monate Gefängnis; die Degradation wurde nicht ausgesprochen.

Eine Begnadigung, welche die Erinnerung an den König Nordprozeß wachruft, wird aus Rom gemeldet. Der wegen Meineids zu vierjähriger Zuchthausstrafe verurteilte Moriz Lewy, dessen Vater als Mörder des Winter beschuldigt worden war, ist jetzt be-gnadigt worden. Moriz Lewy hatte in Abrede gestellt, Ernst Winter gelammt zu haben. Diese Aussage wiederholte er im September 1900 in der Gerichtsverhandlung gegen den ebenfalls wegen in der Königer Affaire gemachter falscher Aussage angeklagten Präparanden Speißiger. Er blieb auch bei dieser Aussage, obwohl sich nachher etwa ein halbes Duzend Zeugen fand, die Moriz Lewy im Verlehe mit Winter gesehen haben wollten. Die Folge war, daß Moriz Lewy in öffentlicher Sitzung verhaftet und später unter der Anklage des wissentlichen Meineides vor das Schwurgericht gestellt und von diesem nach vier tägiger Verhandlung am 16. Februar 1901 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Das Reichsgericht verwarf im Mai 1901 die ein-gelegte Revision.

Ausland.

Zu den Balkanwirren.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der montenegrinische Geschäftsträger Stanowitsch hat von der Porte die Zurückziehung der türkischen Truppen verlangt, die in den Dörfern an der montenegrinischen Grenze eingetroffen waren, um Nachforschungen nach Waffen anzustellen und eine neue Viehsteuer einzuführen, wodurch es zu blutigen Zusammen-

stößen mit der christlichen Bevölkerung kam. Der Minister des Aeußern Zeinif Pascha versprach, unverzüglich Befehl zum Zurück-ziehen der Truppen zu geben.

Nachrichten aus Adrianopel zufolge wurde allen Militär- und Zivilbehörden ein Trabe des Sultans übermittelt, welches die Schonung der unschuldigen bulgarischen Bevölkerung, insbesondere der Frauen und Kinder, befiehlt.

Die im Auslande verbreitete Meldung, daß Oestreich-Ungarn und Rußland gegen die Einsetzung der macedonischen Kommission unter Hilmi Pascha protestiert hätten, ist falsch.

Alle heutigen türkischen Blätter melden, daß die bulgarische Bevölkerung des Kreises Sussi (Wilajet Adrianopel) an den Großvezier eine Adresse gerichtet habe, in welcher die Verichte der ausländischen Presse über Truppenausfchreitungen gegen die ruhige bulgarische Bevölkerung anlässlich der Wendenverfolgung bekräftigt werden. Die Civil- und Militärbehörden sind bemüht, auch in anderen Kreisen und Ortschaften die Absendung ähnlicher Adressen zu veranlassen.

Die diplomatischen Kreise sind über den letzten türkisch-bulgarischen Grenzvorfall beunruhigt, hoffen jedoch auf dessen freundschaftliche Beilegung, wozu beiderseits die besten Dis-positionen vorhanden zu sein scheinen.

Oestreich-Ungarn.

In dem Empfang der Grafen Julius Andrássy und Stefan Tisza sowie Desider Perczel bemerkt die „Neue Freie Presse“, man ge-wärtige rasche die Ernennung eines ungarischen Ministeriums und glaube an die Berufung des Grafen Tisza. Indessen sei die Möglichkeit einer neutralen Uebergangeregierung nicht aus-geschlossen.

Frankreich.

Von der Streikbewegung.

Paris, 10. Oktober. (Fig. Ver.) Die jah wie ein Lauffener sich ausbreitende Textilarbeiter-Bewegung im Norden ist bereits wieder in ebenso schnellem Rückgang begriffen. Sie hat den Charakter eines Generalstreiks ebenso rasch verloren wie gewonnen. Die Organisation, die dem Ausbruch der Bewegung fern geblieben war, verzichtete sich die ersten Tage abwartend. Die spontane Bewegung kam ihr desto überraschender, als der letzte Textilarbeiter-Kongress den allgemeinen Streik erst für das Frühjahr 1904, zur Zeit der Einführung des Jehniundentages, in Aussicht genommen hatte. Jetzt hat der Vorstand des Textilverbandes gegen den sofortigen Generalstreik Stellung genommen. Die Bewegung bleibt nunmehr auf einige Orte beschränkt, wobei sie nur in Armentières und Um-gebung, ihrem Entstehungsort, sich nach wie vor auf alle Betriebe erstreckt. Auf der andren Seite haben gestern in Lille sämtliche Webereien bis auf eine in einer Urabstimmung den Generalstreik votiert, und in Roubaix hat die Bewegung erst jetzt eingesetzt. Es bleibt also bei der chaotischen Zusammenhanglosigkeit, bei isolierten und einander widersprechenden lokalen Initiativen.

Nach einer eignen Meldung des halbsozialistischen, jedenfalls den Arbeitern freundlichen Blattes „Action“ ist es in Roubaix, wo übrigens die Anarchisten in die Bewegung einzuzugreifen suchen, zu Gewaltthatigkeiten seitens der Streikenden gekommen. In der Fabrik Motte wurden die Schreib eingeworfen, ein Specialkommissar wurde durch einen Steinwurf verletzt. Die dann herantretenden Dragoner stießen hin und da auf improvisierte Barricaden aus Wollen- und Baumwollenballen. — Andererseits wurden vielfach brutale Ueber-griffe des Militärs und der Gendarmen gemeldet, so namentlich aus Lille.

In einer Besprechung mit dem Präfekten an der Spitze einer gewerkschaftlichen Delegation zweds Einsetzung schiedsgerichtlicher Unterhandlungen hat sich Genosse Delory, Bürgermeister von Lille, dagegen verwehrt, die Streikenden für die in verschiedenen Orten vorgekommenen Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Anders urteilt das generalstreikerische Gewerkschaftsblatt „Voix du Peuple“ über die Ausschreitungen. Es schreibt: „Sagen wir, daß die Streikenden sich energisch zeigen. Da in der nördlichen Region auch die beschäftigten Arbeiter großes Leid zu leiden haben, so nehmen diese Kameraden keinen Anstand, sich zu verprobieren, wie es die Situation am besten gestattet.“ Damit sind die Fälle gemeint, in denen die Streikenden Webereien und Wurmwaren-handlungen ausplünderten. . . Das Webereiland ist freilich wirk-lich erschreckend. Selbst Bourgeoisblätter müssen das zugeben. In Armentières beträgt der Durchschnittslohn 15 Fr. (12 M.) in der Woche. In der benachbarten Gemeinde Houplines giebt es folgende Hungerlöhne: für Kinderjährige (13 bis 18 und mitunter bis 20 Jahren) 4 bis 8 Fr., für Frauen je nach der Arbeitskategorie 7 bis 12 und 9 bis 15 Fr., für Männer im Durchschnitt 15 bis 20 Fr. in der Woche, je nachdem sie an einem oder zwei Beschäftigten arbeiten.

Nach den neuesten Meldungen der Abendblätter stehen in Lille nur noch drei Betriebe im Streik. Ferner hat die Kiser Handels-kammer den Antrag des Präfekten auf eine schiedsgerichtliche Ein-mischung rumbweg abgelehnt. Eine allgemeine Organisation der Textilarbeiternehmer giebt es aber nicht. Die im Streik ver-harrenden Arbeiter müßten also jedenfalls mit den einzelnen Unter-nehmern verhandeln, während die Vereinfachung der Tarife ein Hauptzweck der ganzen Bewegung war.

In Hazebrouck hat der Streik mit einem vollen Erfolge geendet. In den vier Betrieben der Stadt ist bereits jetzt der Jehniundentag eingeführt worden, und zwar mit einer ent-sprechenden Erhöhung des Lohns.

In Angers, wo die Weber — unabhängig von der nördlichen Bewegung — seit drei Wochen kämpften, hat der Streik mit einem für die Arbeiter vorteilhaften Ausgange geendet. Die Lohnprämie wurde dem regelmäßigen Lohn einverleibt und der Unternehmer hat sich u. a. vertagungsmäßig verpflichtet, im April 1904, bei Ein-führung des Jehniundentages, den Tarif mindestens so weit zu er-höhen, daß keine Lohnherabsetzung eintritt.

Spanien.

Republikanisch-kerikale Zusammenstöße. Aus Bilbao wird gemeldet:

Am Sonntag wurde hier eine republikanische Ver-sammlung abgehalten, an der etwa 2000 Personen teilnahmen. Die Teilnehmer veranfaßten alsdann eine Kundgebung und schlugen die Fenster des Hauses, in welchem die kerikale Zeitung „Gaceta del Norte“ erscheint, ein. Die Gendarmen war gezwungen, vorzugehen.

Bei der gestrigen Kundgebung wurden gegen mehrere mit religiösen Inschriften versehene Häuser Steine geschleudert. Die Gendarmerie wurde bei ihrem Einschreiten mit Steinwürfen empfangen. — Der „Epoca“ zufolge wurden bei einem Zusammen-stoß mit einem Pilgerzuge drei Menschen getötet und 20 verwundet.

Bei den gestrigen Unruhen wurden vier Gendarmen und ein Offizier verwundet. Es wurden 14 Verhaftungen vorgenommen. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

England.

Marquis Salisbury ist zum Lord-Beheim-Siegelbewahrer ernannt worden und wird Mitglied des Kabinetts, welches nunmehr aus 19 Mitgliedern besteht. Dieses Amt hatte im Jahre 1900 der verstorbene Lord Salisbury und hierauf Valfour inne.

Es heißt ferner, daß folgende Ernennungen erfolgt seien: Preim-man zum Admiraltätssekretär, Kapitän Lee zum Civil-Lord der Admiraltät, Brownlow Davenport zum Finanzsekretär im Kriegsamt, Lord Balcarras zum Schatzlord und Marquis Hamilton zum Hof-Schatzmeister. Hier von diesen Ernennungen machen Ergänzungs-wahlen zum Parlament nötig.

Rußland.

Keine Notwehr gestattet. Daß der Regierung die Selbstverteidigung der Juden, wie sie in Hommel organisiert war und auch einigen Schutz gegen die Demoskraten bot, nicht angenehm ist, weil diese gegen ja in ihrem Sinne sind, zeigt die Thatsache, daß die Juden

in Hommel, die sich mit der Waffe verteidigt haben, vor das Kriegsgericht gestellt werden sollen, weil sie angeblich dem Militär Widerstand geleistet hätten. Den neuesten Nachrichten zufolge sind in Hommel im ganzen 700 Häuser zerstört worden. Gestört sind neun Juden und sieben Christen, die Zahl der Verwundeten ist sehr groß. Die meisten Verletzungen rühren von dem Bajonett und den Gewehrkolben her.

Landtagswahl.

„Freisinn und Socialdemokratie vor den preussischen Landtagswahlen 1903. Eine statistische Untersuchung auf Grundlage amtlichen Altematerials von Statistiscus“ nennt sich eine Arbeit von D. S. Hermann erschienen in der Preussischen Zeitung. Der Verfasser untersucht auf Grund des freilich sehr dürftigen amtlichen Materials zunächst die Verhältnisse in den Kreisen, die bisher freisinnig vertreten sind — 21 Wahlkreise mit 80 Mandaten. In einer Reihe von ihnen dürfte die Wiederwahl der Freisinnigen auch nach der Ansicht des offenbar freisinnigen „Statistiscus“ von der Haltung der Socialdemokratie abhängen, namentlich in Königsberg, Posen, Lauban-Görlitz, Kiel, Hagen-Schwelm, Wiesbaden, Frankfurt a. M. Weiter bespricht er die Lage in 37 Kreisen, deren 70 Mandate leider in konserverativen, bereinzelt in nationalliberalen Händen sind, wo aber seiner Ansicht nach Erfolge für die Freisinnigen zu erzielen sind; bis auf einen von ihnen sind dabei überall die Freisinnigen auf die Unterstützung durch die Socialdemokratie angewiesen.

Von besonderem Interesse für uns sind einige Zahlenangaben, die uns bisher nicht zugänglich waren.

In Brandenburg-Westhavelland-Rauch-Bezirk wurden bei den Wahlen 1888 abgegeben 2145 liberale, 3125 konserverative, 3542 socialdemokratische Stimmen. Dabei war eine lebhaftere Beteiligung der Socialdemokratie wesentlich nur in Brandenburg und Rathenow zu verzeichnen. In Brandenburg war die Beteiligung in der dritten Klasse auf 45,6 Proz. gestiegen; hier trat der bei preussischen Landtagswahlen wohl noch nie dagewesene Fall ein, daß die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse größer war als in der zweiten Klasse (40,8 Proz.) ein deutlicher Hinweis für uns dortigen Genossen, daß es wesentlich auch auf die Arbeit in der zweiten Klasse ankommt. In Westhavelland war die Beteiligung weit schwächer, in Rauch-Bezirk unter 10 Proz. In Altona wurden bei den Wahlen 1898 abgegeben: 172 Stimmen für den Freisinn, 2055 für das Kartell, 3482 für die Socialdemokratie!

Dabei waren die Socialdemokraten offenbar noch nicht mit voller Macht ins Zeug gegangen, betrug doch die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse nur 22,2 Proz. der Berechtigten.

In Brandenburg wurden bekanntlich bei der Abgeordnetenwahl drei konserverative gewählt, in Altona der Kartellkandidat. Schon 1898 zeigte es sich also in diesen beiden Kreisen, daß die Partei leer ausging, die selbst bei der öffentlichen Wahl trotz der weiteren Schwierigkeiten, die gerade ihren Anhängern in den Weg gelegt sind, die meisten Wähler an den Wahltisch führte; hatten doch die Socialdemokraten in Altona sogar weit mehr Stimmen als die Gegenparteien zusammen — 55 Proz. der abgegebenen aufgebracht! Es muß unser Ziel sein, die Wahlbeteiligung des Wahlsystems bei den bevorstehenden Wahlen mit möglicher Deutlichkeit an möglichst vielen Orten zu zeigen.

Unabhängige Wahlmänner. Jetzt endlich heißt es auch in der „Freisinnigen Zeitung“: „Die Freisinnige Volkspartei hat unter allen Umständen ein Interesse daran, unabhängige Wahlmännkandidaten aufzustellen“, d. h. in dem Zusammenhang der Notiz: solche Wahlmänner, die gegebenenfalls auch für einen Socialdemokraten neben ihrem eignen Kandidaten stimmen können. Die freisinnige Parteileitung wird gut thun, diesen Gedanken mit aller Energie in den in Betracht kommenden Wahlkreisen zur Geltung zu bringen. Als Dr. Barth seine Uebereinstimmung mit unsrer, eigentlich selbstverständlichen Forderung aussprach, schrieb die „Dresdener Zeitung“ (Nr. 589) an hervorragender Stelle:

„Die liebe Einfalt mag sich nun sagen lassen, daß das z. B. hier in Breslau bei etwa 1500 Wahlmännkandidaten, die wir etwa in Zukunft haben werden, vielleicht im günstigsten Falle bei 800—900 so gehen mag. Die übrigen Bezirke dann aber zu besetzen, ist schließlich ein Gesetz der Not, und wer da bei jedem einzelnen noch erst ein peinliches politisches Examen anstellen wollte, der würde sehr bald Erfahrungen machen, die ihm nicht lieb sein würden. Dabei kommt noch hinzu, daß ganze große Kategorien von Wahlmännkandidaten, die von größter Bedeutung sind, einfach ausscheiden würden, wenn ihnen eine solche Bedingung gestellt würde. Ich nenne hier als Beispiel nur den gesamten Stand der Volksschullehrer.“

Den letzten Satz empfehlen wir der besonderen Berücksichtigung der Lehrerschaft; er enthält entweder eine unerhörte Beschimpfung für sie, oder zeigt — wenn die Behauptung wahr ist, daß Lehrer als liberale Wahlmänner nicht einmal neben zwei Liberalen einen Socialdemokraten wählen dürfen —, wohin es in Preußen mit der Abhängigkeit der Lehrer gekommen ist. Auf alle Fälle haben die Freisinnigen gerade in Breslau jede Veranlassung, unsrer Forderung nachzukommen — haben doch die Landtagswahlen von 1898 gerade in Breslau bewiesen, wie gerechtfertigt und wie notwendig unsre Forderung ist.

Aus Industrie und Handel.

In der Zuckerindustrie sind in letzter Zeit die feindseligen Brüder recht arg aufeinander geplagt. Die landwirtschaftlichen Rohzucker-Produzenten eifern gegen die Verarbeitungs-Industrie der Raffinerien, weil diese auf die Preise des Rohzuckers drückt und die Preisspannung zwischen rohem und raffinierter Ware in einer Höhe aufrecht erhält, daß sie ungefähr doppelt so viel beträgt, als die durchschnittlichen Raffinationskosten. In diesem schönen Gewinn hätten sich zu gern auch die Rohzuckerproduzenten ihren Anteil gehabt. Thatsächlich forderte denn auch kürzlich das Intelligenzblatt der Bauernbündler, die „Deutsche Tageszeitung“, die landwirtschaftlichen Zuckerproduzenten auf, doch selbst die Raffination in die Hand zu nehmen und durch Errichtung eigener Raffinerien sich von der Ausbeutung der Raffineure freizumachen.

Aber auch die Zucker-Großhändler haben Profitsehnen. Der Verkaufsverein reguliert nämlich seine Preisstellungen nach den Weltmarktpreisen und sichert sich teilweise gegen Verluste aus diesen Preisfluktuationen durch entsprechende Verkaufs- und Kaufläufe am Terminmarkt. Den Großhändlern passen aber diese Heraus- und Herabsetzungen nicht. Dagegen, daß dann, wenn sie sich verfortigt haben, der Verkaufsverein die Preise heraufsetzt, haben sie natürlich nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß er die Preise, wenn sie auf Lager gekauft haben, nachträglich herabsetzt, da sie dann den Detailhändlern gegenüber ebenfalls mit ihren Preisen herabgeben müssen. Der Ausweg, gleichfalls durch Terminverkäufe eine gewisse Ausgleichung herbeizuführen, scheitert daran, daß die meisten der Zucker-Großhändler nicht so große Posten wirtlichen Zuckers kaufen, um ohne allzu großes Risiko am Terminmarkt 500 Tsd. in blanco verkaufen zu können, und kleinere Mengen werden dort nicht gehandelt. Die Großhändler verlangen also, daß ihnen der Verkaufsverein gewisse Garantien gegen Preisherabsetzungen bieten soll, worauf dieser sich natürlich nicht einlassen will. Ein famoses Bild aus der Harmonie der besten aller Wirtschaftssysteme.

Der Deutsche im Bergbau. Die in England immer mehr zum Durchbruch kommende Ansicht, daß Handel und Industrie in Großbritannien während der letzten beiden Jahrzehnte nicht in gleicher Weise fortgeschritten sind, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland, und allmählich das Inselreich von diesen beiden Rivalen aus seiner beherrschenden wirtschaftlichen Nachstellung verdrängt werden könnte, hat in letzter Zeit die englische Presse veranlaßt, sich eingehend mit den industriellen Verhältnissen in Deutschland zu beschäftigen. Seit einigen Wochen bringen die „Times“ umfangreiche Artikel aus Deutschland, in denen die industriellen und kommerziellen Einrichtungen, die Fabrikationsweise, die Arbeiterverhältnisse, das Wohnungswesen usw. in den be-

deutendsten rheinländischen, westfälischen und sächsischen Industriebezirken geschildert werden — vielfach mit Sachkenntnis und einer gewissen Objektivität. Aber auch andre englische Blätter schenken seit einiger Zeit der industriellen Entwicklung Deutschlands erhöhte Aufmerksamkeit, darunter der Londoner „Economist“.

Interessant ist es, dabei zu beobachten, daß, während einerseits beim Vergleich das Zurückbleiben Englands und der Einfluß der deutschen Fachschulen meist weit überschätzt wird, andererseits die „angelsächsische Klasse“ als die erste der Welt gepriesen und ihr eine Energie, Einsicht und Unternehmungslust zugeschrieben wird, welche die aller andern Nationen übertrifft. Die alte in England allgemein verbreitete Ansicht, daß die frühzeitige kommerzielle und industrielle Entwicklung Großbritanniens nur die Folge einer ganz besonderen Befähigung der angelsächsischen Rasse ist, nicht etwa des Zusammenstreffens einer Reihe günstiger historischer Umstände, tritt immer wieder in den Ausführungen hervor und veranlaßt die englischen Schriftsteller, das erfolgreiche Erscheinen Deutschlands auf dem Weltmarkt nicht als einen natürlichen Vorgang, als die Folge besonderer deutscher Einrichtungen aufzufassen, der Schulhöle, des Fachschulwesens, der deutschen Universitäten, des militärischen Drills usw.; Einrichtungen, die England nur bei sich einzuführen braucht, um noch viel größere Erfolge zu erlangen.

Aus diesem Geiste heraus ist auch ein Artikel des „Economist“, betitelt „Der Deutsche im Bergbau“, geschrieben, dem wir folgendes entnehmen:

„Wenn der Brit fragt, warum sein Volk von der deutschen Ration geholt wird, so erhält er zur Antwort, die Ursache des Hasses sei Eifersucht. Die Deutschen sind bis zu einem gewissen Grad eifersüchtig auf unser Reichthum und unser Prestige, aber noch mehr auf unsern Besitz so vieler reicher Ländergebiete... Nehmen wir z. B. den Goldbergbau. Dieser gehört zu einem der wertvollsten angelsächsischen Aftiva. Die jährliche Goldausbeute beläuft sich jetzt auf ungefähr 70 Millionen Pfund Sterling. Davon sind neun Zehntel in angelsächsischen Händen. Das britische Reich produziert 60 Proz., die Vereinigten Staaten 25 Proz., zusammen 85 Proz. der gesamten Goldausbeute. Gold ist aber eines der am meisten verbreiteten Metalle. Es findet sich in löhrenden Quantitäten nahezu überall, aber es scheint, daß nur die englisch sprechenden Völker die Fähigkeit und die Energie haben, es aus Tageelicht zu bringen.“

Der Schreiber meint, die Deutschen hätten bereits in ihren Kolonien einen bedeutenden Mineralreichtum; technische Fertigkeit, Kapital und Energie hätten sie auch, aber es fehle ihnen die Unternehmungslust. Sie gehen deshalb in britische Kolonien, wo sie ohne Zweifel erfolgreich sind; aber nur weil die Angelsachsen durch energische Initiative die Länder erschlossen haben.

Aus der Raff-Industrie. Die Beschäftigung der Raff-Industrie läßt, wie der „Altonaer Bz.“ berichtet wird, gegen das Vorjahr nicht viel zu wünschen übrig. Die meisten Werke sind zum Teil ganz oder drei Viertel voll beschäftigt, was auf den Aufschwung in der Industrie im allgemeinen, auf die gesteigerte Bauthätigkeit im besonderen zurückzuführen sein dürfte. Dagegen ist die geldliche Lage des Marktes recht schlecht, die Preise sind gegen das Vorjahr ganz bedeutend herabgegangen, wie dies denn auch nach der Auflösung des „Verkaufsvereins westfälischer Raffwerke“ zu Anfang dieses Jahres nicht anders zu erwarten ist. Unter diesem Preisdruck leiden besonders die kleinen Unternehmen. Mancher Kalkofenbesitzer wird sich wohl nach einer neuen Vereinigung sehnen, wovon ja auch das Einverständnis der meisten Beteiligten mit den in einer der letzten Sitzungen der Vertrauenskommission festgelegten Anteilsgewinn Zeugnis abgibt. Ein Aufschwung zum Besseren in der westfälischen Raff-Industrie kann nur durch die Gründung eines neuen Verkaufsvereins herbeigeführt werden. Bis jetzt ist noch nichts über das Endergebnis der Verhandlungen bekannt geworden.

Die Baumwollkrise in England. Die Ausweise des Handelsamtes für den Monat September zeigen einen bedeutenden Rückgang in der Ausfuhr von Baumwollwaren. An Baumwollstoffen wurden im September der letzten drei Jahre ausgeführt:

1903	372 429 800 Yards
1902	422 584 800
1901	442 300 100

Die Abnahme betrifft hauptsächlich Indien, Japan, die Türkei und Marokko.

An Baumwollgarn wurde im September der letzten drei Jahre ausgeführt:

1903	9 580 000 Pfund
1902	14 471 000
1901	18 844 000

In den Spinnereien von Lancashire wurde in den letzten drei Monaten nur unregelmäßig gearbeitet. Die meisten Fabriken arbeiteten nur 40 Stunden wöchentlich.

Zur wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika wird uns aus New York geschrieben:

„Die Aktien des Stahltrucks haben noch immer eine fallende Tendenz“. Der Stand der gewöhnlichen ist jetzt 15 Proz., und obwohl bisher noch prompt 4 Proz. Dividende auf dieselben gezahlt wurden, finden sich nur schwer Käufer dafür. Daß der Trust nicht selbst die „günstige Gelegenheit“ benützt, um sich für billiges Geld (1901 fanden diese Aktien auf 55) in den Besitz der Aktien zu bringen, läßt annehmen, daß dessen leitende Geshier nicht daran glauben, daß das Dividendenzahlen fortgesetzt werden kann. — Von den zum Stahltrucks gehörenden Gesellschaften haben schon mehrere ihre Werke geschlossen oder die Arbeitszeit herabgesetzt. Die Am. Tin (Meth) Co. hat ihr Werk zu Shenango Pa., das größte der Welt, auf einen Monat außer Betrieb gesetzt, angeblich zur Vornahme von Reparaturen. Die Pencond Eisenwerke in Philadelphia, ein Zweig der Am. Eisenbau Co., werden nächste Woche, mit Ausnahme des Departements für Brückenbau-Material, geschlossen, und zwar bis zum 1. Januar. Von deren 3000 Arbeitern sind bisher 100 „abgelegt“ worden.

Auch in andern Industriezweigen fängt es an, mit der „Prosperität“ zu hupern; so hat die „General Electric Co.“ von den in ihren zu Dyan Mass. gelegenen Werken beschäftigten Arbeitern 1500 entlassen, und zwar wird ebenfalls als Grund „Uebersproduktion“ angegeben.

Inzwischen hat, wie wir schon mitteilten, die Leitung des Stahltrucks beschlossen, daß die bisherige Dividende auf die Hälfte herabgesetzt wird und die Inhaber von Stammaktien (Common shares) für das letzte Quartal nur noch 1/2 Proz. erhalten. Ferner werden neue Betriebsbedingungen gemeldet, so hat z. B. die Ladawanna Iron u. Steel Co. an 3000 Arbeiter entlassen, und auch die obengenannte Pencond Iron Works haben weitere Produktions-Einschränkungen vorgenommen, so daß zur Zeit über 2000 Arbeiter dieser Gesellschaft feiern.

Verfammlungen.

Protest gegen die hohen Strafen, welche die Polizei gegen Kutscher verhängt.

Am Sonntag veranstaltete der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter eine Kutscher-Verfammlng, in der Berner unter andern ausführte: Je mehr der Strafverwehr in Berlin zunahm, desto gefährlicher und verantwortungsloser wurde der Beruf der Kutscher. Besonders ist die fortgesetzte Ausdehnung und Verneuerung des Straßennahverkehrs für die Kutscher eine Ursache zu Zusammenstößen und Verfammlungen geworden, woran die bestrafte Kutscher oft ganz unschuldig waren. Eine besondere Härte war es, als mit der Einführung des elektrischen Betriebes im Straßennahverkehr auf diesen das Kleinbahngefege angewandt und selbst die unbedeutendsten Zusammenstöße eines Fußwerkes, die sonst durch polizeiliche Geldstrafen geahndet wurden, vor die Strafkammern kamen und zu schweren Verurteilungen der betreffenden Kutscher führten. In dieser Hinsicht scheint es in neuerer Zeit besser geworden zu sein. Die Kutscher werden nicht

mehr so häufig vor den Strafrichter gestellt, die Polizei verhängt in den meisten Fällen die Strafen, die jetzt aber eine ungewöhnliche, der Bedeutung der bestrafte Handlungen durchaus nicht entsprechende Höhe erreichen. Einfache Uebertretungen der für den Fahrverkehr geltenden Polizeiverordnungen, die sonst mit Strafen von 3—6 M. belegt wurden, werden jetzt mit 20, 30, 40 M. für jeden Fall bestraft. Da der durchschnittliche Wochenlohn eines Kutschers 22—23 M. beträgt, so kann er natürlich so hohe Geldstrafen nicht bezahlen. Er muß also für je 5 M. einen Tag Haft oder Gefängnis abmachen. Das ist aber für den Kutscher, der 5, 6 oder 8 Tage abhört, gleichbedeutend mit dem Verlust seiner Arbeitsteile, die in der Zeit natürlich durch einen andern besetzt worden ist. Redner hat erfahren, daß der Polizeipräsident v. Borries durch Festsetzung der ungewöhnlich hohen Strafen die Kutscher „bessern“, sie zu größerer Achtsamkeit veranlassen und dadurch die Verkehrssicherheit heben will. Eine derartige „Besserung“ kann durch das geschärfte Strafsystem nicht erreicht werden, deshalb würden die Kutscher ganz entschieden dagegen protestieren. Eine größere Sicherheit des Verkehrs könne aber wohl durch andre Mittel erreicht werden, nämlich dadurch, daß nicht, wie wir es erst kürzlich beim Streit der Omnibusangestellten gesehen haben, junge, ort- und verkehrsunkundige Leute ohne weiteres als Kutscher in den Straßen vertrieben werden dürfen, und dann, daß die Kutscher in einer Fachschule für ihren Beruf sachgemäß ausgebildet werden. — In der lebhaften Diskussion wurde eine große Reihe von Einzelfällen angeführt, welche zeigen, daß für ganz geringe Vergehen von Kutschern unerbittlich hohe Strafen verhängt worden sind. So sind der Organisation der Dresdener Kutscher von 51 Kollegen Mitteilungen zugegangen, wonach diese 51 in 2 Monaten (Mitte April bis Mitte Juni) insgesamt 1006 M. Geldstrafe oder 225 Tage Haft zubüßert erhielten. Einer derselben erhielt in einer Woche 3 Strafen von zusammen 95 M. oder 19 Tagen Haft. Ein anderer hatte für 2 Fälle in einer Woche 60 M. zu zahlen, wieder andre bis zu 60 M. in einer Woche. Dabei handelt es sich oft um Anzeigen, von denen der Kutscher erst durch die Strafverfügung etwas erfährt. Wird gerichtliche Entscheidung beantragt, so ist fast immer das Zeugnis des Schyrmannes, der die Anzeige gemacht hat, ausschlaggebend. Oft handelt es sich ja nur darum, ob der Kutscher zu schnell oder zu langsam, zu weit rechts oder zu weit links, ob er mit einem zu grohen oder zu kleinen Wogen um die Ecke gefahren ist, und dergleichen. Es hängt also ganz von der Ansicht des Schyrmannes ab, ob das Verhalten des Kutschers als strafbar angesehen wird oder nicht, und der Kutscher ist fast immer der Verurteilung sicher.

Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung sieht in den in der letzten Zeit über einen großen Teil ihrer Kollegen verhängten hohen Geldstrafen (10 bis 40 M.) seitens der Polizei eine Härte, welche zu den meist geringfügigen Vergehen in gar keinem Verhältnis steht. Bei dem sich immer mehr steigenden Verkehr in den Straßen Berlins ist es für einen Kutscher unmöglich, allen in Frage kommenden polizeilichen Bestimmungen die nötige Beachtung zu schenken. Dies ist darauf zurückzuführen, daß bei der in den Fuhrwerkbetrieben und im Verkehrsgewerbe überhaupt herrschenden langen Arbeitszeit (14—18 Stunden täglich) den Kutschern resp. Wagenführern nicht genügend Zeit zum Studium der diesbezüglichen umfangreichen polizeilichen Bestimmungen übrig bleibt. Die Versammelten sehen in diesen hohen Geldstrafen, welche nebenbei bemerkt bei ihrem geringen Einkommen gar nicht zu ersühnen sind, eine drakonische Maßnahme, durch welche sie und ihre Familien in eine bittere Notlage veretzt werden, nicht aber eine qualitative Besserung der Kutscher, da andererseits böser Wille nicht vorliegt. — Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß eine höhere Verkehrssicherheit nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß seitens des kgl. Polizeipräsidiums dafür Sorge getragen wird, daß des Fahrens unkundige Leute nicht mehr in so großer Zahl wie bisher als Kutscher zugelassen werden. Durch deren ungeschicktes Fahren werden alte erfahrene Kutscher nur in Mitleidenschaft gezogen. — Die Versammelten fordern, daß seitens der maßgebenden Instanzen für eine genügende sachmännliche Ausbildung der Kutscher aller Branchen Sorge getragen wird und empfehlen zu diesem Zweck die Errichtung einer städtischen Fahr- und Fachschule, deren Leitung einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berufes gebildeten Aufsichtskommission unterstellt wird.

Steglich. Die letzte Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins ebte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossen Reiling-Schöneberg und Britzmann-Steglich. Hierauf sprach Genosse Grünwald-Friedenau über den preussischen Landtag. Einleitend schilderte Redner den, wenn auch nicht offen zu Tage liegenden, so doch unlegbar bestehenden Zusammenhang zwischen Reichs- und Landesregierung durch den Bundesrat, der ja bekanntlich aus Vertretern der einzelnen Bundesstaaten besteht, und die dadurch als Reichsangehörige drohende Gefahr reaktionärer Geshiermacherei, wie dies schon bei verschiedenen Gelegenheiten zu Tage getreten ist, wo mit Hilfe der Landesgesetzgebung versucht wurde das zu erreichen, was im Reichstage nicht möglich war. Dann ging der Vortragende ausführlich auf die Gebiete ein, welche der gesetzlichen Regelung durch den Landtag unterliegen, als da sind: Volksschule, Justiz, Polizei, Kirche, Koalitionsrecht, Gewerkschaft, Vereins- und Versammlungsrecht usw., und kam zu dem Schluß, daß die auf allen diesen Gebieten in Preußen unumschränkt herrschende Reaktion für die Socialdemokratie Grund genug sei, um endlich einmal selbst unter dem elenden Klassenwahlsystem den Versuch zu machen, in den Landtag einzubringen, um auch dort die Forderungen der Arbeiterschaft zu vertreten. Bei der diesmaligen Wahl handelt es sich jedoch weniger um die Erringung zahlreicher Mandate, als in erster Linie um einen Kampf gegen das Klassenwahlrecht, der mit aller Macht geführt werden müsse; an Agitationsmaterial fehle es in Preußen nicht. In der Diskussion wurde u. a. die verdächtige Bekanntmachung betr. Auslegung der Wählerlisten gerügt; vom 5. bis 7. d. M. lagen die Listen aus, jedoch erschien erst am Abend des 5. Oktober die Bekanntmachung in den Zeitungen, und auch die Säulenansätze erfolgten erst an diesem Tage. Es wurde empfohlen, diese Thatsache eventuell als Wahlprotest zu benutzen. Festgenagelt wurde die Richtigkeit des „Steglicher Anzeigers“, welcher in einer Anrempelung des „Vorwärts“ die Behauptung aufstellte, daß ihm das Manuscript der betreffenden Bekanntmachung bereits am 3. Oktober zugegangen sei, jedoch aus technischen Gründen erst am 5. veröffentlicht werden konnte. Das Mäthchen scheint übersehen zu haben, daß die Bekanntmachung vom 5. datiert ist. — Nachdem Lessing über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins berichtet hatte, gab Haberland den Kassenbericht und Odhn denjenigen über die Bibliothek. Die Einnahmen betrugen 768,50 M., die Ausgaben 767,88 M.; an den Centralverein wurden 297,45 M. abgeführt. Dem Rechnungsvorstand wurde Decharge erteilt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 12. Oktober. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Budapest: Für die Stimmung der Opposition ist bezeichnend, daß der Abgeordnete Barabas bei der gestrigen Rakoczy-Feier sagte: Wir werden ein Ungarn begründen, welches keinen andern Herrscher als den Gott der Magyaren anerkennt.

London, 12. Oktober. (B. L. Z.) Dem „Reuterschen Bureau“ geht die Mitteilung zu, daß verschiedene Mächte, die vertragliche Rechte mit China haben, welche ihre Position und die ihrer Staatsangehörigen in China (einschließlich der Mandchurien) betreffen, fordern würden, daß, was für Abmachungen auch im Hinblick auf die chinesischen Regierung treffen werde, diese Rechte ungeschmälert aufrechterhalten bleiben. Wenn dies geschehe, so sei es als wahrscheinlich zu betrachten, daß weder Japan noch eine andre Macht geneigt sein werde, Rußlands Wunsch, seine Sonderinteressen in der Mandchurien sicherzustellen, zu durchkreuzen, oder den Frieden im fernem Osten zu bedrohen.

Nach dem Parteitage.

Die „Münchener Post“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer unter der Überschrift „Berlin und Dresden“ mit Webers Rede im zweiten Berliner Wahlkreis und stellt in einigen Punkten Vergleichen zwischen dieser Rede und Webers Rede in Dresden an. In der Verurteilung Webers auf die „Münchener Zeitung“ und den „Stadtanzeiger“ der „Kölnischen Zeitung“, deren günstige Urteile über den Parteitag Weibel bekräftigt den Parteitag entgegengehalten hatte, die über den Parteitag ungünstig urteilten, sieht die „Münchener Post“ einen Widerspruch zu sonstigen Äußerungen Weibels, dem jeder Tadel der bürgerlichen Presse eine Wunde, jede Anerkennung von ihr ein Grauel ist. Schlimmer noch erscheint der „Münchener Post“ die „Blühlichkeit“ mit der Weibel — der Antirevisionist — seine Meinung über Harden revidiert. Sie citiert einige besonders starke Stellen aus Weibels Rede über Harden in Dresden und stellt ihr die Stelle aus seiner Berliner Rede gegenüber, in der er sagte, daß er in die Lage kommen werde, sein Urteil über Harden zu revidieren und daß Harden als Zeuge vor das Schiedsgericht geladen werden solle. Dazu schreibt dann das Blatt:

„Die „Gure“ wird jetzt ehrlich, weil sie allerlei geklatscht hat, was dem Reuegericht in den Stram paßt. Der „niederträchtige, feige, gemeine Beschimpfer der Partei“ erhält eine Vorladung als Zeuge und man hofft, daß er die Güte haben wird, zu erscheinen. Ein Hochverratsprozeß gegen eine Anzahl von Genossen mit einem Weibel-offiziell als niederrächtigster Lump Geleitzzeichen als Kronzeugen. Höher geht's nimmer!“

Der Vertrauensmann R. Felber in Fürstentum sendet der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung, worin er mitteilt, daß die Auffstellung Heinrich Brauns als Reichstags-Kandidat mit Wissen des Parteivorstandes erfolgt sei. Felber habe selbst vor der beschließenden Parteikonferenz bei Weibel schriftlich angefragt, ob er gegen Brauns Bedenken habe. Weibel habe darauf geantwortet, er wolle sich jeder Einmischung enthalten, aber das könne er sagen, daß gegen Brauns persönlich nichts vorliege.

Im sozialdemokratischen Verein für den dritten hamburgischen Wahlkreis, District Hohenfelde, berichtete Stubbe und kritisierte dabei auch die Berichterstattung des „Armen Teufel“, der von Brauns und Edmund Fischers Rede spaltenlang, von Kautsky nur drei Zeilen und von Weibel nur in einer Schlussbemerkung berichtet habe. Mehrere Redner erklärten ihre Zustimmung zu den Verhandlungen des Parteitages und dies that dann auch die Versammlung durch einstimmigen Beschluß.

In Mainz wurden am Sonntag die Verhandlungen zu Ende geführt. Ein Bericht liegt noch nicht vor, doch geht uns die einstimmig angenommene Resolution zu, welche lautet:

„Die Versammlung ist von dem Ergebnis des Parteitages nicht befriedigt. Sie hat von demselben mehr und besseres erwartet, als die unfruchtbare, von persönlicher Leidenschaftlichkeit getragene Litteratendebatte. Die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern hätte mit weniger Lärm und mehr Erfolg erledigt werden können.“

Die Versammlung mißbilligt auf das entschiedenste die Art und Weise, mit der einzelne Genossen sich das Recht anmaßten, über ganze Parteigenossenschaften sich als Richter aufzuspielen und sie grundlos zu beschimpfen.

Die Verhandlungen des Parteitages haben erwiesen, daß die in der Resolution betreffend die Taktik enthaltenen Anlagen gegen Bestrebungen innerhalb der Partei, welche dahin zielen sollen, die Partei vom Boden des Klassenkampfes abzudrängen und sie zu einer bürgerlichen Reformpartei umzugestalten, zwecks erhoben sind, da solche Bestrebungen in der Partei nicht existieren.

Die Versammlung verpflichtet sich, trotz allen Stürmen, welche die Partei von außen und innen umbrauen, getreu den Grundanschauungen derselben, nach wie vor energisch für die Befreiung des Proletariats aus politischer und ökonomischer Knechtschaft zu kämpfen.“

Von einer Agitationstour Adolf Hoffmanns im sächsischen Voigtlande geht uns ein Bericht zu. Danach fanden Versammlungen mit dem Thema „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Sozialdemokratie“ statt in Reyschlag, Elsterberg, Auerbach, Lengefeld, Grünbach, Treuen, Pflau, Kirchberg, Willkau und Reichenbach. Besonders die Versammlung für Willkau war eine so wichtige, wie man solche höchstens kurz vor einer Reichstagswahl zu sehen bekommt. Da in Willkau selbst uns kein Lokal zur Verfügung steht, wurde die Versammlung in dem 1/2 Stunde entfernten gelegenen Schützenhause von Cainsdorf abgehalten; die Straße über das Gebirge dorthin bot abends das Bild einer Völkerverwanderung. Der große Saal war Kopf an Kopf bis auf den kleinsten Winkel gefüllt. In allen zehn Versammlungen wurden Resolutionen einstimmig angenommen, welche sich mit den Ausführungen des Referenten und den Beschlüssen des Dresdener Parteitages voll und ganz einverstanden erklärten, entschieden Protest erhoben gegen die revisionistischen Bestrebungen und die Fortführung des Klassenkampfes auf den bisherigen sieggeläuterten Bahnen mit aller Kraft verlangten.

Aus Pforzheim geht uns über die Parteiversammlung vom Sonntag folgender Bericht zu:

Der Delegierte des IX. badischen Kreises, Genosse Hörst-Durlach, erstattete seinen Bericht über den Parteitag in Dresden. Das 1/2stündige Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Mit der Haltung des Delegierten erklärte sich die Versammlung einverstanden. In der zweistündigen, sachlich geführten Debatte sprachen mehrere Genossen recht wirksam gegen den Revisionismus in der Partei und gegen die durchaus unbefriedigende Redaktionsführung unseres Parteiorgans. Es wurde beschlossen, den Willen der Versammlung in zwei Resolutionen niederzulegen. Sie wurden einstimmig angenommen und lauten:

„Die Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Sie ist befriedigt darüber, daß durch den Beschluß über die revisionistischen Bestrebungen eine Klarheit geschaffen ist über den Weg, den die Taktik der Partei zu nehmen hat und erwartet, daß diejenigen Parteimitglieder, welche die Taktik und die theoretischen Grundlagen der Partei einer Revision zu unterziehen für notwendig halten, die Parteitagbeschlüsse, die diese Bestrebungen abweisen, respektieren werden.“

Die Parteigenossen erachten die Schulung der neu gewonnenen Wähler und die Gewinnung der uns noch fernstehenden Schichten als ihre nächsten Aufgaben und hoffen, daß die Partei nunmehr mit aller Kraft den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung weiter führen wird.“

„Die heute im „Livoli“ tagende Parteiversammlung wendet sich entschieden gegen die Art der Redaktionsführung des Parteiorgans „Volksfreund“ und erklärt sich durchaus nicht einverstanden mit der einseitigen Stimmungsmache für revisionistische Bestrebungen, die ein Aufgeben des proletarisch-revolutionären Klassenkampfes zu Gunsten einer schwächlichen Reformpolitik auf dem Boden des heutigen Klassenkampfes zum Ziele haben.“

Die Versammlung erwartet vom Landesvorstand, daß er Mittel und Wege findet, der einseitigen und unobjektiven Redaktionsführung des Karlsruher Parteiorgans Einhalt zu thun und die Redaktionsführung so zu gestalten, daß die Parteigenossen, welche die einseitigen Ansichten Kautsky nicht teilen, für das Organ auch noch zu agitieren vermögen.“

Die Gewerkschaftspresse zum Parteitage.

Dem diesjährigen Parteitage lagen Anträge vor, durch welche die bisherige Form der Maifeier in Frage gestellt war; sie hatten ihren Hintergrund in Verhandlungen, die in mehreren Orten über das Thema gepflogen worden waren. Es wurde ferner auf dem

Parteitage die Frage der Generalkreise erörtert. Beide Fragen gehen besonders die gewerkschaftlichen Organisationen an, beide Fragen werden aber trotzdem in der Gewerkschaftspresse nur von wenigen und auch nur so nebenächlich behandelt, wie es auf dem Parteitag geschehen ist und um es gleich zu sagen: Man wünscht keine Abschwächung der Maifeier, und der Generalkreis zu politischen Zwecken findet, so weit er überhaupt behandelt wird, für die Gegenwart lästige Ablehnung.

Dagegen äußern sich die meisten Gewerkschaftsblätter ausführlich sowohl über den Gesamteindruck des Parteitages wie über die beiden Fragen, die das Hauptinteresse in Anspruch nahmen und da gehen die Urteile je nach Stimmung und Temperament gleichfalls erheblich auseinander. Mehr Übereinstimmung herrscht darüber, daß der Parteitag äußerlich einen unerschütterlichen Eindruck gemacht habe. Dabei fällt allerdings auf, daß über die Festigkeit der Debatten, über die Formen, in denen Differenzen ausgetragen wurden, selbst in solchen Gewerkschaftsblättern Klage laut wird, in deren Spalten man recht drastische Auseinandersetzungen zwischen den Berufsangehörigen finden kann, die auf Differenzen über die Form der Organisation zurückgehen.

Der „Tabakarbeiter“, dessen Urteil sich der „Steinarbeiter“ zu eigen macht, erklärt es für eine „Erscheinung von höchster Wichtigkeit“, daß der Parteitag beschloß, die altbewährte Taktik des Klassenkampfes beizubehalten. Ob die Verhandlungen des Parteitages über diesen Punkt zu breitspurig waren und ob dabei mancher persönliche Angriff unterlaufen ist, der die Verhandlungen zuweilen unerquicklich machte, fällt dabei nicht schwer ins Gewicht. Die Entscheidung selbst ist wichtig und richtig und giebt dem Dresdener Parteitage einen hohen Wert, der in der Geschichte der gesamten Arbeiterbewegung, nicht nur der sozialdemokratischen Partei, immer hervorzuheben wird.“

Die Festigkeit der Debatten in der Taktikfrage erklärt dies Blatt aus Vorgängen in der Reichstagsfraktion, wo es die Vertreter der Dogmängerei gewesen seien, die immer wieder trachteten, die Taktik der Fraktion bzw. der Partei umzuändern.

Der „Grundstein“ (mit ihm der „Stuttarter“) bezeichnet es als unverantwortlich, wenn vereinzelt gesagt werde, der Parteitag sei das Geld nicht wert, das er gekostet habe. Weibel habe der Partei einen großen Dienst erwiesen durch sein Auftreten auf dem Parteitage.

„Der Parteitag hat ohne jede Mißdeutung die Richtungslinie, die an einigen Punkten bedenklich ins Schwanken geraten war, wieder festgelegt. Einigen „Hauptleitern“ und „Häuptlingen“ paßt diese Zurückweisung heute noch nicht; sie werden ihren Extravaganzen aber entsagen müssen, oder sie müssen dauernd außer der Reihe tanzen. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist glücklicherweise so groß und stark, daß sie einige Intelligenzen, ohne große Erschütterung zu verspüren, über Bord werfen kann. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir solche Operationen wünschen; wir hoffen und befürchten auch nicht, daß es soweit kommt. Die momentane Bestimmung wird verschwinden und Revisionisten und Bolschewiken, „Revolutions“ und „Revisionisten“ werden gemeinsam kämpfen gegen die Reaktionskräfte aller Schattierungen.“

Die „Ameise“, Organ des Verbandes der Porzellanarbeiter, billigt gleichfalls die Beschlüsse des Parteitages, ist aber der Meinung, daß trotzdem sachliche Gegensätze zurückbleiben, die keine Diskussion überbrücken können.

Das „Korrespondenzblatt des Verbandes der Tapezierer“ schließt seine Betrachtungen mit dem Satz:

„Abgesehen von dem Akademikerfreit, der einen sehr persönlich, gefälligen Charakter trug, kann man bei objektiver Prüfung der Parteitagverhandlungen doch nur das eine konstatieren, daß die große Mehrheit der Delegierten den, alten, bewährten Grundgedanken treu zu bleiben wünscht, und daß auf jeden Fall den Wünschen, die Partei auf den Weg zu drängen, eine bürgerliche Reformpartei zu werden, ein starker Meißel vorgegeben wurde.“

Das „Korrespondenzblatt des Verbandes der Vergolder“ erklärt, daß ihm Weibel „aus der Seele gesprochen hat, als er sich gegen diejenigen in derben heftigen Worten wandte, welche mehr oder weniger durch ihre ewige Angewiesensei unsere Bewegung verwässern möchten.“

Die „Friseurgehilfen-Zeitung“, aus deren Ausführungen man Zustimmung zu den Beschlüssen herauslesen kann, betrachtet die Resolution 130 zwar als Maßstab der Parteimeinung, kann ihr aber als Beschwörungsformel des Revisionismus nur geringe Bedeutung beimessen. Der Zweck der Resolution kann unseres Erachtens nur erreicht werden durch bessere Aufklärung und Belehrung über die Grundsätze und Ziele der politischen Arbeiterorganisationen. Man muß sich allen Ernstes fragen, ob hierin nicht große Unterlassungsfehler in neuerer Zeit begangen, und die Konsequenzen ziehen.“

Das „Schuhmacher-Fachblatt“, dem sich die „Bildhauer-Zeitung“ anschließt, schreibt:

„Die Debatte über den Revisionismus bot mit Ausnahme der Vicepräsidentenfrage nichts, was wir nicht in Hannover und Lübeck schon wußten, und das Neue daran wäre unserer Meinung nach die Aufschaukelung nicht wert gewesen, dem Parteitag drei Tage Zeit zu nehmen, zumal unschwer vorauszuversagen war, daß die Dinge genau denselben Verlauf nehmen würden als in Hannover und Lübeck, denn die Resolution Weibel-Kautsky-Singer ändert an der Sachlage gar nichts. Je größer die Partei wird, umso mehr werden Personen in die Partei kommen, von denen die einen stürmischer, die anderen ruhiger und bedächtiger das Gleiche erstreben. Das letztere gilt aber nur als Maßstab für die Beurteilung, ob ein Mann noch auf dem Boden der Partei steht. Wir können die Natur nicht korrigieren, und weil wir das nicht können, muß der Stürmer mit dem Pflanzmeister sich vertragen lernen, immer vorausgesetzt, daß beide das Gleiche wollen. Thun sie es nicht, so handelt sie zum Schaden der Partei und dieser Schaden ist um so größer, je einflussreicher der eine oder der andere ist. Hätten einige der Hauptführer vor dem Parteitage darüber ruhig nachgedacht, so wären der Partei diese aufgeregten, häßlichen Szenen erspart geblieben und das Ansehen dieses und jenes hätte keine Einbuße erlitten, wie es geschehen ist. Die Ausrede, daß die Partei so stark und kräftig ist, daß sie ruhig solche Debatten vor der Welt ertragen könne, mag wahr sein, aber es ist doch ein Unsinn, in und mit unsrer Kraft zu wüsten. Auf dem Parteitag fielen die Worte, daß diejenigen, welche sich weder für den Revisionismus noch für den Revisionismus entschieden („der Sumpf“) eigentlich am gefährlichsten seien. Zu diesem „Sumpf“ gehört wohl die große breite Masse der Parteigenossen, und es ist gut, daß dieser „Sumpf“ so groß und breit ist, damit die Brandung haben und drüben nicht gar zu großes Unheil anrichtet. Die ungeheuerere Masse der Arbeiter in der Partei ist weder gewonnen, mit dem Kopfe durch die Wand zu rennen, noch von Fürstenthronen oder der bürgerlichen Gesellschaft ihre natürlichen Rechte zu erbeten oder zu erschleichen. Die „Konkulu“ der Partei waren diesmal schlecht beraten, dem Sieges-Parteitag ein solch häßliches Gepräge zu geben.“

Die „Sattler-Zeitung“ vertritt den Standpunkt, daß Vollmar der einzige gewesen sei, der die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes gewürdigt habe. Der Parteitag habe nichts Positives erreicht.

Der „Zimmerer“ und ebenso der „Vereinsanzeiger der Vereinigung der Maler“ etc. wie auch der „Bauhilfsarbeiter“ legen in ihren Ausführungen das Hauptgewicht darauf, daß man in einer großen Partei nicht nach den Gespinnstheiten einer Seite verfahren, sondern mehr Duldsamkeit gegen Freunde üben solle, die zu gleichem Streben verbunden sind. Das wisse Draufloschauen ist nur ein Beweis geringer Selbstzucht“, sagt der „Zimmerer“, während der „Vereinsanzeiger“ seine Betrachtungen in den Schluß ausfließen

läßt, daß der feste Kitt sozialistischer Überzeugung dennoch trotz aller persönlichen Bitterkeit die Genossen erfreulicherweise zusammenhalte.

Die „Glaser-Zeitung“ übernimmt den Artikel des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“, die „Holzarbeiter-Zeitung“ begnügt sich mit einer referierenden Darstellung.

Der „Korrespondent“ der Buchdrucker hatte eine lange Betrachtung über den Parteitag, die hauptsächlich der wiederholten Rechtfertigung eines nächstern Kurpraktizismus gewidmet war, so eingeleitet:

„Socialisten im wissenschaftlichen Sinne des Wortes sind wir alle, wir müßten denn das heutige Lohnsystem als der wirtschaftlichen Weisheit letzten Schluß betrachten. Die Demokratie, die Herrschaft des Volkes, das gemeinsame Wollen und Handeln, das „Einer für alle und alle für einen“ ist ja der Grundcharakter jeder Arbeiterorganisation und muß der eines Volkes werden, diesem Ziele gilt auch die Arbeit der organisierten Buchdrucker. „Es arbeitet eben jeder an seinem Plaz“, wie Vollmar richtig sagte.

Wenn aber nun wir Buchdrucker nicht dem Beispiele der Sozialorganisierten folgen und uns eine sozialdemokratische Gewerkschaft nennen und im Statute den Passus von der Neutralität nicht entfernen wie die Maurer, so sind heute nicht mehr die Erwägungen eines Einseitens der Polizei maßgebend, und nur in sehr beschwindendem Maße die Zugehörigkeit eines Teils unsrer Kollegen zu anderen Parteien, maßgebend ist für den ersten Fall aus inneren Gründen der Widerspruch zwischen revolutionärer Theorie und evolutionistischer Praktik. Es kann auch heißen „Revisionismus“. Man mag da nun sagen, was man will, dieser Widerspruch wird auch in der sozialdemokratischen Partei täglich größer und er bildet das zum Stehen gebrachte Problem, um das in Dresden die Geister rangen. Eigentlich ist es kein Problem mehr, denn es muß bereits irgendwo und bei irgendwem feste Gestalt gewonnen haben, wenn es bereits vorhanden kann, den revolutionären Theorien sich gegenüberzustellen. Und der Revisionismus ist da, ob ihn gleich zehn Resolutionen Weibel-Singer-Kautsky hinwegzurevolutionieren suchen und ob auch die Redner mit etwas erkünstelter Ironie die Frage stellen: Was ist Revisionismus?“

Partei-Nachrichten.

Der internationale Kongreß in Amsterdam.

Das internationale sozialistische Bureau versendet die Einladung zum nächsten internationalen Kongreß, der vom 14. bis 20. August 1904 in Amsterdam stattfindet. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Sekretariats;
2. Bericht der verschiedenen Nationalitäten;
3. Mandats-Prüfung;
4. Wahl des Bureaus. — Annahme der Tagesordnung für den Kongreß. — Bildung der Gruppen;
5. Allgemeine Regeln der sozialistischen Politik (Sozialistische Partei von Frankreich);
6. Generalkreis (Revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei von Frankreich und sozialdemokratische Partei von Holland);
7. Gewerkschaftsbewegung und Politik (Die Gesellschaft der Fabrier von England);
8. Trunks und Arbeitslosigkeit (Socialistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika);
9. Internationales Schiedsgericht (Unabhängige Arbeiterpartei von England);
10. Kolonialpolitik (Socialdemokratische Föderation von England und Socialdemokratische Partei von Holland);
11. Auswanderung und Einwanderung (Socialistische Partei von Argentinien).

Weitere Vorschläge zur Tagesordnung sind nebst Begründung und eventuellen Resolutionsentwürfen noch vor dem 1. Dezember dieses Jahres einzusenden. Zugleich werden die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftsvereinigungen eingeladen, Berichte über die Bewegung und die Lage der Parteien und Organisationen seit 1900 vor dem 31. Dezember d. J. einzusenden.

Die Berichte sind zu senden an das internationale Sekretariat, Brüssel, 68 Rue Heybaert.

Der Westpreussische Parteitag

tagte am Sonntag in Graudenz. Es wurde folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Die Reichstagswahlen und die politische Lage. 2. Die Landtagswahlen mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Westpreußen. 3. Organisation und Agitation. 4. Presse.

Betreten waren sämtliche Kreise.

Genosse Bartel führte aus, daß die Reichstagswahl bewiesen hat, daß auch in Westpreußen die Sozialdemokratie immer festeren Fuß faßt. Der Kampf sei ein überaus heftiger gewesen, besonders die Centrumparteiler haben bisweilen den Kampf sogar mit dem Knüttel geführt. Da man in der ganzen Provinz nur einige Versammlungsräume zur Verfügung gehabt habe und die Gegner in ihren Versammlungen Sozialdemokraten fast nie zum Wort kommen ließen, so sei die Agitation sehr schwer gewesen. Trotzdem hat die Partei, die im Jahre 1898 über 11 000 Stimmen erhielt, in diesem Jahre 20 000 Stimmen erhalten. Das sei gewiß ein guter Erfolg. Das politische Äußerbrödel sei jetzt die Partei in Westpreußen nicht mehr.

Ueber die Landtagswahlen referierte Genosse Crispian-Königsberg. Er schilderte eingehend die Verhältnisse in Westpreußen. Die Stadt Danzig wird ja zweifellos den Liberalen wieder zufallen. Nun wollen sich die Danziger Genossen nicht an der Wahl beteiligen. Das sei ein großer Fehler, auch ein Verstoß gegen die Parteibeschlüsse, da es für die Danziger Genossen sehr leicht ist, Wahlmänner aufzustellen. Aber wie es scheint, scheuen die Danziger nur die Arbeit. Das darf nicht einreichen, daß solch ein wichtiger Parteipotenzial sich nicht an der Landtagswahl beteiligen will. Im Kreise Elbing-Varisburg hat unsere Partei einigermaßen günstige Aussichten. Sie kann unter Umständen den Ausschlag geben. Sehr günstig liegen die Verhältnisse im Kreise Strassburg. Im Jahre 1898 wurden 105 liberale und 65 politische Wahlmänner gewählt. Hier können einige sozialdemokratische Wahlmänner den Ausschlag geben. Zu wählen sind in diesem Kreise zwei Abgeordnete. Es ist also überaus wichtig, daß wir uns in Westpreußen überall da beteiligen, wo wir Wahlmänner aufstellen können. In vielen Städten kann sich also die Sozialdemokratie beteiligen. Der Redner schlug dann folgende Resolution vor: „Der Westpreussische Parteitag beschließt, daß die Parteigenossen in Westpreußen, entsprechend den Beschlüssen des Mainzer Parteitages und der Berliner Konferenz, in allen Wahlkreisen sich an der Landtagswahl zu beteiligen haben, in welchen die Aufstellung eigener Wahlmänner möglich ist.“

In der darauf folgenden Diskussion, die sehr lebhaft ist, wenden sich ganz besonders die Danziger Delegierten gegen die Ausführungen des Referenten. Sie erklären, daß es ihnen unmöglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, und deshalb können sie sich nicht an den Wahlen beteiligen. Auch die Delegierten des Thornener Kreises erklärten, daß sie sich nicht an den Wahlen beteiligen können. Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen. Zum Punkt Organisation und Agitation referierte Genosse Sellin-Danzig. Er betonte die Schwierigkeiten, die in dieser Provinz der Agitation und ganz besonders der Organisation entgegenstehen. Der Parteitag nimmt einen Antrag an, daß in diesem Jahre 50 000 Kalender für West-

preußen hergestellt werden sollen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß die Agitationskommission nur aus solchen Genossen bestehen soll, die in einem Parteiort zusammenwonen. Auch ein Antrag, nach dem der Wahlkreis Elbing-Marienburg als selbständig zu betrachten sei und nicht mehr abhängig von Danzig sein soll, wurde angenommen.

Als Ort, wo die Agitationskommission ihren Sitz haben soll, wird Danzig bestimmt. Diefem Ort soll es vorbehalten bleiben, die Agitationskommission zu wählen. Dann referierte noch Genosse Marchionini über die Presse. Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Der Bezirkstag der socialdemokratischen Partei für den Regierungsbezirk Merseburg, der am Sonntag in Halle stattfand, war von 27 Delegierten aus 8 Wahlkreisen besucht. Es wurde die Gründung eines Fonds, aus dem politisch Gemahregelte unterstützt werden sollen, beschlossen. Auch der Parteitritt wurde berührt und es wurde bedauert, daß von leitender Stelle gesagt worden ist, es würde in der Partei Komödie gespielt. Es sei nicht angängig, daß jeder, der einmal etwas Neues sage, als Revisionist verächtet werde. Auch nach oben müsse reorganisiert werden. Jetzt sei mehr gefährdet worden als nach dem Erfurter Parteitag.

Gemeindevahlen. In den Gemeinderat zu Langewiesen bei Erfurt wurde unser Genosse Porzellanmaler Friedrich Ed beinahe einstimmig gewählt. Von 188 abgegebenen Stimmen erhielt er 181. Mit Ed zog der zweite Socialdemokrat in den Gemeinderat ein.

Bei der Bürgerauswahl in Altkuhheim in Baden eroberten unsere Genossen die ganze dritte Klasse und auch fünf Sitze der zweiten Klasse. Drei weitere Sitze der zweiten Klasse gingen nur durch das Los verloren. Waren auch sie uns zugefallen, dann befände genau die Hälfte des Bürgerausschusses aus Parteigenossen.

Der Austritt des pensionierten Professors Friedr. Maier in Tübingen aus unserer Partei wird in der bürgerlichen Presse angezeigt. Professor Maier bekennt sich, wie wir in der „Schwäbischen Tagwacht“ lesen, als Anhänger der „Richtung Volkmar“ und giebt als Grund für seinen Austritt die letzten Vorgänge in der Partei an.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aus christlichen Gefilden. Im Juni d. J. während der Wahlbewegung hatten eine Anzahl Genossen aus Krefeld und St. Lönis eine Agitationstour durch den Kreis Kempen in der Nähe der holländischen Grenze unternommen. Auf dieser Tour kamen sie auch an dem Sonntag gegen mittag in das Dorf Amers St. Anton, ein überaus frommtatholischer Ort. Der Ortspfarrer, welcher zufällig mit dem Kirchenchor eine Gesangsprobe abhielt, erhielt nicht so bald Kenntnis von der Anwesenheit der Socialdemokraten, als er auch schon die Bauern animierte, den „fremden“ Eindringlingen einen Denkzettel zu geben. Mit Knütteln und Steinen bewaffnet drangen die aufgehetzten Bauern auf unsere Genossen ein, welche gezwungen waren, das Dorf zu verlassen, nicht ohne einige mehr oder minder schwere Verletzungen davongetragen zu haben. Gegen den Pfarrer und verschiedene seiner Getreuen ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Cleve wegen des Ueberfalls erstattet, doch schwebt die Untersuchung noch, vier unserer Genossen standen aber wegen der Flugblattverteilung in Amers St. Anton dieser Tage vor dem Schöffengericht in Dülmen. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil das Verteilen von Flugblättern nicht als eine Arbeit anzusehen sei, durch welche der Sonntag entheiligt werde. Interessant war, daß der Ortspfarrer, welcher als Zeuge erschienen war, sich einige Belehrungen des Richters mit auf den Weg nehmen mußte. Der Richter mußte den Mann darauf aufmerksam machen, daß er die Bezeichnung der Angeklagten als „rißelhafte Puscheln“ nicht dulden dürfe, und dann ermahnnte er noch weiter den Pfarrer, seinen Gläubigen eine bessere politische Erziehung zu teil werden zu lassen, damit solche Exzesse bei zukünftigen Flugblattverteilungen nicht mehr vorkämen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik der Angestellten im Dressenverlage von Robert Tejmer, Berlin. Im größten Adressenverlage Deutschlands haben am geistreichen Tage die Schreiber die Arbeit niedergelegt. Der Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands hat vergeblich versucht, durch Verhandlungen den bescheidenen Forderungen der Angestellten Anerkennung zu verschaffen. Die Firma lehnte jede Verbesserung des jetzt 8-10 M. pro Woche betragenden Lohnes rundweg ab. Von 161 Angestellten sind 134 in den Streik getreten, darunter Angestellte, die bis zu 12 Jahren im Betriebe thätig waren. Zugang ist fernzuhalten.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen, Bezirk Berlin.

Der Streik und die Aussperrung in der Metallindustrie.

In der Streikversammlung der Metallarbeiter, die gestern vor-mittag tagte, teilte Pawlowitsch mit, daß in den letzten Tagen wieder einige Firmen bewilligt haben. Es gehe also vorwärts, wenn auch langsam, dem Ziel entgegen. Im allgemeinen wäre wenig über den Stand der Bewegung zu berichten und man könnte in Verlegenheit kommen, wenn nicht die Arbeitgeber durch ihre lächerlichen Berichte immer von neuem für Stoff sorgten. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ behauptete in ihrer neuesten Nummer, daß der „Vorwärts“ die Zahl der Aussperrten geistlich immer um einige Tausende zu gering angebe, und stellt dann auf Grund einer Aeußerung Cohens, daß wohl zur Unterstüßung der Streikenden und Aussperrten gegen 80 000 M. pro Woche nötig sein würden, eine ganz verfehlte Berechnung auf, wonach wirklich 8875 Streikende und Aussperrte vorhanden sein müßten. Nun hat Cohen aber, als er jene Aeußerung that, wie der Redner ausführte, infolge der großen Worte der Kühnemanns geglaubt, daß wohl thatsächlich eine Anzahl Aussperrter mehr vorhanden sein müßten, als sich bis dahin gemeldet hatten, und deswegen eine so hohe Summe angegeben. Im übrigen stimmt aber auch die Rechnung der „Arbeitgeber-Zeitung“ insofern nicht, als sie teilweise die Unterstüßungssätze zu niedrig, teilweise zu hoch angelegt haben. Thatsächlich haben die Unterstüßungen für die verlassene Woche nur etwa 60 000 M. erfordert. Wenn von Arbeitgeberseite behauptet wird, viele Aussperrte hätten sich gar nicht beim Metallarbeiter-Verband gemeldet und viele Inorganisierte hätten auf die Unterstüßung verzichtet, so widerspricht das allen Erfahrungen, die man bisher in Arbeiterorganisationen gemacht hat. Gerade die Inorganisierten, die fürs Bahlen nie zu haben waren, sind, wenns Unterstützung giebt, gleich da. In einem neuen Circular der Arbeitgeber-Bereinigung wird übrigens mitgeteilt, daß einschließlich der Streikenden 8479 Arbeiter entlassen worden wären. Der Referent erklärte, daß das entweder eine willkürliche Fälligung des Verfassers des Circulars sei, oder daß die betreffenden Arbeitgeber ihren Vorstehenden geradezu willkürlich falsche Angaben gemacht haben müßten; thatsächlich betrage die Zahl einschließlich der Streikenden nach nicht 6000. Daß, wie weiter in dem Circular behauptet wird, 4 Firmen mit 1200 Arbeitern hinsichtlich des Aussperrungsbeschlusses Diogenes erheit worden sei, möge vielleicht so zu verstehen sein, daß man sie nachträglich dispensiert hat, nachdem sie einfach dem Beschluß nicht Folge leisteten. Uebrigens hätte ja unter andern Firmen auch die Allgemeine Electricitätsgesellschaft oder mindestens ihr Betrieb in der Ackerstraße, wo 5000-6000 Arbeiter tätig sind, und wo die Drücker streikten, aufgesperrt müssen, wäre jener Beschluß wirklich in dem angegebenen Umfang durchgeführt worden. Wie mitgeteilt wird, sollen bei einer Firma die dort beschäftigten Arbeiter, als die zur Ueberwachung der Aussperrung eingesetzte Kommission der Arbeitgeber revidieren kam, auf dem Boden und in den Klosets verstreut worden sein! Sonderbar ist es, daß in dem erwähnten Circular vom 8. Oktober die Arbeitgeber schon angeben, wieviel Unter-

stützung für die Aussperrten ausgezahlt worden ist. Trotzdem die Auszahlung erst am 9. erfolgte. Zu was für Mitteln die Schatzkammer greifen, um die Verlegenheit zu überwinden, die sie offenbar geraten sind, das zeigt auch der Umstand, daß sie nun in ihrem Organ auf den Hirsch-Duncker'schen Gewerkeverein, der bei dieser Bewegung eine durchaus correcte Haltung einnimmt, schimpfen und schreiben, der Gewerkeverein wäre nun vor dem Metallarbeiter-Verband zu Kreuz gekrochen, die feindlichen Brüder hätten sich wieder betrogen. Patschlaglich, Patschlaglich! Diese Worte erlanbt sich die „Arbeitgeber-Zeitung“ gegen die organisierten Arbeiter beider Richtungen. Die „Berliner Neuere Nachrichten“ berichten, daß einem neuereingestellten Arbeiterwilligen in der Metall- und Eisenwarenfabrik von R. Krall, Elisabethufer, folgendes anonyme Schreiben zugeandt worden sei: „Da uns zu Ohren gekommen ist, daß Sie bei der Firma Krall u. Thomas als Streikbrecher hineingegangen sind, so wollen wir Ihnen ans Herz legen, daß Sie die Arbeit bis Sonnabend dort niederlegen, wiedrigenfalls Sie eine unersparliche Tracht Prügel bekommen, denn für Hallunken wird kein Pardon gegeben. Also wenn Sie als gesunder Mensch weiter leben wollen, befolgen Sie unsere Rat, sonst giebt's Oeum ins Gesicht.“ — Der Referent bemerkte hierzu, daß er keinen der Streikenden für so albern halte, ein derartiges Schreiben zu verfassen, wahrscheinlicher sei es, daß von seiten der Gegner versucht werde, hier den Streikenden einen bösen Streich zu spielen. Im übrigen werde ja in jener Notiz auch gesagt, daß wiederum eine Neueinstellung stattgefunden hat, trotzdem es doch den Arbeitgebern von ihrer Organisation verboten ist, während der Aussperrung Arbeiter einzustellen. In verschiedenen bürgerlichen Blättern finden sich eine ganze Reihe von Lügen und Entstellungen, die bestimmt sind, die Thatsache zu verdunkeln, daß die Bewegung einen günstigen Verlauf für die Arbeiter nimmt, und daß die Arbeiter auch das gute Recht auf ihrer Seite haben. — Der Vorgesetzte macht noch darauf aufmerksam, daß offenbar zu betrügerischen Zwecken Sammelisten für die streikenden Metallarbeiter in Umlauf gesetzt worden sind. Wenn eine solche Liste vorgelegt wird, soll sofort die Feststellung des Sammlers veranlassen. Der Metallarbeiter-Verband hat bis jetzt keinerlei Sammelisten für diesen Zweck ausgegeben.

Die Tarifbewegung der Töpferträger. Die Beutler am Sonntag in der Mitgliederversammlung der Töpferträger berichtete, hat der Vorstand der Ofenfeher-Zunng es bis jetzt nicht für nötig erachtet, auf den vor mehr als 8 Wochen eingereichten Tarifentwurf irgend welche Antwort zu erteilen. In der Zunngsversammlung wurde mit einer Geringschätzung darüber hinweggegangen, als wäre die ganze Sache kaum der Beachtung wert. Die Meister sind, so führte der Referent weiter aus, geradezu in Unkenntnis über den eigentlichen Inhalt der Forderungen gehalten worden, so daß sie sich teilweise ganz falsche Vorstellungen davon machen. Der Redner mißbilligte scharf die Haltung der Zunng und brachte folgende Resolution in Vorschlag, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde.

„Die Mitgliederversammlung der Töpferträger Berlins und Umgegend erklät in dem Verhalten des Vorstandes der Ofenfeher-Zunng zum Tarifentwurf der Töpferträger eine in der Handlungsweise. Die Versammlung erwartet, daß die dazu gewählte Lohnkommission nochmals den Vorstand der Zunng auf unsere eingereichten Tarifentwürfe aufmerksam macht, und erwartet ferner, daß beide Körperschaften in gemeinschaftliche Beratung darüber eintreten. Sollte bis zum 22. d. M. keine Antwort erfolgen, so ist bis spätestens zum 28. d. M. eine neue Versammlung einzuberufen, um die weiteren Schritte zu veranlassen.“

Die Versammlung befaßte sich des Weiteren mit der Fensterfrage der Töpferträger. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Töpferträger vom 15. Oktober ab zu verlangen haben, daß auch die Fensterentwurf verglast sind, und nicht nur, wie die Töpfer fordern, die Wohnungsfenster der Bauten, wo sie arbeiten. Bestimmte Beschlüsse sollen zu dieser Frage in der nächsten Versammlung gefaßt werden. Diejenigen Töpferträger, die durch das Vorgehen der Töpfer bezüglich der Fensterfrage in Mitleidenschaft gezogen werden, haben dies sofort ihrer Organisation zu melden.

In dem Streik bei der Firma Schmaling u. Barta nahm eine gut besuchte Versammlung der Stod- und Celluloidarbeiter, zu der auch die Unternehmer der Branche brieflich eingeladen waren, am Sonntag im Gewerkschaftshause Stellung. Der Referent Hildebrandt schilderte ausführlich die Zustände in dem Betriebe der Firma Schmaling u. Barta und dann die Verhältnisse, unter denen die Arbeiter in der jüdischen Kolonie zu Weissenfee beschäftigt werden. Zu dem, was wir bereits in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ veröffentlicht haben, kommt noch hinzu, daß in der Kolonie auch Sonntags und Nachts gearbeitet wird. Es ist festgestellt worden, daß, obwohl das Statut der Kolonie vorrächt, daß Sonnabend und Sonntag gefeiert werden muß, in der Nacht vom letzten Sonnabend bis Sonntag noch in der Zeit von 1-3 Uhr die Fabriksäle hell erleuchtet und die Arbeiter beschäftigt waren. Für diese Nacharbeit soll ein Stundenlohn von 15 Pf. bezahlt werden. Dieser Preis entspricht den übrigen Löhnen, die die Firma Schmaling u. Barta für die in der Kolonie beschäftigten Arbeiter bezahlt und die um 50-80 Proz. niedriger sind, als die Löhne, die von andern Unternehmern in Privatbetrieben bezahlt werden. Welch ungeheure Differenz vorhanden ist, geht daraus hervor, daß z. B. für einen Artikel, für den in Privatbetrieben das Duzend mit einer Mark bezahlt wird und wovon ein tüchtiger Arbeiter höchstens fünf Duzend täglich für 6 M. Lohn anfertigen kann für die Arbeiter in der Kolonie pro Gr. h nur 1,20 M. bezahlt wird, so daß diese Leute, zumal sie ungeübt sind, einen Verdienst von etwa 50 Pf. täglich bei dieser Arbeit erzielen können. Für andre Artikel, für die in Privatbetrieben 1,50-1,80 M. bezahlt wird, ist in der Kolonie der Preis auf 40-60 Pf. festgesetzt. Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß der höchste Tagesverdienst, der bisher erzielt wurde, nur 1,10-1,20 M. beträgt, und der Durchschnittsverdienst mit größtmöglicher Anstrengung und mit Hilfe von Ueberstunden und Sonntagsarbeit nicht höher als 80-90 Pf. ist, wovon 70 Pf. täglich für Beförderung und Logis an die Anstalt zu bezahlen sind. Von den Leuten, die an diese Arbeit nicht gewöhnt sind, wird vielfach über Schmerzen infolge der Ueberanstrengung Klage geführt. Um den Leuten zu beweisen, daß die Arbeit eine sehr leichte ist, wurde ein 5jähriger Knabe, der bisher als Laufbursche beschäftigt war, nach der Kolonie gefandt, um den dortigen Arbeitern das Polieren zu lehren. Gegenwärtig werden 12 Arbeiter von der Firma Schmaling u. Barta in der Kolonie beschäftigt, sie will aber, wie mitgeteilt wurde, im Laufe der Woche noch 25 Arbeiter „laufen“.

In dem Privatbetriebe der Firma selbst sollen ebenfalls überaus niedrige Löhne bezahlt werden und im allgemeinen sehr schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen. Zum Polieren, eine ziemlich gesundheitsfähliche Arbeit, werden junge Mädchen eingestellt, die nur wenige Mark Lohn bekommen. Die Verhandlungen über die Verlegung des Streiks sind bisher resultatlos verlaufen, nachdem die Firma die wesentlichste Forderung der Arbeiter, die Arbeit aus der Kolonie in Weissenfee zurückzuführen und sie einem andern kontrollierbaren Betrieb zu übergeben, abgelehnt hat. Der Streik selbst steht recht günstig, da die Streikenden in jeder Weise tüchtig auf dem Weiten sind und der Firma es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, Arbeitskräfte für ihren Betrieb zu erlangen.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Streikenden gut geheißen und auch denjenigen, die in der Organisation noch nicht vollberechtigt sind, soweit dieselben nicht anderweitig in Arbeit gebracht werden können, ebenfalls eine materielle Unterstüßung zugesichert, die durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden soll. Von allen Rednern wurde das Vorgehen der Firma Schmaling u. Barta einer heftigen Kritik unterzogen und zwar auch von den Fabrikanten, die sich an der Diskussion beteiligten. Diese führten aus, daß eine derartige Schmutzkonzurrenz, wie sie hier betrieben wird, zur größten Schädigung der ganzen Industrie führen kann und folge denn nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Fabrikanten ein erhebliches Interesse daran haben, daß dieser Firma das Handroert

gelegt wird. — In der Weiteren Debatte wurde auch das Verhalten der jüdischen Gemeinde bzw. die Verwaltung der Kolonie lebhaft kritisiert, daß sie die Hand dazu bietet, um den freien Arbeitern die schlimmste Konkurrenz zu schaffen oder sogar um Massen von Streikbrechern zu züchten. Alle Redner drückten zum Ausdruck, daß man nicht die ausgebeuteten, rüstungslosen und vollkommen proletarisierten Arbeiter für ihr Thun verantwortlich machen kann, sondern lediglich die Verwaltung der Kolonie. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die Zustände in diesem sogenannten Wohlthätigkeitsinstitut auch aus politischen Gründen nicht aufrecht erhalten werden können, denn sie wären sehr wohl dazu angethan, dem Antisemitismus — natürlich nicht in Arbeiterkreisen — neuen Fährstoff zu geben. Die für diese Kolonie maßgebenden Faktoren hätten also alle Ursache, für eine entsprechende Aenderung der Verhältnisse Sorge zu tragen. Von einem Redner wurden die geringen Mischstände der Kolonie in einem milderen Licht geschildert und u. a. mitgeteilt, daß die Firma Schmaling u. Barta nur für die ersten 3 Tage 70 Pf., für die weiteren Tage aber 1,20 M. für den Arbeiter zu bezahlen hat. Im übrigen sind aber auch nach den Darstellungen dieses Redners die Zustände noch schlimm genug. So wurde angeführt, daß in der Kolonie von einem Teil der Arbeiter monatlang des Sonntags von 5 Uhr früh bis 10 Uhr gearbeitet worden ist.

Nach Schluß der Diskussion wurde von der Versammlung einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Die am 11. Oktober im Gewerkschaftshause tagende Versammlung der Stod- und Celluloidarbeiter erklät sich nach den Ausführungen des Referenten mit dem Vorgehen der Kollegen bei der Firma Schmaling u. Barta voll und ganz einverstanden. Sie erklät es als Pflicht und im Interesse der gesamten Stodbranche, den Streik mit allen Konsequenzen zu Ende zu führen. Die Versammlung verpflichtet sich, die streikenden Kollegen sowohl in moralischer als auch in materieller Beziehung zu unterstützen. Die Versammlung spricht ihre Bedauern darüber aus, daß von den zu dieser Versammlung eingeladenen Stod- und Celluloidfabrikanten, da doch die gesamte Stod- und Celluloid-Industrie durch das Vorgehen der Firma Schmaling u. Barta auf das schwerste geschädigt wird, diese Einladung so wenig berücksichtigt haben.“

Ausland.

Die Textilarbeiter-Aussperrung zu Vorne in Holland ist beendet. Die Firma hat das Bugehändnis gemacht, daß eine permanente Kommission eingesetzt wird, die mit der Firma über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt. Die Aussperrten werden alle wieder eingestellt; Maßregelungen finden nicht statt. Die Aussperrten haben sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklät und beschloffen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen.

Sociales.

Das Weisenkind.

In dem Orte Drahendorf, zur Gemeinde Krasfa in Kärnten gehöri, hat eine Witwe ein armes, an englischer Krankheit leidendes Weisenkind in Pflege. Das Pflegegeld, das die fürsorgepflichtige Gemeinde Krasfa zahlt, ist außerordentlich gering und deshalb wandte sich die Pflegemutter an die Gemeindeverwaltung mit der Bitte um einen Beitrag zu Kleidern für das Kind. Sie belam darauf folgende Antwort:

Gemeinde Krasfa, 22. September 1908.

An Frau Marie Fischer in Drahendorf!

Der hiesige Gemeinde-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 17. die Ihr Ansuchen um Kleider, Wäsche u. für Josef Berger abschlägig beschieden, weil Berger derart körperlich entwickelt ist, daß er nicht die nötigste Kleidung schon selbst verdienen kann, sonach die Beschaffung dieser Artikel für den Knaben der hiesige Gemeinde-Ausschuß für nicht notwendig befindet.

Der Bürgermeister: Simon Koller.

Das Kind, das nach Ansicht der hiesigen Gemeindeverwaltung im stande sein soll, sich seine Kleider zu verdienen, ist dreieinhalb Jahre alt!

Briefkasten der Redaktion.

W. R. Es war nicht während des Bierbojotts, daß Liebnecht wegen des Beluges der Philharmonie angegriffen wurde, sondern früher. Die Versammlung, in der in Liebnechts Gegenwart diese Angelegenheit zur Sprache kam, tagte am 20. Februar 1891 in der Brauerei Friedrichshain.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnung: 7 Uhr.

W. G. 1. Ihre Ausschließung aus dem Verein kann erfolgen, wenn das Statut solchen Ausschließungsgrund vorseht. Der Ausschluß kann ferner erfolgen, wenn im Statut bestimmt ist, daß der Verein auch nach Ausschließung von Mitgliedern fortbestehen soll und wenn von der Gesamtheit der Mitglieder oder der nach dem Vereinsstatut normierten Zahl von Mitgliedern angenommen wird, der von Ihnen dargelegte Umstand bilde einen wichtigen Grund zur Ausschließung. Erfolgt Ausschließung, so steht Ihnen das Klagerrecht gegen den Verein aus Anerkennung der Mitgliedschaft zu. 2. Eine Beleidigungsklage wäre ausschlößlos: Die betreffenden haben in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. — R. F. in B. 1. Ja. 2. Nein: Darlehen, an Rinderkälber gegeben, sind nur laubar, wenn die Schuld nach erreichter Volljährigkeit anerkannt wird. — W. B. 1875. Die Hypothek bleibt ohne weiteres auf dem Grundstük, auch wenn dessen Besitzer wechselt. Eine neue Eintragung ist also nicht erforderlich. — R. 16. Nach der herrschenden Rechtsprechung können Frauen aus preussischen Orten unter folgenden Umständen ausgewiesen werden: 1. Personen, welche Aufenthaltsgestattungen in einem deutschen Staate auf Grund der für diesen Staat gültigen Gesetzgebung unterworfen sind. 2. Personen, welche wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei in einem deutschen Staate innerhalb der letzten 12 Monate bestrast worden sind. 3. Reizauswanderer, denen nachgewiesen wird, daß sie nicht hinreichende Kräfte besitzen, um sich und ihren nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu verschaffen, und solchen Unterhalt weder aus eigenem Vermögen bestreiten kann noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhält. 4. Personen, die vor Erwerbung des Unterstüßungs-Beholdes Armenunterstüßung aus einem andern Grunde als dem nur vorübergehender Arbeitsunfähigkeit erhalten müssen. 5. Personen, die wegen einer Straftat verurteilt sind, wodurch der Täter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt. Die Praxis des O. S. G. nimmt an, diese Vorschriften sei entgegen der Ansicht vieler Theoretiker noch heute gültig und beziehe sich selbst auf Ueberweisungen, aber das Verwaltungsgericht habe zu entscheiden, ob nicht etwa Polizeistraf für die Ausweisung maßgebend sei, auch könne die Ausweisung nur einem Neuzuziehenden treffen; es müßte also eine Polizeistrafbehörde als bald nach empfangener Informationspflicht einreichen, wenn sie ausweisen will, darf aber z. B. nicht ein Jahr nach erlangter Kenntnis anweisen. Nichtpreußen unterliegen nach dem Wortlaut des Freiheitsgesetzes und des preussischen Gesetzes vom 31. Dezember 1842 der Ausweisung aus dem unter Nummer 5 gedachten Gründen nicht: eine Einweisung des Ober-Verwaltungsgerichts über diese Fragen liegt nicht vor. — W. G. Weissenfee. 1. Gegen die Veranlagung zur Steuer muß rechtzeitig reklamiert werden. 2. Die Einholung der Reklamationsfrist verabläumt, so läßt sich nur durch Eingabe an die Steuerbehörde, die die Steuer außer Hebung zu lassen, etwas erreichen. Welche Stellung der Reklamante einnimmt, ist unerheblich. Es kommt lediglich darauf an, welches Einkommen einschließlich der Naturalverpflegung der Reklamante hat. 3. Erbracht besteht nicht. 4. Die Erben haften. — W. B. 15. Die Leistung des Offenbarungseides hat absolut nichts mit dem Wahlrecht zu schaffen. Auch vor dem Offenbarungseid geleistet hat, ist wahlberechtigt. Die abermalige Leistung des Offenbarungseides kann nach Ablauf von fünf Jahren verlangt werden. — R. R. Leider ja: nicht gefehlt, sondern reglementmäßig als Disziplinarstrafe. — W. B. Nieder-Schönhausen. Rein. — Mannfriste. 1. und 2. Ja. 3. Für Reichstagsverhandlungen bis 300 M. ist das Amtsgericht für solche, deren Streikobjekt ein höheres ist, das Landgericht des Wohnortes des Beklagten zuständig. 4. Die Verjährungsfrist beträgt im ungünstigsten Auslegungsfalle drei Jahre. — G. 25. In einer vor kurzem ergangenen Kammergerichts-Einweisung hat das Kammergericht entgegen seinen früheren Urteilen und entgegen einer in der Theorie weitverbreiteten Ansicht angenommen, eine preussische Polizeiverordnung (Oberpräsidial- oder Regierungsverordnung), die das Tragen von Waffen nicht nur von verborgen geführten, sondern von gewissen Veranlassungen abhängig macht, sei rechtsgültig. — W. B. 1000. 1. Rein. 2. und 3. Ja. — Stefens. Der Richter hat, soweit sich die Sachlage ohne Einhalt in dem schriftlichen Vertrag übersehen läßt, recht. — F. und R. Die vom Gerichtspolizeier für unentbehrlich erachteten Gegenstände sind unpfeindbar. In der Regel werden zwei bis drei Kleider für unentbehrlich erachtet.

Dienstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr: 16 öffentliche Volks-Versammlungen

Tages-Ordnung:

1. Protest gegen die Festlegung der Wahlzeit zur Urwahl auf 2 Uhr nachmittags.
2. Freie Diskussion.
3. Eventuelle Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten.

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

Wendts Industrie-Festäle (früher Cohn),
Beuthstraße 19/21
Bodbrauerei, Tempelhofer Berg
Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53
Arminhallen, Kommandantenstraße 20
Urania, Wrangelstraße 10/11
Graumann, Raunynstraße 27
Zur Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen
Thor 2

Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11
Königsbank, Frankfurterstraße 117
Altes Schützenhaus, Linienstraße 5
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11
Weimanns Volksgarten, Badstraße 56
Wilke, Brunnenstraße 188
Eiskeller, Chausseestraße 88
Arminushallen, Bremerstraße 70/71
Moabiter Kasino, Wilsnackerstraße 63.

Referenten: **Dr. Arous, Dr. Bernstein, Borgmann, Bruns, Swald, Dr. Friedeberg, Glocke, Helmann, Kintze, Kotzke, Pfannkuch, Schubert, Singer, Stadthagen, Dr. Weyl, Zubeil.**
Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute Berlins.

Centralverband der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin, SO. 16, Engel-Ufer 15 III, Zimmer 27.
Telephon: Amt VII, 8130. Arbeitsnachweis von 9-11 vormittags. Sprechzeit von 11-1 und 6-7 Uhr.

Die Versammlung am Dienstag, den 13. Oktober, fällt zu Gunsten der Protestversammlungen an diesem Tage aus.

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Da in den Werkstätten nicht bereits Vertrauensmänner ernannt sind, ersuchen wir dringend, einen Kollegen an dieser Sitzung zu delegieren.
An dieser Sitzung werden auch Beiträge entgegengenommen.
Billets für das Herbstfest am 17. Oktober sind ebenfalls dort zu haben.

Dienstag, den 20. Oktober 1903:

Ausserordentliche Generalversammlung.

Dienstag, den 27. Oktober 1903:

Ordentliche Generalversammlung.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Klenitz,
Große Frankfurterstraße 133:

Branchen-Versammlung der Kammacher

und aller in der Celluloid-Haarschmuck-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Hildebrandt über: „Unsere Organisation und ihr innerer Ausbau“. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung über die Tätigkeit der Kammacher. 4. Verschiedenes.

Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Rummelsburg.

Mittwoch, den 14. Oktober 1903, abends 8 Uhr, bei Thöns,
Kant- und Goethestrassen-Ecke:

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Friedrichsfelde.

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Haberland,
Wilhelmstraße 38:

Bezirks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Stufche. 2. Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes.
Ehemalige Kollegen, die in Berlin arbeiten und in Friedrichsfelde wohnen, sind hierzu eingeladen.

Große öffentliche Versammlung Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins

Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
bei Fr. Wilke, Kommandantenstr. 188 (Kolonialer Thor).

Tages-Ordnung:

1. Die Zustände in der Berliner Cigaretten-Fabrikation, mit besonderer Berücksichtigung der letzten Vorkommnisse in der Cigarettenfabrik „Garbaty“. Referent: Kollege Max Kiesel. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Vertrauensleute der Tabakarbeiter Berlins. 4. Neuwahl der Vertrauensleute sowie der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission.
Die Tabakarbeiter (männliche sowohl wie weibliche), insbesondere die in der Cigarettenfabrikation beschäftigten, werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung erscheinen zu wollen.

3. u. Karl Batry, Stralunderstr. 41, III.

Nächste Ziehungen

Berliner Lose a 1 Mk. 11 = 10 Mk. 28512*
Königsberger Geld-Lose a 3 Mk.
J. Rosenberg, Kommandantenstrasse 51.

Turn-Verein „Fichte“ Berlin.

Dienstag, den 13. Oktober,

Eröffnung der 12. Männer-Abteilung

in der Stadt-Turnhalle in der Kastanien-Allee 82 statt.

Turnzeiten: Dienstag- und Freitagabend 8-10 Uhr.
Einem lange gehegten Wunsche der Bewohner des betr. Stadtviertels hierdurch entsprehend, träumen wir die besten Hoffnungen an diese neueste Gründung und erwarten zahlreichen Besuch.

Nach Mäßiger Probe Retournahme!

Weltfreund Einfachste, bequemste und praktischste Geldbörse der Welt.

Rein langes
Eugen mehr.
Rein heraus-
fallend. Geldes.
Nur einen
Druck und man
hat sofort das
gewünschte
Geldstück zur
Hand.
Aus Messing,
sehr vernickelt.
Ein Stück gegen
Einfendung von 70 Pf. (Auch Briefmarken) frei ins Haus.
2 Stück 1,20 Mark. 3 Stück 1,70 Mark.

Urteil eines Kunden: Weltfreund erregt überall, wo ich selbst zeige großes Staunen.

Neuch. Souvenir-Album über Sol. Stahl-, Waffen, Leder-, Messen, Schirme, Stöde, Fernrohre, Feidhender, Haus- und Küchengeräte, Uhren, Ketten, Ringe, Broschen, Musikwaren usw. an jedem, und u. free.

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.

Auswählte Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren
Marke „Schneidig“.

Wiederverkäufer gegen Provision gesucht.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Specialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2839L*
Amt 7. 1051.

Sechster Wahlkreis.

Donnerstag, den 15. Oktober 1903, abends 8 Uhr,
im Eiskeller, Chausseestr. 88:

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Drebbener Parteitag.
2. Berichterstattung der Brandenburger Provinzial-Konferenz und Diskussion.
3. Aufstellung der Stadtverordneten-Kandidaten.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. 249/12
Der Vorstand.

Vereinigung der Maler.

Filiale Berlin I.

Donnerstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Erfahrung zum Vorstand. 3. Vereins-Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. — Um rege Beteiligung ersucht
124/18 Die Ortsverwaltung.

Verein freiheitl. Sozialisten Berlins und Umgegend.

Am Dienstag, den 13. Oktober 1903, abends 8 1/2 Uhr,
bei Part, Dragonerstr. 15:

Versammlung.

1. Vortrag des Herrn Dr. Friedeberg: „Ueber welche Nachmittel verfügt das Proletariat zur Niederwerfung der Klassenherrschaft?“ 2. Freie Diskussion. — Gäste willkommen.
Der Vorstand. E. Krause, NO. 85, Soldenbergr. 6.

Große öffentliche

Metallarbeiter-Versammlung

für Stralau-Rummelsburg
am Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
in Kahns Volksgarten, Hauptstr. 4.

Tages-Ordnung:

1. Die Aussperrung in der Metallindustrie.
Referent: Kollege Wuschik.
2. Diskussion.

123/9 Der Einberafer.

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Mittwoch, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Fürstend.,
Königsstr. 137:

General-Versammlung.

Da in der Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden und der Bericht vom 6. Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erörtert wird, so muß jedes Mitglied erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Echte Patenhofer Biere

Patenhofer Hell	30 Fl.	1/2 T. M. 3.00
Patenhofer Marine	3 M.	1/2 T. M. 3.25
Patenhofer Dunkel	3 M.	1/2 T. M. 3.50
Patenhofer Crystall	28 Fl. 3 M.	1/4 Hl. M. 3.00

Gefällige Bestellungen an

Patenhofer Brauerei

NO. Landsberger Allee 24/27
Telephon VII, 2200 u. 6335.

NW. Strom-Strasse 11/16
Telephon II, 127 und 676.

Plan pro Flasche 10 Pf.

Antialkohol

Unsere alkoholfreien Fabrikate:

1. Kopfen-Malz-Getränk, Ersatz für Bier.
2. „Anti“, Ersatz für Süsswein.

sind jetzt in jeder unserer 350 Niederlagen in Berlin und Vororten à Flasche 10 und 15 Pf. excl. zu haben.

Bestellungen auf 30 Flaschen frei Haus bitten an uns direkt zu richten.

Nach auswärts gegen Nachnahme. 2758L*
Hermann Meyer & Co., Berlin N., Wallstr. 11/12.

Der Dänische Anker-Kautabak

ist in letzter Zeit so oft minderwertig nachgeahmt worden, dass ich den Käutern derselben dringend anraten muss, genau auf den in jedem Stück — Schleifen und Rollen — befindlichen Firmenzettel mit dem Anker zu achten und Tabak ohne Zettel entschieden zurückzuweisen, da solcher nachgeahmt ist. 2837L*

Generalvertrieb jetzt Grüner Weg 112, Carl Röver.

Hauptniederlage: Nordhäuser Kautabake, Schnupftabake — Rauchtabake.

Höheres Technisches Institut

Berlin NW. 6, Marienstr. 24.
Ausbildung von Ingenieuren,
Technikern u. Werkmeistern.

Tages- u. Abendkurse.
Semesteranfang: 14. Oktober.

Anfertigung feiner Herren- und Damen-Garderobe, bessere Damenjackets auf Lager. Eleg. Ausführung, gering. Teilzahl.
J. Kurzberg,
Neue Königsstr. 47, II,
direkt am Alexanderplatz.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

5. Wahlkreis! Das Wahlbureau für die Vorbereitung zur Landtagswahl, Resenteleerstr. 57, Restaurant Pfeffer, ist täglich von 10 Uhr morgens ab geöffnet. Freiwillige Hilfskräfte zur Fertigstellung der notwendigen schriftlichen Arbeiten werden gebeten, sich dort zu melden. — Die Sammelliste für die Landtagswahl 2026 (darauf gezeichnet 5,10 M.) ist verloren gegangen; es wird gebeten, dieselbe eventuell anzuhalten und an das Wahlbureau abzuliefern. Der Vorstand des Wahlvereins.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet im O b s tischen Saale, Meiningenstr. 8, eine Kommunalwähler-Versammlung statt. Tagesordnung: „Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik“. Referent: Reichstags-Abgeordneter W u r m. Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl.

Über-Schöneweide. Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei Kaufholl, Wilhelmshofstraße 18, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht und Rechnung des Vorstandes, des Vertrauensmannes, Expediteurs usw. — Gleichzeitig werden die Strafen auf die heute nachmittags 5 Uhr in der Schulaula Frischengasse tagende öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung aufmerksam gemacht und gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Groß-Lichterfelde. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal von E. Richter, Chauffeestr. 104 statt. Außer dem Vorstandes- und Kassensbericht, sowie der Wahl sämtlicher Vereinsfunktionäre, sind wichtige Sachen zur Landtags- und Gemeindevwahl zu erledigen.

Rowaves. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet im Bernhardt'schen Lokal, Priesterstraße, eine Vollversammlung statt. Tagesordnung: Die Bedeutung der diesjährigen preussischen Landtagswahlen. Referent: Stadtv. Dr. Silberstein-Nitzdorf. Die Genossen werden ersucht, für zahlreicheren Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Köpenick. Wir bitten hiermit alle Mitglieder des Wahlvereins, ihre Wohnung beim Kassierer Herrmann Kühring, Gartenstr. 14, anzugeben, da wir die Adressen zur bevorstehenden Landtagswahl unbedingt haben müssen. Auch ist daselbst die Broschüre von Dr. Leo Krons unentgeltlich in Empfang zu nehmen. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt Arthur Gähne, Kaiser-Wilhelmstr. 1, 2 Treppen.

Lokales.

Polizeilicher Eifer im Dienste des Unternehmertums.

Der famose Arbeitsnachweis der protigen Holzindustrie und der mit ihnen an demselben Strang ziehenden Tischlermeister ist in dem Hause Alexanderstraße 31 untergebracht. Gegenüber, in dem Hause Alexanderstraße 32, befindet sich das Restaurant von Cirovius, in dem die Mitglieder des Holzarbeiter-Bandes zu verkehren pflegen. Dem Sekretär des Arbeitsnachweises, einem braven Herrn Meinde, ist diese Nachbarschaft unheimlich und verhasst. Er argwöhnt offenbar, daß von dem Restaurant aus der Verkehr des Arbeitsnachweises überwacht wird, und er scheint bemüht zu sein, auch der Polizei diesen Glauben beizubringen. Meinde hat wiederholt in dem Restaurant umhergeschmüßelt. Der Inhaber des Lokals sah sich schließlich genötigt, dem neugierigen Gast mündlich und nachher auch noch schriftlich mitzuteilen, er möge gefälligst sich hier nicht noch einmal blicken lassen. Da dieser Wink trotz seiner Deutlichkeit nicht beachtet wurde, so wurde ein Hinweis auf den Hausfriedensbruch-Paragrafen des Strafgesetzbuches hinzugefügt.

Dieser Tage hat sich nun der Herr Sekretär die Redheit geleistet, erneut das Lokal zu betreten, drei Schupsteine mitzubringen, die zu gleicher Zeit den vorderen und den hinteren Eingang besetzten, und zwei der anwesenden Gäste nach der Polizeiwache führen zu lassen. Auf die Frage nach dem Grunde der Siftierung wurde jede Auskunft verweigert, und auch die Warnung, daß man Meinde wegen Freiheitsberaubung belangen werde, blieb ohne Erfolg. Meinde spielte sich in dem Lokal auf, als sei er selber Polizei. Den Inhaber, der seine Verwunderung über diesen Auftritt äußerte, schrie er an: „Sie haben hier gar nichts zu sagen!“ und er versprach, dafür zu sorgen, daß Herrn Cirovius die Konzession entzogen werde. Die beiden Gäste wurden den Weg nach der Polizeiwache antreten und wurden dort zurückgehalten, bis man ihre Personalien mit derjenigen Gründlichkeit ermittelt hatte, die die Polizei bei solchen Gelegenheiten für notwendig hält. Beispielsweise wurde eine Invalidentarte nicht als ausreichende Legitimation anerkannt. Die Frage der beiden, was man von ihnen wolle und wessen man sie beschuldige, blieb auch auf der Wache unbeantwortet. Die Siftierungen hatten infolge dessen den Wunsch, auch Meinde's Personalien genau festgestellt zu sehen, damit sie ihn wegen dieser Siftierung zur gerichtlichen Verantwortung ziehen könnten. Auf Verlangen erklärte der zuständige Beamte kurz: „Der Herr heißt Meinde und wohnt Alexanderstr. 31“. Eine eingehende Personalien-ermittelung nahm er hier nicht vor, und als er auf die Unvollständigkeit dieser Angaben aufmerksam gemacht wurde, erwiderte er, das genüge. Mit diesem Befehle wurden die Siftierten entlassen.

Das Vorurteil hat bei den Gästen des dem Meinde und seinen Auftraggebern so sehr verhassten Lokals, im besonderen bei den dort verkehrenden Mitgliedern des Holzarbeiter-Bandes, große Entrüstung hervorgerufen. Man ist gespannt darauf, womit Meinde die Siftierung begründen will. Verwunderung erregt auch der bereitwillige Eifer, mit dem die Polizei dem Wunsch dieses Mannes nachgegeben ist. Da hört doch schließlich alles auf, wenn der Angestellte einer Unternehmerrliquie sich herausnehmen darf, die Polizei in Bewegung zu setzen gegen Arbeiter, denen tatsächlich keinerlei Uebertretung irgend eines Gesetzes- oder Polizeiverordnungs-Paragrafen vorgeworfen werden kann.

Die „Aufsicht“ des Vorstandes der städtischen Betriebs-Krankenkasse. In unserer Besprechung des kürzlich vom Magistrat veröffentlichten neuesten Geschäftsberichts der städtischen Betriebs-Krankenkasse (vergl. Nr. 233 vom 6. Oktober) schreibt uns ein Mitglied des Kassenvorstandes, ein Arbeitnehmer-Vertreter, daß die von uns gerügten Ausführungen des Berichtes nicht als Ansicht des Vorstandes oder wenigstens nicht der Mehrheit desselben gelten können. Vielmehr sei der Vorstand fast einstimmig der entgegengegesetzten Meinung gewesen, und nur ein Arbeitgeber-Vertreter habe diejenige Ansicht gehabt, die der Bericht vorträgt.

Das ist allerdings sehr sonderbar — so sonderbar, daß wir zunächst annehmen müssen, unsrem Gewährsmann sei hier ein Irrtum passiert. In dem Bericht wird geklagt, daß das Jahr 1902 für die Entwicklung der Kasse trotz Erhöhung der Beiträge recht wenig günstig gewesen sei, daß trotz stetigen Wachstums der Mitgliederzahl die Leistungsfähigkeit der Kasse abnahm, und es wird dann schlussfolgert behauptet: „Der Vorstand glaubt, das Abnehmen der Leistungsfähigkeit hauptsächlich mit einer Verwaltungsmaßregel des Magistrats in Verbindung bringen zu müssen“. Diese Maßregel besteht darin, daß die Verwaltungsabteilungen den erkrankten Gemeindegliedern für vier bis sechs Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn erhalten können. Der Bericht sagt hierzu: „Es scheint, daß die einzelne Person infolge dessen veranlaßt wird, sich leichter krank und arbeitsunfähig zu melden, als dies früher der Fall war. So sehr die Verfügung des Magistrats im Interesse des einzelnen Arbeiters liegt, so wird democh aus dem eben angegebenen Grunde die wirtschaftliche Lage der Kasse ungünstig beeinflusst. Die Wichtigkeit dieser Ansicht des Vorstandes wird durch die als Anlage I beigegebene Uebersicht bestätigt, nach welcher die Zahl der

Erkrankungen von der siebenten Woche an eine auffallende Abnahme zeigt, im Gegensatz zu der beträchtlichen Höhe der Erkrankungen von der zweiten bis zum Ende der sechsten Woche.“ Wir haben in Nr. 233 aus der erwähnten Uebersicht die Hauptzahlen mitgeteilt und dazu bemerkt, daß wir in ihnen eine auffallende Abnahme von der siebenten Woche an nicht zu entdecken vermocht haben. Jetzt wird uns gegenüber den Ausführungen des Berichtes versichert, daß auch der Vorstand der städtischen Betriebs-Krankenkasse die Zahlen keineswegs „auffallend“ gefunden hat. Der Vorstand ist nach Prüfung des ihm vorgelegten statistischen Materials fast einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß die Höhe der Krankenziffer mit der Zahlung der Lohn Differenz nichts zu thun habe. Dann ist es in der That unbegreiflich, wie der Verfasser des Berichtes dazu kommen konnte, die von jenem einen Arbeitgeber-Vertreter aufgestellte Behauptung als „Ansicht des Vorstandes“ zu bezeichnen.

Unser Gewährsmann sagt übrigens, daß der Bericht vor der Veröffentlichung „nie einer Verbandsführung vorgelesen“ habe. Diese Mitteilung ist höchst besorgend; der Bericht trägt in der vom Magistrat veröffentlichten Fassung die Unterschrift „Der Vorstand“. Wir glauben, der Rassenvorstand wird nicht umhin können, sich hierzu zu äußern.

Die Beerbtigung unsrer Parteigenossen Richard Lohy fand am Sonntagnachmittag unter außerordentlich reger Beteiligung seiner persönlichen Freunde und der Berliner Parteigenossen statt. Aus allen Gegenden waren unsre Genossen erschienen, um dem Sarge des Verstorbenen, der als Opfer des Klassenkampfes gefallen ist, zu folgen. Zahlreiche Kränze, darunter von der Partei, der Gewerkschaft und der Exkurier „Tribüne“, als deren Redakteur Lohy die Gefängnisstrafe erlitt, die zu seinem Tode führte, wurden am Grabe niedergelegt. In Worten warmer Anerkennung schilderte Genosse Waldeck Ranasse den Werdegang des Dahingegangenen, der im thätigsten Alter in frei übernommener und treu erfüllter Pflicht im Kampf für seine Ueberzeugung dem Leben entrisen wurde und dessen Andenken von allen, die mit ihm kämpften, in Ehren gehalten werden wird.

Gegen die Dachstuhlbrände. Aus den jährlichen Berichten der Berliner Feuerwehr, der städtischen Feuerlöschgesellschaft und den Tageszeitungen ist zu ersehen, daß Brände von Bodenräumen und Dachstühlen zu den häufigsten, verlustreichsten und gefährlichsten zählen. Die städtische Feuerlöschgesellschaft giebt eine Zusammenstellung der größten Brände nach der Höhe der Brandentzündung. Diese Zusammenstellung ist sehr bemerkenswert. Es geht daraus hervor, daß von 67 der größten Brände im Jahre 1902/03 nicht weniger als 53 auf Dachstuhlbrände entfielen. In früheren Jahren war das Verhältnis, besonders zur Zeit der Dachstuhlbrände in Moabit, noch mehr in die Augen fallend. Die Entschädigungen, die von der städtischen Feuerlöschgesellschaft und den Versicherungsgesellschaften jährlich in Berlin gezahlt werden, belaufen sich auf mehrere Millionen Mark. Die größten Entschädigungen, die alljährlich gezahlt werden müssen, werden durch Dachstuhlbrände verursacht. Daraus ergibt sich, daß die städtische Feuerlöschgesellschaft, die Versicherungsgesellschaften, die Feuerwehr, das Publikum, kurz jeder Mann ein großes Interesse daran hat, daß diese Dachstuhlbrände auf ein Minimum verringert werden. Das dies möglich ist, beweist die Abnahme der Tischlereibrände, die früher am häufigsten waren. Diese Tischlereibrände waren so gefährlich, daß in jeder Versicherungspolice angegeben werden mußte, ob eine Tischlerei in der Nähe der zu versichernden Gegenstände sich befindet. Durch eine Polizeiverordnung, die das tägliche Aufräumen der Tischlereiverstände und die Befestigung der Hohlbohlen vorschreibt, sind die Tischlereibrände zu einer Seltenheit in Berlin geworden. Den Dachstuhlbränden wird es ebenso ergehen, wenn ernsthafte Schritte zu ihrer Verminderung unternommen werden. Sämtliche Hausbesitzer haben das lebhafteste Interesse daran, denn sie sind es, die die Entschädigungen aufbringen müssen, die von der Feuerlöschgesellschaft gezahlt werden müssen. Auch die sämtlichen Mieter sind interessiert, denn sie sind es, die durch hohe Prämienzahlung die von Versicherungsgesellschaften zu vergebenden Schäden bezahlen müssen. Die vielen großen Dachstuhlbrände sind sehr leicht durch eine bessere Bauart der Dachböden, durch Herstellung cementierter Fußböden an Stelle der jetzigen Wasser durchlassenden Decken, durch Errichtung von festen Trennungswänden an Stelle der jetzigen Lattenverschlüsse, durch Benutzung eiserner Dachkonstruktionen an Stelle der gebrauchlichsten Dachverschalung und durch Reinlichkeit der Bodenräume, die stets fest verschlossen sein müssen, auf wenige und keine Dachstuhlbrände zu beschränken. Der Verlust, der jetzt jährlich durch diese Brände dem Nationalvermögen verursacht wird, ist so bedeutend, daß es endlich an der Zeit ist, Schritte zur Verminderung dieser Verluste mit aller Kraft zu unternehmen.

Eine abgeänderte Polizeiverordnung zur Regelung des Straßenhandels liegt, wie wir hören, dem Minister des Innern zur Genehmigung vor und soll dann, sofern diese erteilt wird, den Gemeindebehörden abermals zur Zustimmung vorgelegt werden. Die vom Polizeipräsidium vorgenommenen Änderungen tragen angeblich den Wünschen der städtischen Behörden Rechnung. Der erste Entwurf führte bekanntlich eine Reihe (306) von Straßen auf, in denen entweder (95 Straßen) jeder Straßenhandel oder (in 211 Straßen) der Handel unter Zulassung von Fuhrwerk aller Art unterjagt werden sollte. Diese Straßengruppen, welche in zwei Anlagen aufgeführt wurden, charakterisierte man städtischerseits als solche, in denen ein Straßenverkehr stattfände bzw. welche für den Handel überhaupt in Betracht kämen. Es sollen nunmehr von der Polizei verschiedene Straßenzüge aus der Liste gestrichen sein. Das Verbot sollte sich zugleich auf die einmündigen Straßenzüge in einer Entfernung von dreißig Metern erstrecken; diese Entfernung hielt man städtischerseits für zu groß und die Polizeibehörde ist auch in diesem Punkte dem Wunsche der Stadtgemeinde nachgegeben, indem sie jetzt eine Entfernung von zehn Metern für ausreichend erklärt. Ebenso soll polizeilicherseits jetzt der Zeitungs- und Blumenhandel in den meisten, also nicht in allen Straßen zugelassen sein. Auch die gemilderte Verordnung wird man nur mit großer Vorhut genießen können.

Eine der wichtigsten der neuen Charitébauten ist gestern vollendet worden, nämlich die Heubner'sche Kinderklinik. Ihre roten Backsteingebäude erheben sich an der Schumannstraße, am Haupteingang des großen Krankenhauses und von da nach Norden zu. Sie enthalten im Erdgeschloß das große Wartezimmer für die kleinen Patienten und ihre Mütter, die Kinder-Poliklinik, Untersuchungs- und Operationsräume, Krankensäle, im Lehrsaal den großen Hörsaal, Räume für mikroskopische, bakteriologische und chemische Arbeiten, die Bibliothek usw., im Kellergeschloß Wirtschaftsräume aller Art, in den Obergeschloßen Zimmer für neun Schwestern, Speisesäle, Wohnungen für einen Stabsarzt, für Laboratoriumsdiener, Wärter und Ammen. Am Eingang gegenüber dem neuen Verwaltungsgebäude der Charité ist ein besonderes Pförtnerhaus mit Wohnung für den Pförtner, Räume für Wärter, Krankenträger usw. Eine offizielle Eröffnungsfeier wird Geheimrat Heubner voraussichtlich am 23. d. M., wenn die Krankensäle mit Patienten bereits belegt sind, zugleich mit der Eröffnungsvorlesung veranstalten. Die Kinder-Poliklinik, Schumannstr. 22, wird in der nächsten Woche in Gebrauch genommen, die alte im alten Gebäude fällt dann weg.

Der Magistrat beabsichtigt die Jagowstraße und die Straße 30 zwischen dem Hans-Ufer, der Levetow- und Tilsen-Waldenstraße für den Verkehr fertigzustellen. Die Verhandlungen mit den beteiligten Grundeigentümern, den Spiedermann'schen Erben, den Richter'schen Erben usw., sind wegen Abtretung des erforderlichen

Straßenlandes ergebnislos gewesen. Die Spiedermann'schen Erben haben mit Rücksicht auf die Schwierigkeit in der Beschaffung der Erbeslegitimation das Enteignungsverfahren gewünscht. Die Richter'schen Erben haben die Abtretung abgelehnt und der Stadt die Enteignung anheimgestellt. Der Anlieger will das Terrain nur abtreten, wenn gleichzeitig mit der Regulierung der Straße 30 auch die kostspielige Anlage des Hans-Ufers dort erfolgt, die aber noch nicht beabsichtigt ist. Der Magistrat will deshalb das Straßenland enteignen.

Dem Verein „Freie Volkshöhne“ haben Magistrat und Schuldeputation bekanntlich die städtischen Schulräume verweigert, die zunächst für einen Vestiboden- und dann für einen Dehmel-Abend verlangt wurden. In diesem beschämenden Beschluß mögen die beiden Körperschaften durch die Rechnungsträger gedünkt worden sein, die im Kreise der Stadtväter eine große Rolle spielt. Die „Freie Volkshöhne“ steht in dem Bereich, socialdemokratisch geleitet zu sein, und daher ist es nicht unwahrscheinlich, daß in ertlichen Sonaten Agitation für den Umsturz entfaltend wird. Dem Umsturz ist eben alles zuzutrauen, und wenn er aus einem Westfälischen Flügel herandrückt, so erregt das in Regierungskreisen doppelt Anstoß.

In dieser Angelegenheit ist mit dem Magistrat wohl noch nicht das letzte Wort gesprochen worden. Vorab soll den Herren im Roten Hause jedoch eine Reueigkeit verhandelt werden, die ihnen vor Augen führt, wie lächerlich sie sich diesmal gemacht haben. Dem Verein, der aus Angstmeierei nicht in die städtischen Schulräume einziehen soll, ist bereitwillig ein staatliches Institut, nämlich die Singakademie auf Verlangen zur Verfügung gestellt worden. Das erste Konzert, ein Vestiboden-Abend findet dort am nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr, statt. Es darf wohl erwartet werden, daß diese Veranstaltung zahlreichen Zuspruch findet. Billets zu 25 Pf. sind von Mittwoch ab in den Zahlstellen der Freien Volkshöhne zu haben. (Siehe auch das Inserat in der heutigen Nummer.)

Der Herkules-Brunnen ist am Sonntag ohne Form und Feierlichkeit der Öffentlichkeit übergeben worden. Oberbürgermeister Richter erließ vormittags gegen 11 Uhr an Ort und Stelle und mit ihm fanden sich einige Magistratsmitglieder und Stadtväter, sowie der Schöpfer des Werkes, Prof. Lessing am Brunnen ein, der inzwischen seine Wasser hatte springen lassen. Bei dieser „Denkmalweihe“ brauchten nicht die Verdienste eines in weiten Kreisen unbelannten Markgrafen der Nachwelt vorgehalten zu werden und daher erübrigte sich jede Rede. Der Oberbürgermeister ging, froh, solcher Last ledig zu sein, um den Brunnen herum und freute sich des wohl gelungenen Kunstwerkes. Nach einer Viertelstunde wünschte man sich vergnügt einen guten Morgen und damit war die Enthüllung zu Ende. Berlin ist um ein schönes Monumentalwerk reicher geworden.

Die scharfgemachte Schalterdame. Am Villetalfer des Gorköper Bahnhofs forderte sich am Sonnabendmittag ein Metallarbeiter die übliche Wochenkarte. Selbstamerweise erhielt er die Karte nicht ausgehändigt; er wurde vielmehr von der Verkäuferin durch die Frage überrascht, ob er eine Legitimation vorzeigen könne. Obgleich der Metallarbeiter bis dahin noch nie mit solcher Schereerei behelligt worden war, zeigte er doch seine Versicherungskarte vor. Beim Anblick dieser Legitimation rief die Schalterdame triumphierend aus: „Ach, Sie sind ja ein freitender Herrler, Ihnen gebe ich keine Wochenkarte, bringen Sie erst eine Bescheinigung von Ihrem Arbeitgeber!“ Selbstverständlich suchte der Arbeiter die Verkäuferin durch die Antwort zur Raison zu bringen, daß sie sich nicht um die Privatangelegenheiten der Fahrgäste bekümmern und gegiemend ihre Pflicht erfüllen solle. Doch die Verkäuferin klappte das Schalterfenster zu und zwang so den Arbeiter, sich an den zuständigen Stationsbeamten zu wenden. Dieser Herr war sehr überrascht, als ihm die Unbilligkeit der Verkäuferin vorgetragen wurde, und sorgte selbstverständlich dafür, daß der Fahrgast für sein gutes Geld die Karte ausgehändigt erhielt. Wie wir hören, sind noch andre ausländische Metallarbeiter solchen Unziemlichkeiten ausgelegt gewesen. Wir dürfen wohl annehmen, daß der unternehmerfreundlichen Billeterkäuferin von ihren Vorgesetzten gebührend der Standpunkt klar gemacht wird.

Ein neuer Musikpalast für Berlin. In der Igl. Hochschule für Musik fand gestern vormittag eine Versammlung von Musikern und Musikfreunden statt, die von einem Komitee zur Errichtung eines neuen Musikpalastes in Berlin einberufen worden war. Der neue Musikpalast, der auch Räumlichkeiten zur Veranstaltung von Kunstausstellungen und von Ballen enthalten soll, wird sich voraussichtlich auf dem Kollendorf-Platz, und zwar auf dem nächst der Poststraße gelegenen Terrain, erheben. Die Gesamtkosten sind auf circa 3,5 Millionen Mark präsumiert, von welchem Betrage bis jetzt bereits mehr als 600 000 Mark gesichert sind. Es wurde vorläufig ein Komitee konstituiert, das mit der Aufgabe betraut ist, dem Finanzministerium beratend zur Seite zu stehen. In dieses Komitee wurden die Herren Prof. Joachim, Richard Strauß, Prof. Siegfried Dohs und Prof. Anton v. Werner delegiert.

Ein Aufruf zur Errichtung eines Virchow-Denkmal wird von einem Ausschuss erlassen, an dessen Spitze Universitätsprofessor Waldeyer steht. Es heißt in dem Schriftstück: „Die Höhe der bisher verfügbaren Mittel berechtigt uns zu der Hoffnung, daß unser Plan, Rudolf Virchow an öffentlicher Straße Berlins, nahe der Stelle seiner ruhmreichen wissenschaftlichen Wirksamkeit, ein Standbild zu errichten, demnächst festere Gestalt annehmen wird. Um eine künstlerisch wertvolle Ausführung zu sichern, bedarf es freilich noch weiterer Spenden. Wir sind überzeugt, daß nach viele unserer Landsleute aus allen Bevölkerungsklassen, denen Rudolf Virchow's Thätigkeit auf wissenschaftlichem, hygienischem oder kommunalem Gebiete zu gute gekommen ist, gern die Gelegenheit benutzen werden, sei es auch mit der bescheidensten Gabe, dem Gefeierten den Teil ihrer dankbaren Bewunderung darzubringen, und fordern hierdurch nochmals zur Einzahlung von Beiträgen auf, damit dereinst ein würdiges Denkmal Zeugnis ablege von der hohen Wertschätzung, welche die deutsche Nation dem großen Forscher über das Grab hinaus bewahrt hat!“

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem eine Berliner Familie nebst Dienerschaft verunglückte und ein Kind tödlich verletzt wurde, ereignete sich auf der von Langensalza nach Merzleben führenden Chauffee. Der Privatier Mödiger aus Langensalza unternahm mit den drei Kindern seines Schwiegerohnes, des Kaufmanns Röder von dort, einen Spaziergang in die weitere Umgebung der Stadt. Als sie sich in der Nähe von Kallenbergs Mühle befanden, kam plötzlich von Langensalza her ein Automobil angefahren. Der Kraftwagen war Eigentum des Professors Dr. Sonnenburg aus Berlin, der mit Frau, Sohn, zwei Töchtern und zwei Dienern, von Oberhof kommend, nach Sondershausen fahren wollte. Mödiger spang, die Gefahr erkennend, sofort zur Seite und zog dabei zwei der Kinder an sich heran, während das dritte Kind, ein dreijähriges Mädchen, nach der entgegengekehrten Seite des Fahrdammes sprang, sich dann aber umdrehte, um zu dem Großvater zurückzulaufen. Der Führer des Automobils versuchte zwar dem Kinde noch auszuweichen, indem er nach links zu abbog, traf es aber doch mit furchtbarem Stoße derart, daß das arme Wesen in hohem Bogen durch die Luft geschleudert wurde und dann tot zur Erde fiel. Inzwischen war das Gefährt gegen einen Pfeilstein geraten, so daß es umschlug und sämtliche Insassen aus dem Fahrzeug geschleudert wurden. Hierbei kamen sie zum Teil unter das schwere Gefährt zu liegen. Alle sieben erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen,

mühten die Weiterfahrt aufgeben und wurden zum Teil dem städtischen Krankenhaus in Langenfelde zugeführt.

Zwei schwarze Studenten sind tobt an der Berliner Universität als Theologen immatrikuliert worden. Die beiden jungen Reger sind Amerikaner und haben sich hier bei der theologischen Fakultät einschreiben lassen. Der eine, Richard R. Wright, der Sohn des Präsidenten des Staatskollegiums in Georgia, ist bereits Baccalaureus der Theologie; der andre, Thomas V. Lillard aus Nashville (Tennessee), hat zuletzt das Hartford Theological Seminary besucht.

Herbstfest der Freien Volkshöhle. Sonntag wie die biblischen Kuren des Morgenlandes spiegelt sich die Welt im Geiste des einstigen armen Chorhabers wieder. Es geschieht Wunderbares und doch geht alles so einfach und selbstverständlich zu wie im Buche Genesis, und wenn in frohlichen, klaren Harmonien die Schöpfung untern Ohr verkündet wird und die Worte der Bibel wiederhallen, dann ist es als ob in weltabgeschiedener Dorsflucht der Landprediger seiner lieben Gemeinde eine Mär verkündete, so schlicht und naiv, daß sie gerade dem ärmsten im Geiste faßbar scheint. Mögen auch in fernem Landen schon Gewitter grollen, hier freut sich noch alles in Ruhe seiner Herden und des Erntefestens, der in goldener Pracht heranreift. Am aber sent sich die Sonne hinter weinunraunten Bergen, die Abendröte verklärt den Himmel. Ein bighen Uebermut sichert aus dem Menuett herüber, daß sie dort im gemessenen Schritt im Schlosse tanzen. Ein Weisheit der Ruhe. Dann tönt ein Abendständchen aus dem Schimmer des Mondlichts hervor. „Nächst wieder Busch und Thal still mit Rebellang.“

In Westensferne liegt die Zeit hinter uns, aus der Joseph Haydn seinen Heblischen, von Humor und schlichter Feinheit erfüllten Symphonien schöpfte. Unter Völkermord hat der Menschengeist sich seitdem eine völlig neue Welt erschaffen, in blutigen Greueln sind Fesseln gelöst und ungeahnte Kräfte zu strohendem Leben gewekt worden. Kräfte, die sich den Raum freitig machen, die gierig nach Betätigung verlangen und dem Anschein nach nimmer erschöpft werden können. Diese neue Welt voll Sturm und Drang spiegelt sich in Richard Wagner's Genius wieder, und das Werk, in dem sich die bezwingende Kraft dieses Geistes mit überlegenem Humor geltend macht, sind die „Meisterfänger von Nürnberg“.

Vergangenheit und Gegenwart im Reich der Töne sollten auf dem Herbstfest, das die Freie Volkshöhle am Sonnabend feierte, in ihren Gegensätzen zur Geltung kommen. Diese Aufgabe ist so sinnig wie nur denkbar gelöst worden. Im Anfang Joseph Haydn und dann Richard Wagner, die neben und aus ihm wirkten: Franz Liszt, Richard Strauss, Edward Grieg und Peter Tschaikowski. Das Programm wurde vom Berliner Kontinental-Orchester mit Meisterschaft vorgelesen; ebenso vorzüglich war der Gesangsvortrag des Herrn Gerhard Hücher. Reiche Anregung wurde den Mitgliedern der Freien Volkshöhle gegeben und es wurde wahrlich nicht tauben Ohren gepredigt. Die Leitung des Vereins kann stolz auf ihr Wirken sein, es ist nichts Kleines, die Arbeiterschaft zum Genuß eines solchen Abends zu erziehen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Gewerkschaftshaus, Engel-Allee 15, Hof links 2 Et. Lehrplan für das IV. Quartal 1903. Montag: Rational-Ökonomie (Streifzüge durch die Entwicklung der Volkswirtschaft); Vortragender: Schriftsteller Max Grimwald. Dienstag: Geschichte (Geschichte der menschlichen Gedanken über die Natur); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Freitag: Rede-Übung (Übungen in mündlicher Rede und schriftlichem Aufsatz); Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Sonntag: Rede-Übung (Übungen in Vortrag für Fortgeschrittene); Vortragender: Dr. Rudolf Steiner. Der Unterricht beginnt in Rational-Ökonomie; Montag, den 12. Oktober; Geschichte: Dienstag, den 13. Oktober; Rede-Übung: Freitag, den 16. Oktober. Rede-Übung für Fortgeschrittene: Sonntag, den 6. Dezember. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Der Kursus am Sonntag beginnt um 10 Uhr vormittags und endet um 12 Uhr mittags. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Jahr beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Der Sonntagskursus in Rede-Übung für Fortgeschrittene kostet 2 M. (ca. 20 Tage). Der erste Abend jedes Kurses steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.

Auf Veranlassung des „Deutschen Vereins für Volkshygiene, Ortsgruppe Berlin e. V.“ und des Zweigvereins Berlin des Vaterländischen Frauenvereins spricht Freitag, den 16. Oktober, abends 6 Uhr, im Bürgerlaale des Rathauses Herr Geheimrat Professor Dr. Orth über Krankheitsanlagen und ihre Verhütung. Der Zutritt steht jedermann unentgeltlich frei.

Falsche Fünzigpfennigstücke befinden sich zur Zeit in Berlin im Umlauf. Die Verbreitung der Fälschlinge ist um so leichter, als der kleinen Wertmänge von den meisten Geschäftsleuten nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Fälschung trägt das Münzzeichen O und die Jahreszahl 1876. Das Geldstück zeigt die große Wertziffer, ist von bläulicher Färbung, unterscheidet sich jedoch weder im Klang noch im Gefühl von echten Fünzigpfennigstücken.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonnabend, 26. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Spittelmarkt Zeugen des Kaufes waren und gesehen haben, wie ein junger Mann von dem zweiten Kriminalbeamten des 40. Reviers zur Wade gebracht wurde, werden gebeten, bei Meimer, Parochialstraße 30, ihre Adresse anzugeben.

Einen Todessturz erlitt am Sonntag der Berliner Rennfahrer Göttemann auf der Adrennbahn in Dresden. Er stürzte im 100 Kilometer-Rennen und zog sich eine Gehirnerschütterung und einen Bruch des Genickes zu, woran er abends im Krankenhaus starb. Der Sonntag brachte sportlich noch mehr Unheil, wenn auch nicht eine so schwere Katastrophe wie in Dresden. Beim 100 Kilometer-Rennen in Hannover, das Dientmann (1 Stunde 20,7 Min.) gegen Ludamars-Benz und Salzman gewonnen, ereignete sich ein Unfall. Der Motorfahrer Paul Krüger, Schrittmacher des Gensers, fuhr gegen die Barriere, wobei drei Personen verletzt wurden. Der Motor wurde zertrümmert. Krüger erlitt einen Unterschenkelbruch und Verletzungen am Kopfe. Er wurde in ein Krankenhaus geschafft. — Döfe folgen hatte, wie dem „Verl. Tagbl.“ gemeldet wird, für einige Teilnehmer die Unberücksichtigung der Frankfurter Automobilklub auf den Feldberg. Während der Fahrt stürzte infolge Platzens eines Pneumatiks ein Fahrzeug in den Strahengraben. Von den vier Insassen erlitten Rechtsanwalt Dr. Hufenberg-Frankfurt einen Armbruch, ein zweiter Herr einen Beinbruch, die beiden andern blieben unverletzt.

Die Kalandsgrasse ist behufs Umlageung des Pflasters von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Nach langen Bemühungen hat die Kriminalpolizei eine ganze Eindrücke als unschuldig gemacht. Vor einiger Zeit wurde ein Schneidermeister Felske aus der Grünhalerstraße als Dieb mit drei Einbrechern festgenommen. Die Kriminalpolizei ermittelte weiter, daß auch die Händler Ewenn und Mich, genannt der „dicke Hans“, viel bei Felske verkehrt hatten. Sie beobachtete nun die beiden und fand, daß Stewm das Haupt einer ganzen Einbrecherbande war. Zur Verhütung standen ihm die Arbeiter Richard Scholle, Max Weinert, Richard Hoffmann und Richard March, alle wegen Diebstahls mehrfach verurteilt. Ewenn trat sich mit diesen Leuten, die ihn nur als ihren „Gef.“ kannten, in Verbindung und gab ihnen dort die Wink für Einbrüche, die er selbst ausbaldowert hatte. Nachdem die Kriminalpolizei den Untersuchungen festgenommen hatte, ermittelte sie, daß die genannten Einbrecher vor ihm nach einer Stunde im Dfen der Stadt befestigt worden waren, wo ein Teil von ihnen festgenommen wurde. Die andern wurden am Sonnabendabend am Gesundbrunnen bei ihrem Einbruchsdiebstahl verhaftet.

Aus den Nachbarorten.

Zur Geschichte des Aberglaubens. Der in dem Refektor Spulprophet seiner Zeit vielgenannte Prediger Müller aus Wiesendorf bei Berder a. S. tritt jetzt, nach langer Amtstätigkeit, in den Ruhestand und erhebt deshalb den Orden Adlerorden IV. Klasse verliehen. Müller hatte sich bekanntlich durch den Spukungen Karl Wolff derartig täuschen lassen, daß er vor Gericht als Zeuge der Ansicht Ausdruck verließ, es sei gewiß und wahrhaftig ein Spuk gewesen, was er in Meia mit angesehen habe. Die anwesenden Spiritisten beglückwünschten darauf Müller, der dagesanden habe, wie Luther auf dem Reichstag zu Worms, während die Brandenburger Synode ihm später ein Tadelbottum erteilte.

Stadtverordneten-Versammlung in Spandau. Ein Verlehrs-Hindernis, das hauseigige Lehrbelleiner Thor, soll, da die Schleifung der Fassung noch gute Weile hat, auf städtische Kosten beseitigt werden. Die Versammlung bewilligte einhellig die vom Magistrat hierzu verlangten Kosten von 3700 M. Eine längere Debatte rief eine Magistratsvorlage „Genehmigung zur Erbauung eines neuen Schulhauses für die höhere Töchterschule auf dem Grundstüd der früheren Predigergärten“ hervor. Allgemein wurde anerkannt, daß die jetzigen Zustände, unter denen sowohl die „höhere Töchterschule“ als die „mittlere Mädchenschule“ zu leiden haben (beide Schulen befinden sich zusammen in einem räumlich und baulich durchaus ungeeigneten Gebäude), absolut unhaltbar seien, doch neigte die Versammlung mehr dazu, die „höhere Töchterschule“ in dem jetzigen Schulgebäude zu belassen und dafür der an Schülernzahl mehr als doppelt so großen „mittleren Mädchenschule“ ein neues Schulgebäude zu erbauen. Stadtv. Pieper (Soe.) betonte wiederholt die Dringlichkeit des Baues einer neuen Gemeindefchule in der Seeburgerstraße. Hierbei gab der Oberbürgermeister Rölke seiner Meinung dahin Ausdruck, daß nach dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen die eigentliche Entfestigung Spandaus wohl noch zehn Jahre auf sich warten lassen wird.

Die Vorlage ging schließlich an die gemischte Kommission zurück, welche durch Hinzutritt von 5 Mitgliedern (darunter unser Genosse Hallecker) verhängt wurde.

Mit dem Messer überfallen wurden gestern früh um 1 1/2 Uhr die 30 und 29 Jahre alten Paul Kust und Franz Will aus Neu-Weisensee. Die beiden wollten nach der Central-Markthalle gehen. An der Ecke der Prenzlauer Allee und der Dörthorstraße wurden sie von drei Männern und zwei Frauen überholt. Einer der Männer rumpelte sie an, darüber kam es zu Thätlichkeiten. Auf erbielt dabei drei Messerstiche in den Kopf, anherdem zog er sich durch Fallen einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung zu. Er wurde von einem zufällig des Weges kommenden Droschkenfahner nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee und von dort nach der Charité gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Will erhielt einen Hieb auf die Nase und einen Stich über dem linken Auge. Er konnte nach seiner Wohnung entlassen werden. Die Hebelstäter stehen auf die Diszusse der Verletzten davon, als sie vier Schütz-männer kommen sahen, und entliefen.

Griffossen hat sich gestern vormittag im Restaurant zum Segler-schlöcher in Schmüdow der Restaurateur Hahne. Was den Unglücklichen zum Selbstmord getrieben hat, ist unbekannt.

Gerichts-Zeitung.

Unser Parteigenosse Göhre ist gestern von der 2. Strafkammer am Landgericht II zu 25 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte sich gemeinsam mit den Arbeitern Hermann Oberlei und Hermann Krüger aus Teltow wegen öffentlicher Verleumdung zu verantworten. Während der Wahlkampagne, am 9. November v. J., fand in Teltow bei Teltow eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Göhre sprach. Er widerlegte den Vorwurf, daß die Sozialdemokratische eine gemeingefährliche Partei sei und soll nach Angabe des Gendarmen folgende Wendung gebraucht haben: „Wenn wir gemeingefährlich wären, dann würden wir Waffen bei uns tragen. Ich glaube aber, es hat niemand weiter eine Waffe bei sich, wie der überwachende Gendarm. Wenn ich hier die geballte Faust empörbe, wie ich das jetzt thue, so wird mich niemand für gemeingefährlich halten mit Ausnahme des Gendarms. Wir wollen unsre Ziele mit friedlichen Mitteln erreichen.“ Die beiden andern Angeklagten beteiligten sich an der Diskussion und führten aus, daß sie an dem Tage zugegen gewesen seien, wie der Gendarm einem Manne, der „im Schwitze seines Angesichts“ eine starke Holz aus dem Walde geholt habe, das Holz und auch das Werkzeug, Peil und Säge, mitgenommen habe. Oberlei meinte: „Es ist himmelführend, welchen Griffen der Polizei der Mann ausgefetzt war!“ und Krüger bezeichnete die Beschuldigung als eine Verleumdung des Namens. Das Schöffengericht sprach Göhre frei und verurteilte die beiden andern zu je 25 M. Geldstrafe. Die Verurteilten legten Berufung ein, aber auch die Staatsanwaltschaft machte von diesem Rechtsmittel Gebrauch, das sie gegen alle drei Angeklagte richtete. Göhre führte gestern aus, daß seine Ausführungen entsetzt wiedergegeben seien. Durch das Herausreißen aus dem Zusammenhang der Rede hätten seine Worte einen ganz andern Sinn erhalten. Der Gerichtshof fand in den inkriminierten Worten eine Verhöhnung des Gendarmen und verurteilte Göhre auch zu 25 M. Geldstrafe. Bezüglich des zweiten und dritten Angeklagten bestätigte die Strafkammer das erste Urteil.

Die beiden Nixdorfer Schulleute.

Auf des Schidial zweier Schulleute von Einfluß wird die Verhandlung einer gegen den Dachdeckermeister Karl Friedrich gerichteten Anklage wegen fahrlässiger Falschdeides sein, mit der sich die 1. Strafkammer des Landgerichts I gestern zu beschäftigen hatte. Es handelt sich um das etwas mysteriöse Abenteuer, welches der Angeklagte am Abend des 1. August in Nixdorf gehabt hat. Er war nach Abolvierung einiger geschäftlicher Angelegenheiten an jenem Abend gegen 10 1/2 Uhr auf dem Heimweg nach Berlin in eine stille Luerstraße Nixdorfer Gebiets getreten, um ein Bedürfnis zu befriedigen. Da fand dann nach seiner Behauptung zwei Männer in Schuttmannsuniform auf ihn zugekommen, haben ihn barsch gefragt, was er dort treibe und sofort mißhandelt. Er wurde mit den Säbeln geschlagen und mit einer Nyrleise bedacht. Die Verletzungen waren so arg, daß er 14 Tage arbeitsunfähig war. Er behauptet, daß er die beiden Schulleute erkannt und sie wieder gesehen habe als er, von dem Ori der That zurückkehrend, mit einem auf ihn wartenden Bekannten wieder zusammentraf. Er ging auf die Polizeiwache, um dort die Namen der Schulleute zu ermitteln, will aber von dem Telegraphisten abgewiesen worden sein. Als ihm dann später die beiden Schulleute Kluth und Bernleit, die in jener Nacht Dienst auf der Straße hatten, vorgezeigt wurden, hat er erklärt, daß er sie mit aller Bestimmtheit als die beiden Thäter wieder erkenne. Beide Schulleute haben ihre Thäterschaft mit der größten Entschiedenheit bestritten und behauptet, daß eine Personenverwechslung unbedingt vorliegen müsse. Die 1. Strafkammer des Landgerichts II hat sie am 31. Dezember v. J. für schuldig befunden und beide wegen Körperverletzung im Amte zu je neun Monaten Gefängnis und Verlust der Fähigkeit zum Bekleidungs öffentlicher Beamter auf die Dauer von drei Jahren verurteilt. Kluth sowohl wie Bernleit sind seiner Zeit mit den glänzendsten Militärschulzeugnissen zur Schuttmannschaft übergetreten und haben sich während ihrer Thätigkeit in ihrem Amte niemals auch nur die geringste Misse zugezogen. Die von den beiden gegen das Urteil eingelegte Revision ist vom Reichsgericht zurückgewiesen und beide Schulleute sind inzwischen aus dem Polizeigenstand entlassen worden. Rummehe haben sie den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt und für dieses wird die gestern verhandelte Anklage nicht ohne Bedeutung sein. Die Schulleute behaupten, daß die Aussage des Friedrich von Anfang bis zu Ende falsch sei. In der

gestrigen Verhandlung handelte es sich nur um einen Punkt der Anklage: Friedrich hatte in dem ersten Termin eidlich ausgesagt, daß die beiden Schulleute Kluth und Bernleit bei dem Vorfall Mäntel getragen und die Mänteltragen hochgeißelogen gehabt hätten. Er blieb auch in der gestrigen Verhandlung unentwegt bei dieser Behauptung, die nach der Behauptung der Anklage falsch sein soll. Unter den vielen Momenten, die die Anklage dafür aufzuführen, daß Kluth und Bernleit an jenem Abend Mäntel überhaupt nicht getragen haben, befand sich auch eine Auskunft des meteorologischen Instituts, wonach der Abend des 1. August ein regenfreier, ziemlich warmer Abend gewesen ist. Die Anklage ging nun von folgenden Gesichtspunkten aus: Entweder sind Kluth und Bernleit wirklich die Thäter gewesen, dann ist die Angabe des Angeklagten Friedrich bezüglich der Kleidung der beiden Schulleute falsch, oder aber sie sind nicht die Thäter und dann hat Friedrich eine falsche eidliche Aussage bezüglich der Persönlichkeit der Thäter gemacht. Die gestrige recht eingehende Beweisaufnahme war den beiden Schulleuten insofern günstig, als mehrere Schulleute und eine Reihe von Zivilpersonen, die mit den beiden Schulleuten an jenem Abend amlich zu thun gehabt, bezu. sie auf der Straße gesehen hatten, mit größter Bestimmtheit bekundeten, daß Kluth und Bernleit entschieden nicht Mäntel angehabt hätten. Eine im Vorverfahren vernommene Frau, die inzwischen verstorben ist, hat noch auf ihrem Sterbebette ihren Kindern gesagt: sie wisse ganz genau, daß die beiden Schulleute unschuldig verurteilt worden seien, denn sie hätten an dem kritischen Abend Mäntel überhaupt nicht angehabt. Auf Grund dieser Beweisaufnahme hielt Staatsanwalt Chreke für zweifellos dargethan, daß die Schulleute Mäntel nicht getragen haben und die eidliche Aussage des Angeklagten in dieser Beziehung falsch sei. Die Mäntelfrage sei bei dem Prozeß gegen Kluth u. Bernleit von großer Wichtigkeit gewesen, da Friedrich der einzige Belastungszeuge gegen die Schulleute war. Nach Ansicht des Staatsanwalts könne man die Möglichkeit nicht ganz ausschließen, daß andre Personen, die sich in Uniformen gesteckt, die Thäter gewesen seien. Jedenfalls habe die falsche Aussage des Angeklagten bezüglich der Kleidungsfrage die schwersten Folgen für die beiden Schulleute gehabt. Aus diesem Grunde beantragte er neun Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Lewinsohn ergriff die Frage, ob die Schulleute Mäntel getragen oder nicht, nicht einmal objektiv für entschieden, denn die meisten Zeugen, die heute diese Frage verneint haben, seien erst nach Jahr und Tag vernommen worden. Wenn der Gerichtshof schon in objektiver Beziehung zu einem non liquet kommen müsse, so liege subjektiv ein Verschulden des Angeklagten nicht vor. Da er nur das bekundet, wovon er seit überzeugt war. — Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urteil. Schon nach der objektiven Seite habe der Gerichtshof nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angabe des Angeklagten unwahr ist. Die neuesten Zeugen seien in der Mäntelfrage erst nach Jahr und Tag hervorgetreten, wo die Erinnerung schon schwach und ein Irrtum nicht unmöglich sei. In subjektiver Beziehung habe der Gerichtshof dem Angeklagten geglaubt, daß er unter seinem Eide nur das angegeben, was er geglaubt habe.

Ein Sittenbild. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I begannen gestern die Verhandlungen in dem großen Skandalprozeß Stedt und Genossen, der wieder ein recht abstoßendes Sittenbild aus dem Betriebe der Großstadt darstellt. Die Anklage richtet sich gegen neun Personen: 1. den landwirtschaftlichen Taxator Franz Stedt zu Wilmersdorf, 2. die Witwe Marie Kemme, 3. die unberechelte Aloise Käfel, 4. die unberechelte Luise Prozell, 5. die Handelsfrau Auguste Gebbe, 6. die unberechelte Marie Martin, 7. die unberechelte Anna Mathes, 8. die unberechelte Vina Prozell und 9. die Hausbesitzerin Margarete Hoffmeister. — Der Angeklagte Stedt, ein verheirateter Mann, steht unter der Anklage sittlicher Verfehlungen an Mädchen unter 14 Jahren, die übrigen Angeklagten sind der Verhülfe bezu. der äwarren Kuppel beschuldigt. Die Angeklagten Kemme, Gebbe, Käfel und Prozell unterhielten in ihren Wohnungen in der Neuen Friedrichstraße, Hirtenstraße, Blumenstraße und Katharinenstraße Quartiere, in denen der Unzucht Vorsatz geleistet wurde. Es verkehrten daselbst außer dem Angeklagten Stedt noch viele andre männliche Personen der verschiedensten Stände und unterhielten unzünftigen Verkehr mit Frauenpersonen, unter denen vier noch nicht 14 Jahre alt gewesen sein sollen. Unter den übrigen noch ganz jugendlichen Belastungszeuginnen, die gestern vor die Strafkammer geladen waren, befand sich auch Frieda Sittel, deren vielbesprochenes Nicht aus dem Magdalenen-Sitt in Teltow die Strafkammer des Landgerichts II am nächsten Donnerstag beschäftigen wird. Für einige Männer, die in den Quartieren der angeklagten Frauen verkehrten, wird dieser Verkehr noch sehr böse Folgen haben, denn sie haben sich während der Voruntersuchung unter ihrem Eide in Widersprüche verwickelt und es ist ein Verfahren wegen Meineids gegen sie eingeleitet worden. Es sind eine große Anzahl von Zeugen beiderlei Geschlechts geladen, so daß für die Verhandlung zwei Sitzungstage angelegt sind. Dem Verhör führt Landgerichtsdirektor Heidrich, die Anklage vertritt Staatsanwalt Vahr, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Narwig, Dr. Berthauer, Schwarz, Dr. Straßmann, Dr. Löwensthal und Dr. Schwindt. — Wir werden das Urteil mitteilen.

Adolf Brand, der Herausgeber der Anstzeitschrift „Der Eigene“ in Charlottenburg, der, wie wir schon mitteilten, sogar wegen der Kunstblätter von Hilde und wegen des Gedichtes „Die Freundschaft“ von Friedrich von Schiller von der Staatsanwaltschaft in Leipzig verfolgt worden ist, wurde gestern vom dortigen Landgericht wegen Vergehen gegen § 184 St.-G.-B. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt erklärte in seinem Antrag, daß er in den inkriminierten Gedichten, Kobellen, Aufsätzen und Zeichnungen eine „Verherrlichung der widerwärtigen Unzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts“ sehe — und in seinem Schlusswort: daß die geschilderten Umarmungen und Küsse unter Freunden wenn auch nicht direkt eine Verherrlichung der Päderastie, so doch zweifellos eine „Verherrlichung der Vorbereitungen zur Päderastie“ bedeuten und daß dieselben darum des Scham- und Sittlichkeitsgefühl des Volkes verlegen, so lange der § 176 noch bestche. — Schiller hat demnach in seinem begehrten Hymnus an seinen Freund Raphael also auch „Vorbereitungen zur Päderastie“ verherrlicht. Und das alles ohne die lex Heinze! — Der Verlobungsbuchhändler Max Spohr wurde zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Herr Justizrat Proda-Leipzig und Herr Rechtsanwalt Victor Praenst-Berlin haben gegen das Urteil sofort die Revision beantragt.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Die Notwendigkeit des gesetzlichen Heimarbeiter-schutzes“ sprach am 5. Oktober Herr Käning im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Er betonte zunächst die ungeheure Ausdehnung der Heimarbeit in Deutschland, die sich in vollem Umfang gar nicht feststellen lässe, aber jedenfalls bei weitem die in der Berufszählung von 1895 gegebenen Zahlen übersteigere. Seit 1895 aber habe, einzig mit Ausnahme der Textilindustrie, die Zahl der Heimarbeiter in allen Gewerben noch bedeutend zugenommen. Die miserablen Lohnverhältnisse in den Heimindustrien sind ja zur Genüge bekannt; nur einige Einzelheiten seien hier anzuführen. In der Handschuhfabrikation, in der auch die Näherei den weiblichen Heimarbeiter überlassen bleibt, während alle Vorarbeiten von männlichen Fabrikarbeitern geleistet werden, verdient eine Arbeiterin wöchentlich 5—7 M. netto. In Böhlen liegen die Verhältnisse allerdings noch weit trauriger; es wird dort für ein Drittel der hier üblichen Arbeitslöhne gearbeitet. Die Löhne der Handshuhfabrikerinnen stehen indes in der Heimarbeit in ihrer Tiefe durchaus nicht vereinzelt da. In der Kleinfleisch-Industrie verdient oft eine ganze Familie nicht mehr wie 12—15 M. wöchentlich bei ansehnlicher Arbeit, ebenso elend sind die Löhne in den Heimindustrien des Schwarzwaldes in der berühmten

Ahrenfabrikation, bei der Kinder im Alter von 4-5 Jahren bereits mithätig sein müssen, in der Holzindustrie und Strohhütchen, wo Geschick, die eine 16stündige Arbeitszeit erfordern, infolge des zu liefernden Strohes mit 85 Pf. bezahlt werden, in der Strohschneiderei im Eisenacher Oberland, die ebenfalls für eine ganze Familie oft nur 5-8 M. wöchentlich abwirft. Wie trübselig sich bei solchen Löhnen die Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Heimarbeiterfamilie gestalten müssen, liegt auf der Hand. Private und amtliche Erhebungen haben denn auch überall die furchtbaren Mißstände enthüllt. Fleischnahrung existiert kaum mehr irgendwo unter der verelendeten Bevölkerung, die Startoffel ist zum fast ausschließlichen Nahrungsmittel geworden; in den armenlichen Behausungen herrscht Unordnung und Unsauberkeit; häufig genug sind nicht einmal Betten in genügender Zahl vorhanden, so daß, wie die Untersuchungen ergaben, sich oft 3, 4, ja 7 Personen in einer Schlafkammer teilen müssen. Seltener Heber- anstrengung der Arbeiter, abnorme Minderbeschäftigung sind die hiesigen Begleiterscheinungen der Hausindustrien. Das furchtbare aber in all diesem Elend ist die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft. In Thüringen sind von 20 000 Schulkindern 1/3 in der Heimarbeit beschäftigt und zwar bei Tagesverdiensten von 10-30 Pf. Auch Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, werden in großer Zahl schon zur Erwerbbarkeit herangezogen. In der gesundheitsgefährlichen Tabakindustrie findet man überall schulpflichtige Kinder, die bei einer viele Stunden währenden täglichen Arbeit höchstens 75 Pf. bis 1,50 M. wöchentlich verdienen. Bei ebenso niedrigen Wochenlöhnen - 30 Pf. bis 1,50 M. - arbeiten Kinder in der schlesischen Hausweberei 60 und mehr Stunden wöchentlich. Gegen diese furchtbare Kinderausbeutung bietet leider auch der neue Gesetzentwurf gegen die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft nicht den genügenden Schutz. Die schwersten Mißstände herrschen auch in zwei der ausgedehntesten und zugleich schlechtest entlohnten Hausindustrien, der Tabakfabrikation und der Konfektion. Ein Tabakarbeiter verdient bei 18 stündiger Heimarbeit weniger als ein Fabrikarbeiter bei 11 stündiger Arbeitszeit. Dies findet seine Erklärung auch darin, daß man mit Vorliebe dem Heimarbeiter das minderwertige und darum schwerer zu bearbeitende Material zuweist, ebenso wie in der Konfektion allgemein die lohnenderen Arbeiten den Fabrik- und Werkstattarbeiterinnen vorbehalten bleiben.

Das furchtbare Elend der Heimarbeiterinnen in der Konfektion hat ja während des Streiks von 1896 das Entsetzen aller Kreise der Bevölkerung erregt. Was aber ist seitdem geschehen? Was ist überhaupt von der Regierung und den herrschenden Klassen bisher gethan worden, um der Not der Hunderttausende von Heimarbeiterinnen und -Arbeiterinnen zu steuern? Sowohl die neuerdings eingeführten Lohnbücher wie die für einzelne Gewerbe erlassenen Schutzverordnungen haben sich als gänzlich unzulänglich erwiesen, letztere schon deshalb, weil sie nur auf größere Betriebe beschränkt sind. Dringende Anregungen aus der Arbeiterschaft heraus, wie die Petition des Schneiderverbandes, wurden vom Reichstage unberücksichtigt gelassen. So bleibt nach wie vor alles beim Alten. Die Arbeiterschaft aber muß sich gegenüber solchen Zuständen fragen: Die soll endlich hier Abhilfe geschaffen werden? Der Versuch gewerkschaftlicher Organisation der Heimarbeiter hat sich bisher als völlig aussichtslos erwiesen und wird sich als aussichtslos erweisen, so lange die Lebensbedingungen der heimarbeitenden Bevölkerung so überaus traurige sind. Hier kann nur ein erster, gesetzlicher Heimarbeiterbund, wie er in anderen Ländern teilweise schon zur That geworden ist, endlich Abhilfe bringen. Der Redner erörterte nun eingehend die gesetzlichen Schutzvorschriften in England, Amerika und den australischen Kolonien, die - besonders in Australien im Verein mit den gesetzlichen Mindestlohnbestimmungen - schon gute Früchte getragen haben. Weiblich auch bei allen diesen Vorschriften natürlich noch überall schwere Mißstände genug bestehen, so bietet uns doch der gesetzliche Heimarbeiterbund in irgend einer Form überhaupt erst die Handhabe einer allmählichen Hebung und Verminderung der Heimarbeit. Darum ist es Sache der auf-

gestellten Arbeiterschaft, die in ihrer Gesamtheit das tiefste Interesse an der Frage hat, mit aller ihrer Macht zu agitieren und einzutreten für einen ausreichenden gesetzlichen Heimarbeiterbund.

An den höchst interessanten Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, knüpfte sich eine Diskussion im Sinne des Referenten, in der auch mehrere Heimarbeiterinnen das Wort nahmen. Die Frage einer Diskussionsrednerin, ob nicht jede gesetzliche Schutzvorschrift auf eine allmähliche gänzliche Unterdrückung der Heimarbeit hinwirken muß, beantwortete Herr Kömiger in seinem Schlusswort in bejahendem Sinne.

Die nächste Vereinsversammlung findet am 19. Oktober in den Arminhallen statt. - Villetts für die Urania-Vorstellung am 1. November sind in der Versammlung und an folgenden Zahlstellen zu haben: Frau Kloss, Koppensstr. 81; Frau Baujahn, Kottboderstr. 46; Frau Steinlopf, Schwedlerstr. 35; Frau Seeger, Colbergstr. 26.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schwabergs und Umgegend hielt am Mittwoch 7. Oktober seine regelmäßige Vereinsversammlung in Obsts Festhallen ab. Herr Dr. Höder hielt den zweiten Teil seines Vortrages über „Frauenleiden und ihre Verhütung“. Der reiche Beifall, welcher dem Redner zu teil wurde, zeugte davon, daß der Vortrag ein sehr interessanter und lehrreicher war. In den Vereinsangelegenheiten machte die Vorsitzende bekannt, daß am ersten Weihnachtst-Feiertage in Obsts Festhallen, Reiningerstraße 8, ein Vergnügen des Vereins stattfindet. Es werden zwei Theaterstücke zur Aufführung gelangen. Das eine: „Im Thal der Seligen!“ ausgeführt von ungefähr 40 Kindern. Das andre: „Gretchen's erste Landpartie!“ gespielt von Erwachsenen. Das Fest verspricht sehr unterhaltend zu werden. Nach Schluß dieser reich besuchten Versammlung ließen sich 11 neue Mitglieder aufnehmen.

Eine sozialdemokratische Frauenkonferenz für Oesterreich-Ungarn findet am 11. November in Wien statt.

Vermischtes.

Feuer im Leipziger Krystall-Palast. Im Theateraal des Leipziger Krystall-Palastes brach Sonnabendabend, als eben vor vollbesetztem Auditorium das Gastspiel der französischen Schauspielerinnen Madame Otero mit ihrer Kompanie begonnen hatte, Feuer aus. Dasselbe wurde vom Zuschauerraum zuerst bemerkt, es fielen von der Decke über den Vorhang der Bühne Funken und brennende Holzstücke herab. Die Hausfeuerwehr suchte zu löschen, vermochte aber des Elementes nicht Herr zu werden. Bald hatte das Feuer derart um sich gegriffen, daß die Flammen zum Dach hinausschlügen. Schon beim ersten verächtlichen Anzeichen war das Publikum von der Bühne aus aufgefordert worden, Ruhe zu bewahren, als sich aber die Annahme, den Brand rasch zu unterdrücken, als trügerisch erwiesen, wurde der eiserne Vorhang heruntergelassen. Obwohl man immer mehr brennende Holzstücke auf die Bühne fallen und Glasstücken zerpringen hörte, bewachte das Publikum doch eine musterhafte Haltung und der Saal konnte sich ungestört leeren. Eine heftige Panik dagegen ergriß die auf der Bühne und in den Garderoben aufstehenden Mitglieder des Otero-Ensembles, deren kostbare Kostüme anfangs gefährdet erschienen.

Erdbeben in Ungarn. Barcs (Komitat Somogy), 11. Oktober. Heute früh wurde hier ein Erdbeben verspürt, welches von heftigem Getöse begleitet war. Mehrere Gebäude erlitten Sprünge. - Pecs-Uffaln (Komitat Saros), 11. Oktober. Gestern nacht wurde auch hier und in der Umgebung ein Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden dauerte.

Ueber einen Moorbrand wird aus Odessa berichtet: Das Ecker Moorgebiet brennt in einer Ausdehnung von 6000 Joch. Das Feuer greift mit großer Schnelligkeit um sich. Das Moor brennt in einer Tiefe von 10-15 Centimetern. Der intensive Brand hat den Moorboden, wo die Häuser der Gemeinde Boerdelich stehen, gelodert und den Boden gesenkt. Mehrere Häuser sind eingestürzt; hierbei haben vier Personen das Leben eingebüßt und zahlreiche haben Brandwunden davongetragen. Auf dem Territorium des Feueres sind viele Wirtschaftsgebäude und das Getreide vernichtet. Militär ist nach der Unglücksstätte beordert.

Ueberschwemmungen in Nordamerika. Das „Bureau Laffan“ meldet aus New York: Die infolge des seit drei Tagen ununterbrochen in Strömen giechenden Regens eingetretenen Ueberschwemmungen haben die Verbindungen zwischen New York, Philadelphia und dem Nordwesten unterbrochen. Die Brücken sind zerstört, der Eisenbahnverkehr ist lahmgelegt. Die Milchzufuhr nach New York ist dadurch derartig beschränkt, daß nachteilige Wirkungen auf den öffentlichen Gesundheitszustand zu befürchten sind. In Paterson (New Jersey) sind 5000 Personen infolge Verkümmung ihrer Wohnhäuser durch die Fluten obdachlos. Die Werkanlagen der General Electric Company und der American Locomotive Company in Schenectady sind unter Wasser gesetzt, wodurch 18 000 Personen arbeitslos werden.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1885 (S. 71) SO. 16, Reanderstr. 4. Dienstag, den 13. Oktober cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Marktpreise von Berlin am 10. Oktober 1903
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Gr.	15,90	15,58	Startofeln, neue D.-Gr.	6,00	4,00
mittel	15,76	15,54	Milchschmalz, Reule 1 kg	1,80	1,20
gering	15,72	15,50	do. Band	1,50	1,10
Roggen, gut	12,50	12,78	Schweinefleisch	1,80	1,10
mittel	12,76	12,74	Kalbsteck	2,00	1,20
gering	12,72	12,70	Lammfleisch	1,80	1,10
Gerste, gut	14,50	13,40	Butter	2,60	2,00
mittel	13,70	12,20	Eier	60 Stück	5,00
gering	12,10	11,10	Stapeln	1 kg	2,80
Hofen, gut	16,00	14,90	Kale		2,60
mittel	14,80	13,80	Jambur		3,00
gering	13,70	12,70	Nedje		2,00
Milchfett	4,16	3,66	Barjaje		1,80
Heu	7,30	5,00	Schleie		3,20
Erbsen	40,00	25,00	Welse		1,40
Speisebohnen	50,00	25,00	Kreble	per Schock	18,00
Linlen	60,00	20,00			

* ab Ballast. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübericht vom 12. Oktober 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (mittl. mm)	Windrichtung	Windstärke	Wolkendeckung	Temper. (C. u. F.)
Zemlinde	759	W	4	1	1
Hamburg	755	W	4	1	1
Berlin	757	W	3	1	1
Frankfurt a. M.	754	W	3	1	1
München	758	W	2	1	1
Wien	758	W	1	1	1
Warschau	767	W	2	1	1
Petersburg	769	W	1	1	1
Odessa	761	W	3	1	1
Bombay	748	W	2	1	1

Wetter- und Prognose für Dienstag, den 13. Oktober 1903.
Wärmer, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich lebhaften nördlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Theater.
Dienstag, den 13. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Das große Licht.
Deutsches. Geschäft ist Geschäft.
Berliner. Ueber unsre Kraft.
II. Teil.
Welden. Der Jagenerbaron.
Leffing. Der Sturmgeiste Solcato.
Hessens. Späher. Das beste Mittel.
Central. Heuber Sträubinger.
Dalia. Der Hochtourist.
Reue. Der Kammerfänger. Solome.
Trianon. Biscotte.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Bibliothekar.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.)
Im weißen Rössl.
Kleines. Nachtasyl.
Pulsen. Krieg im Frieden.
Carl Weiss. Amor in Widsch.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Apollo. Frühlingsluft. Spezialitäten.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Passage-Theater. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sängler.
Casino. Tolle Stabetten. Spezialitäten.
Walsh. Gemischt das Leben. - Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Son der Zugspitze zum Watzmann.
Abends 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal: Zur Geschichte der Telegraphie und Telephonie.
Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Um 8 Uhr im Hörsaal: Die Sonne und die inneren Planeten.
Casino-Theater. Lothringersstr. 87. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.
Das vollst. neue Oktober-Programm.
Arno. Die Wölper - Marzelli.
Die neue Follie: „Die Diebeskammer“.
Um 8 Uhr: **Tolle Kadetten.**
Sonntagnachmittag 4 Uhr: Ein edles Weib.
Trianon-Theater. Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Ullrichstraße.
Zum erstenmal:
„Biscotte“
(Le Cadre).
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachm.: Die Notbrücke.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Um 4 Uhr im Theater: Von der Zugspitze zum Watzmann. (Kleino Preise.)
Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Ober-Italiens.
Um 8 Uhr im Hörsaal: Zur Geschichte der Telegraphie und Telephonie.
Um 8 Uhr im Hörsaal Invalidenstrasse 57-62: Die Sonne u. die inneren Planeten.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Lebend! Die zusammengewachsenen Schwostern, 25 Jahre alt, Violinvirtuosinnen.
Der Riese
Neu!! **Andries Venter**
aus Transvaal, ehemal. Leibgardist d. Präsidenten Kruger.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Rittwoch: Einer von unsrer Vent.
Donnerstag: Zum erstenmal: Weiss bei Radl.
Residenz-Theater
Direktion S. Landenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Das beste Mittel.
Schwan in 3 Akten von A. Hoffmann.
Deutsch von R. Jacobsohn.
Vorher: Zphing.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofo. Sonnabend zum erstenmal: Das grosse Geheimnis.
Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Landes Theater), Köpenickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Der Sensations-Erfolg
Gastspiel Adolf Philipp.
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten von Adolf Philipp.
Bücherverkauf (ohne Gebühre) an der Theaterkasse, Invalidenstr. 57, 58, 59, 60 und in Bertholds Warenhäusern.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr: **Der Bibliothekar.**
Schwan in 4 Akten von G. v. Moser.
Rittwochabend 8 Uhr: **San Marcos Tochter.**
Zum erstenmal.
Donnerstagabend 8 Uhr: **San Marcos Tochter.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr: **Im weißen Rössl.**
Lustspiel in 3 Aufzügen von Oscar Plumenthal und Gustav Kadelburg.
Rittwochabend 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**
Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Stützen der Gesellschaft.**
CIRKUS SCHUMANN.
Heute, Dienstag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **Sports-Abend.**
Das **Riesenprogramm** bietet nur **Novitäten**, für Berlin hervorzuheben: Herr **Jul. Seeth** mit seiner einzig dastehenden Gruppe
25 männl. Abessinier-Löwen 25
Die vier Jahreszeiten,
das pompöse Ballett-Divertissement der Saison.
Die Horizontalmanege, | Lebs Wunderaffen. | Die Todessprünge
der Barsolohunde.
Direktor **Alb. Schumann**, Massenvorführungen ganz neuer Original-Dressuren.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Salome.
Vorher: **Der Kammerfänger.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Dienstag, den 13. Oktober 1903:
Gastspiel d. Berl. Volks-Theaters
Einmalige Aufführung:
Der Schlafwagen-Kontrollleur.
Schwan in 3 Akten von Hoffmann.
Jeden Rittwoch 8 Uhr:
Grosser Elite-Abend
Norddeutsche Sängler und Ball.
Eintritt 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.
Jeden Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der mit so großem Beifall aufgenommenen **Norddeutschen Sängler.**
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr: **Grosser Ball.**

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Dienstag, d. 13., abends 7 1/2 Uhr:
Berliner Winterfreuden.
Humoristisches Manège-Schauspiel.
Inhaber: **Die beiden Stars**
Schwabrant Miss Claire Hollos,
und **Paul Mändner** mit seinem **Todessprung.**
Zum erstenmal:
„Aida Favori“, erst Kitzbühner Hengst, nach den Traditionen der alten spanischen Schule ger. von **Pauline Martha Mohneke.**
Hierauf: **„Rheingold“**, olympischer Hengst als Bagwette-Springer. X. **„Zum Steil“**, Solblatt, gest. von Herrn **Burkhardt-Footit.**

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Zum letztenmal:
Des Lebens Mai.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Rittwoch: **De Geier-Wald.**
Stadt-Theater Moabit
Alte Moabit 47/49.
Dienstag, den 13. Oktober 1903:
Bernhard Rose - Theater - Ensemble.
Preciosa.
Schauspiel in 4 Aufz. v. B. u. H. Hoff.
Musik von Carl Maria v. Weber.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: **Fräulein Doktor.**

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. **Henry Bender.**
Frid. Frid. **Rosa Marton.**
Grete Meyer. **Müller Lincke.**
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
- Rauchen überall gestattet. -

Apollo-Theater.
Mit vollständig neuer Ausstattung:
Zum 7. Male:
Frühlingsluft.
Operette in 3 Akten
von weiland **Josef Strauss.**
Im **Blütenhochzeit.**
3 Akt:
Ballett von Louis Gundlach.
Die glänzenden Spezialitäten
und **Messers Biophon.**
Anfang 8 Uhr.

WINTERGARTEN
Saharet australische Tänzerin.

The Great Goldin Illusionist.
Goldin gab eine Separat-Vorstellung vor Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II.
Smith u. Doretta Excentric
Theresa Rosa Schulerier
Die drei Luppus Reckturner
Anne Danorey Pariser Soubrette.
Moskwa russisches Sektett.
Die Agoust's Jongleure.
Angeline Vanloo Sängerin
Sensau der kleinste Akrobat.
Die Jahrmärktprinzess Ballett.
Der Biograph.
Rohtabak.
Bekannt beste Qualitäten.
F. Wienert Nachf. L. Lehmann,
Rosenthalerstr. 23.

Wer früh morgens
aus ersten Frühst. eine Tasse wohl-
belohnlichen Kaffee mit Malzlässe
trinkt, der wird schon nach kurzer
Zeit die gütliche Wirkung einer
solchen vernünftigen Lebensweise
deutlich und nachhaltig verspüren.
Kaffee mit dem Wohlgeschmack und
Aroma des guten Bohnenkaffees die
gesundheitlichen und allgemein ge-
höhrten Vorzüge des Malzes, wodurch
er zu einem Gesundheits-
trank in des Wortes wei-
terster Bedeutung wird. Das
sollten alle bedenken, denen Kaffee
weniger gut bekommt, oder solche,
die leidend, nervös und schwächlich
sind.
29872

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Strahe 132.
Nur noch kurze Zeit:
Amor in Widsch.
Dir. Carl Weiss als Franz v. Säubler.
Vorher: **Amor in Widsch.**
Sonnabendnachm. 4 Uhr: **Robinson Crusoe.** Sonntagnachm. 3 Uhr: **Der Altar.**

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Olga Wohlbrück,
Spott- und Gaißelkünstler.
Das Moto-Mädchen,
Mensch oder Maschine.
Das neue Rätsel für Berlin!
Prolongiert.
14 neue erstkl. Nummern.

Etabl. Buggenhagen
Mortshaus. Im Kaiseraal:
Künstler-Ensemble
„Nordstierne“
unter Leitung d. Herrn
Rudolf Schauss.
Anf. 7 1/2 Uhr. Auffen-
eröffnung 8 1/2 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Lomb hat Günstigkeit.
Nach der Vorstellung:
Tanzfranzosen.
In den meisten Sälen Dienstag und
Donnerstag: **Prunwardti-Rongeri.**

Neue Welt
Hansenhöhe 108/114.
(Arnold Scholz.)

Jeden Dienstag:
Populäres Konzert
des 2984L.
Neuen Tonkünstler-Orchesters
Dir. Franz Hoffelder.
Walzer-Abend.
Anfang 8 Uhr. Entree 40 Pf.
Vorzugsarten haben Günstigkeit.
Nach dem Konzert:
Familien-Ball.
Donnerstag:
Bernhard Rose, „Kyriz-Pyriz“.

Palast-Theater früher Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Riesen-Erfolg.
8 1/2 Uhr:
Genießet das Leben.
Das
grandiose * * *
*** Oktober- * ***
*** * Programm.**
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich:
Franz Sobanski.
Näheres ganz neues Programm.
Zum Schluss:
Die Angströhre.
Nach der Vorstellung:
Mittw., Sonnab., Sonnt.: Tanz.

Reichshallen
Stettiner Sängerkorps
(Kreuz, Victoria, Berlin, Steidl, Böhm, Böhm, Mann, Pfaffner, Schrader u. Eberino.)
Anfang: 8 Uhr.
Sonntag: 7 Uhr.

Sanssouci.
Königlicher Hof - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängerkorps.
Nach jeder Soliree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.
Dienstag, den 13. Oktober: Ein christlicher Waffler. Volkstanz mit Gesang in 4 Akten v. Leon Treplom.

Erfter-Baustellen
billig, gütig, Zahlung nur 5. Bauer Catholy, Buchwerkerstraße, 5. Wirt. ab Schule. 52 Std. bis jetzt verf. Näh. Schulz, Altdorf, Lenaustr. 12/13.

Apotheke z. goldenen Adler
Alexandrienerstr. 41.
Hämorrhoidallikör
a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.
Verfallene Pfänder!
Goldschmied wie Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Damen wie Herren-Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, spottbillig verf. Pfandleihe, Pringentstraße 28/1, Ecke Mitterstraße. 24672*

Stempel-Fabrik
von 29822*

Robert Hecht,
Berlin S.,
Oranienstr. 142,
liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Verfert“
zum Zusammenfügen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Dr. S. Holz,
Frauenarzt,
wohnt jetzt Dresdenerstr. 133
Tel.: Amt IV, No. 6953.

Reste
für Anzüge,
Winter-Paletots,
Damen-Kostüme,
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C., Rossstr. 2.

Freie Volkshühne, Berlin.
Sonntag, den 18. Oktober, nachm. 4 Uhr,
im gr. Saale der Singakademie, Am Festungsgraben 2:
I. Intimer Kunstabend:
Ludwig von Beethoven.
Mitwirkende: Lucy Tömlch, Berlin (Sopran), Arthur Hochmann, Berlin (Pianoforte), Hermann Gerlach, Berlin (Geige), Richard Callies, Berlin (Cello), Richard Kersch, Charlottenburg (Begleitung), Dr. Max Alberty, Charlottenburg (Recitation).

Sonntag, den 25. Oktober, nachmittags 4 Uhr,
im grossen Saale der Singakademie:
II. Intimer Kunstabend:
Richard Dehmel.
Mitwirkende: Richard Dehmel, Hamburg (Recitation), Georg Walter, Berlin (Tenor), Karl Ansoerg, Charlottenburg (Begleitung).
Eintrittskarten zu beiden Abenden zum Preise von a 25 Pf. von Mittwochabend an in den Zahlstellen.

Industrie-Festsäle Beuthstr. No. 20.
Der Toten-Sonntag (22. November) ist frei geworden und an Vereine zu vergeben. 20882
Max Wendt.

Allen Freunden, Bekannten und Genossen zur Nachricht, daß ich das Lokal von **H. Schilling, Samariterstr. 25**, Ecke der Dolgierstraße, in Vertretung übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke bestens geforgt. 24026*

Friede Schäfer,
früherer Kassierer der Bauarbeiter, Jablstraße Berlin I.

Gardinen-Reste
Ausverkauf 2763L*
500 bis 1000 Reste spottbillig um zu räumen.
Grüner Weg 80, parterre
Bruno Güther.
Eingang v. Flur. 2924L*

Selten günstige **Kaufgelegenheit!**
3 Serien
Stickerei-Portieren
Die komplette Dekoration (2 Shawls, 1 Lambrequin) in **Plüsch** . . . 11.25 M.
in **Tuch** . . . 12.00 M.
in **Victoria** . . . 8.25 M.
in **schwerer Wollserge** 8 M.
Special-Haus
Emil Lefèvre
Oranienstr. 158 Berlin S.

honig! Unverfälscht, Deutscher Blendenhonig, best. Qualität, versch. die 10 Pfundbottle zu 7.00 M., 5 Pf. 4.00 M. franco. Garanti. Rücknahme.
E. Reil, Nordloh, Bahnhofsstr. 11, Kugelscheln, Oldenbg.*

Achtung! Vereine!
Saal (ev. Bühne) bis 300 Personen ist zum Sonnabend den 14. November frei geworden.
Neues Club-Gaus, Kommandantenstraße 72.

Scheruchs Festsäle
Küdersdorferstraße Nr. 45.
Renoviert!!!
Säle von 50 bis 2000 Personen fassend zu 29832*

Volkerveranstaltungen, Werkstättenversammlungen, Vergnügungen, Hochzeiten etc. Sonnabende und Sonntage noch zu vergeben.

Teilzahlung auf alle bewegliche Waare (männlich nur 1 M.) alle Arten Uhren, auch Goldwaren ufo.

Jahre & König, Warschauerstr. 72 I.

Charlottenburg.
F. Kunstmann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Grosses Lager, billige Preise. - Reparaturen schnell, billigst.

Künstliche Zähne, Plomben etc.
Carl Goeringer, Zahnarzt,
N. Eichendorferstr. 21, fr. Br. Brunnenstr. Bei Vorzeig. der Annonce Preisermäßigung.

Blutarmen-Kranken
ärztlich empfohlen
p. Flasche
1.50 und 2 Mark.
FEURIG SÜSSER KRAFT-ROTHWEIN
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff.

Kopfläuse **„Puffi“**
nebst Brut vertilgt sofort „Schwapp“. Unschädlich. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pf.

Vorwärts-Buchhandlung
SW., Lindenstraße 69 (Laden).
Suchen ist erschienen:

Dresdener Parteitags-Protokoll
448 S. stark - Preis 75 Pf., geb. 1 Mk.

Die Verhandlungen haben bei unsren Parteigenossen das lebhafteste Interesse erweckt, namentlich sind die Erörterungen über die „Taktik“ von weittragender Bedeutung für die Partei.

Die stattgefundenen Verhandlungen des Parteitags in Dresden werden auch das Interesse an die früheren Parteitage. Wir empfehlen daher:

Parteitags-Protokolle.
Die Protokolle bieten ein reiches Material zur Geschichte der Partei, ihrer Kämpfe, ihrer Grundsätze, ihrer Taktik. Nachstehend haben wir die Hauptpunkte der Verhandlungen aus der jeweiligen Tagesordnung in summarischer Inbaltangabe hervor.

Halle. 1890. Reorganisation; Programmrede Liebknecht; Stellung zu Streik und Boykott; Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“. M. - 50

Erfurt. 1891. Festsetzung des Programms; Programm-entwürfe; Ausschluß der „Unabhängigen“; Taktik der Partei. M. - 50

Berlin. 1892. Staatssozialismus; Genossenschaftswesen, Boykott, Kontrollmarke. M. - 50

Cöln. 1893. Genossenschaftsbewegung; Antisemitismus; Bahrrecht und Beteiligung an preussischen Landtagswahlen. M. - 40

Frankfurt. 1894. Budgetbewilligungsfrage in den Landtagen; Agrarfrage; Kräfte, Ringe und Parteien. M. - 25

Breslau. 1895. Agrarprogramm; Hausindustrie. M. - 30, geb. M. - 50

Gotha. 1896. Frauen-Agitation; Literatur-Debatte. M. - 30

Hamburg. 1897. Preussische Landtagswahlen; Militarismus. Brosch. M. - 35, geb. M. - 60

Stuttgart. 1898. Koalitionsrecht; Bergarbeiterschutz; Preussische Landtagswahlen; Zoll- und Handels-politik. Brosch. M. - 35, geb. M. - 60

Hannover. 1899. Bernstein-Debatte; Aufbaudarstellung; Militärfrage. Brosch. M. - 50, geb. M. - 75

Mainz. 1900. Weizsäckers; Verlebens- und Handelspolitik; Taktik bei den Landtagswahlen; Anhang: Bericht über die Frauenkongresse. Brosch. M. - 50, geb. M. - 75

Lübeck. 1901. Gollwitz und Handelsverträge; Wohnungsfrage; Hamburger Rekordmaurer; Bernstein-Debatte. Brosch. M. - 60, geb. M. - 90

München. 1902. Bevorstehende Reichstagswahl; Arbeiter-versicherung; Kommunalpolitik; Debatte über „Reine Heil“. Brosch. M. - 60, geb. M. - 90

Protokolle
der
Internationalen Arbeiter-Kongresse.

Paris. 1889. Mit einem Vorwort von B. Liebknecht. Berichte der Delegierten der einzelnen Länder; Abschaffung der Lehenden Heere; Mailfeier. M. - 25

Zürich. 1893. Stellung der Partei im Kriegsjahre; Agrarfrage; Generalstreik. M. - 50

London. 1899. Politische Aktion; wirtschaftliche Aktion; Erziehung und körperliche Entwicklung. M. - 20

Paris. 1900. Der Kampf um das allgemeine Stimmrecht; die Eroberung der politischen Macht; Kolonialpolitik; der Sozialismus in den Gemeinden. M. - 20

Nur 1,50 Mk. jede Uhr
bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.-, Goldene Herren-Doppelpassel-Remontoir v. 50.-, Silberne Remontoir v. 2.-, Regulateure, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren, Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr laiste 3 Jahre Garantie. 2657L*

Karl Lux, Uhrmacher, Chausseestr. 34.

Engelhardt's Caramel-Malz-Bier
gesetzlich geschützt No. 34 934
ist doch das Beste!

Caramel-Malz-Bier ist pasteurisiert, keimfrei und seit vielen Jahren wegen seines ganz geringen Alkoholgehalts ein bewährtes Stärkungsmittel für Nerven, Bleichsüchtige, Mütter u. Rekonvaleszenten. Auch als Tafelgetränk wird es sehr bevorzugt.

Preis pro Flasche 10 Pfennig.
In allen Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin N., Chausseestrasse 33.
Telephon Amt III. 8825

Jede Uhr
zu reinigen kostet bei mir unter Garantie nur 1.50 Mk. außer Bruch. Kleine Reparaturen billiger. Schlagwerk-Regulatoren von 14 Mk. an. Wanduhren und Wecker von 2.50 Mk. an. Silber-Remontoir-Uhren von 8.50 Mk. an. 29912

Emil Rothert, Uhrmacher,
Andreas-Strasse 62. - Frankfurter Allee 114.

Kopfläuse
nebst Brut vertilgt sofort „Schwapp“. Unschädlich. Zu haben in Drogerien. Preis 1 M. 50 Pf. u. 1 1/2 M. 30 Pf. Ein gross. R. Sauer, Berlin C. 2, Kaiser Wilhelmstr. 47.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Vereinskränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden ufo. werden fein u. preiswert geliefert.

Danksagung.
Für die liebevolle herzliche Teilnahme und Strömende Liebe ich allen Verwandten, Freunden und Genossen, insbesondere dem Ehe- und Personal der Firma Balz, meinen herzlichsten Dank. Witwe J. Wichmann. 29892

Dankfagung.
Für die rege Beteiligung an der Beerdigung unsres lieben Bruders
Richard Levy
sagen wir den Parteigenossen unsren herzlichsten Dank. 24715
Die Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse
d. Schlosser u. verw. Gew.
Mittwoch, 21. Okt., abends 8 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
im **Dresdener Garten**,
Dresdenerstr. 45.
Tages-Ordnung:
Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Beratung und Beschlußfassung über die durch die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vom 25. Mai 1903 bedingten Änderungen des Kassensatzes.
Die Herren Delegierten werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
24158
Der Vorstand.
P. Heinrich, Vorsitzender.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrienerstrasse 1a.
Kränze mit Blumenschleifen, Arrangements zu Festlichkeiten, Bouquets, Topfgewächse jeder Art u. preiswert. 24106*

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

Dr. Simmel, Prizon-Str. 41,
Spezialarzt für [28]10*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Ziehung 21. und 22. Oktober zu Berlin im Kaiserhof.
Berliner Lose a 1 M.
der techn. Kommission f. Trabrennen. 11 Lose 10 M., Porto und Liste 20 Pf.
Pferde-Gew. m. 70%, d. angegeb. Wertes sofort veräußert gegen
Bar-Geld.

6039 Gewinne im Gesamt-Werte von M.
100 000
1 a 10 000
1 a 6 000
1 a 5 000
1 a 4 000
2 a 3 000 = 6 000
5 a 2 000 = 10 000
6 a 1 500 = 9 000
2 a 1 000 = 2 000
6000 a 15, 10 u. 5 M. 44 000
20 Fahrräder = 4 000
Lose versendet d. General-Debit:
Lud. Müller & Co.
Berlin, Breitenstr. 5. Telogr.-Adr.: Glücksmüller.

Berliner Lotterie
d. techn. Commis. f. Trabrennen.
Ziehung schon 21. u. 22. Okt.
6039 Gewinne i. Wertes von Mk.
100 000
Loose a 1 M. - 11 Stück 10 M.
(Porto und Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
G. m. b. H. 2960L*
Bank-Geschäfte
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW.: Wissnackerstr. 68.
O.: Andreasstr. 46.
SO.: Oranienstr. 177.

Anzüge Paletots
für Herren, aus feinsten Stoffen herrührend, vornehm an Sitz, Eleganz. Maßpreis bis 70 M., jetzt 20-40 M. Hoch-elegante Herren- u. Bekleidungs-Wahlpreis bis 22 M., jetzt 8-12 M. 29922*

Verkauf täglich, auch Sonntags.
Deutsches Versandhaus,
Jägerstr. 73, 1. Treppe.